

DIE „IRANGATE“:
DIE ISRAELISCHE SPUR

NEUE ZEIT



**DER 1. MAI:
MEHR ALS
NUR EIN FEIERTAG**



Swanetien: Die Berge geben, die Berge nehmen...

917-1987

ZEIT UND MENSCHEN

In ihrem „Goldenen Kalb“ schilderten Ilja Ilf und Jewgeni Petrow seinerzeit „einen Gestrennen aus der Zahl derer, die die Sowjetmacht kurz nach England und kurz vor Griechenland anerkannten“. Das Bild war von der Geschichte selbst geliefert worden.

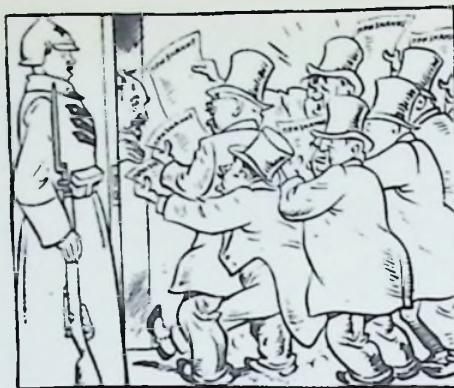
Die westlichen Länder brauchten viel Zeit, um das Unverkennbare zu begreifen: Die Sowjetmacht behauptete sich. So verkündete die „New York Times“ in den ersten zwei Jahren der Revolution 91mal, die Bolschewiki seien gestürzt worden bzw. nahe daran. US-Präsident Woodrow Wilson sagte 1919: „Wir müssen dafür sorgen, daß sich die ‚Volksverwaltung‘ nicht bei uns oder sonstwo durchsetzt.“ Und er „sorgte“, indem er Truppen gegen das junge Sowjetrußland vorschickte. Das taten auch Großbritannien, Frankreich, Japan und Deutschland. Aber die bewaffnete Intervention endete im Fiasco.

Auch andere Mittel wurden gegen das Sowjetland angewandt: Wirtschaftssanktionen, Handelsblockade, diplomatische Isolierung, politische Erpressung — sämtlich ohne Erfolg. Politisch gesehen, erwiesen sich die Versuche, das Bestehen des sozialistischen Staates zu ignorieren, als naiv, und dies von Jahr zu Jahr mehr. Wirtschaftlich waren sie angesichts der im Westen ausgebrochenen Krise einfach unvernünftig.

Großbritannien wagte es zuerst und unterzeichnete 1921 ein Handelsabkommen mit der Sowjetrepublik. Bald folgten viele andere Länder diesem Beispiel. Das war eine defacto-Anerkennung. Wie sich herausstellte, war der Handel mit den Bolschewiki möglich, ja vorteilhaft.

Logischerweise hätten darauf auch diplomatische Beziehungen normalisiert werden können. Aber für diesen Schritt brauchten die meisten westlichen Länder noch drei Jahre Bedenkzeit. Nur Deutschland erkannte die UdSSR 1922 an; 1924 folgten Großbritannien, Italien, Norwegen, Österreich, Griechenland, Schweden u. a. Das sprach für die gewachsene Autorität der UdSSR und ihre erfolgreiche Diplomatie.

Obrigens genügten einige Ländern nicht einmal



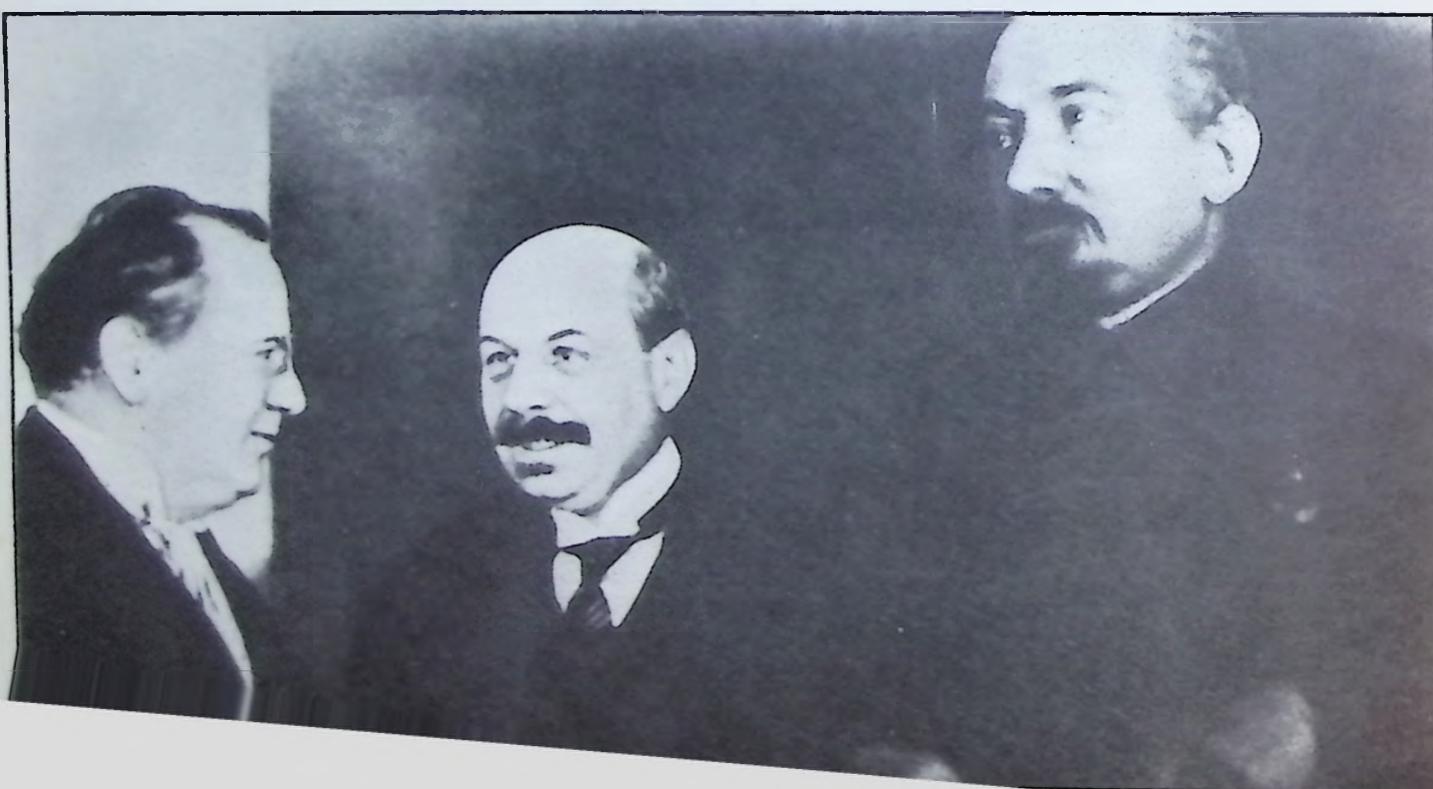
„Diplomaten eilen zu Tschitscherin“ (Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten). Karikatur von Boris Elimow, 1924

diese sieben Jahre, um sich in die neuen Realitäten zu finden. Die USA beispielsweise normalisierten ihre Beziehungen zur Sowjetunion erst 1933.



1924. Michail Kalinin, Georgi Tschitscherin und Schalwa Eliawa empfangen den griechischen Gesandten Mavrodis.

1925. Georgi Tschitscherin und Maxim Litwinow empfangen Jean Herbette, den ersten Botschafter Frankreichs.



IN DIESEM HEFT:

- 2 Wort des Redakteurs
- 2 LEHREN VON TSCHERNOBYL
- 3 W. Kusnezow. ZU NEUEN UFERN
- 5 ARBEIT FÜR ALLE IN EINER WELT OHNE KRIEGE Reportagen zum 1. Mai
- 8 UdSSR--Syrien J. Potomow. SINN FÜR REALITÄT
- 9 Panorama
- 15 Archiv aktuell M. Semirjaga. SPÄT BEGONNEN, VIEL GEWONNEN
- 16 J. Rost, A. Lewina. SWANETISCHE IMPRESSIONEN
- 18 V. Goldanski. WISSENSCHAFT UND NEUES DENKEN
- 20 M. Harbottle. EUROPÄISCHE SICHERHEIT NEU BEWERTEN



Swanetien. Der Weg auf Europas Dach



Der Mossad-Agent Jakob Nimrodi,
einer der Drahtzieher von "Irangate"



Die indische Schauspielerin Smita Patil



12 Frankreichs Pluton-Nuklearrakete

FRANKREICH'S NUKLEARE GUILLOTINE
 "Laßt unsere Kernwaffen in Ruhe!", warnt die französische Regierung immer wieder, obwohl es niemand auf diese Waffen abgesehen hat... Wie steht Paris zu den neuen sowjetischen Vorschlägen für die Beseitigung der Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite? Bleibt seine Haltung nicht hinter der sich schnell ändernden Lage in Europa und in der Welt zurück?

NEUE ZEIT

Chefredakteur
V. IGNATENKO
 Redaktionskollegium:
L. BESYMEMSKI,
S. GOLJAKOW,
J. GUDKOW
 (verantw. Sekretär),
A. LEBEDEW,
A. PIN,
B. PISTSCHIK
 (stellv. Chefredakteur),
A. PUMPIANSKI
 (stellv. Chefredakteur),
V. TSCHERNJAWSKI
 (stellv. Chefredakteur)

Verantwortlicher
 Redakteur der
 deutschen Ausgabe
R. KRESTJANINOW

DIE LEHREN VON TSCHERNOBYL

Aus diesem Schock können und müssen viele Lehren gezogen werden. Das tun wir.

Voller Aufmerksamkeit und Interesse verfolgen wir die vom XXVII. Parteitag der KPdSU eingeleitete neue Etablierung im Leben der UdSSR. Leider sind wir auf die bürgerliche Presse angewiesen, die selbst jene kargen Nachrichten über die UdSSR, die meine Heimat noch erreichen, bis zur Unkenntlichkeit verzerren.

Victorino
DIEGUEZ GUERRA
Soria, Spanien

Wir Einwohner von Winnipeg und der Provinz Manitoba führten vor kurzem eine sehr erfolgreiche Demonstration durch. Die 30 000 Teilnehmer - Arbeiter, Studenten, Geistliche, Politiker aus verschiedenen Parteien, Vertreter der örtlichen Machthorgane - erklärten zum Schluß Manitoba zur kernwaffenfreien Zone. Die Teilnahme an solchen Demonstrationen kann eine mächtvolle Waffe aller Menschen der Erde im Friedenskampf sein.

R. PLATSCHICK
Winnipeg, Kanada

Stellen Sie den antikommunistischen Massenmedien und selbsternannten "Demokratiehütern" das Bild der funktionierenden sozialistischen Demokratie entgegen und zeigen Sie, daß die Umgestaltung keine "kosmetische Veränderung" ist! Auch für uns hier wären mehr und konkretere Informationen interessant, weil es natürlich nach wie vor gilt, aus den gegenseitigen Erfahrungen zu lernen.

Udo HARTMANN
Eberswalde-Finow, DDR

selbst eines Bruchteils der bestehenden Kernwaffenvorräte zu einer nicht wieder gutzumachenden Katastrophe auswachsen würde. Sollte sich jemand trotz alledem zum nuklearen Erstschlag entschließen, so wird er sich zu einem qualvollen Untergang verurteilen, und dies nicht einmal am Vergeltungsschlag, sondern an den Folgen der Explosion eigener Gefechtsköpfe. "Das ist keine Propaganda, keine politische Improvisation und keine 'Angstmacherei'. Das ist Realität, die abzustreiten einfach verantwortungslos und die zu ignorieren straflich wäre." (Michail Gorbatschow.)

Die Sturmlocke von Tschernobyl warnt vor der Gefahr, in der unser Planet schwebt. Das am 15. Januar 1986 verkündete sowjetische Programm der vollen Beseitigung von Kernwaffen gibt die Möglichkeit, die Gefahr zu bannen.

Wie ernst und aufrichtig die sowjetischen Vorschläge gemeint sind, bestätigte unser einseitiges Moratorium für Nuklearexpllosionen.

Ein Durchstoß zu einer kernwaffenfreien Zukunft war Reykjavík. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU kam mit Vorschlägen zu diesem Treffen, deren Verwirklichung einen gangbaren Weg zur Abrüstung gewiesen hatte. Leider war die amerikanische Politik nicht auf der Höhe. Dem Westen gefiel das Prinzip des Pakets nicht. Darauf schlug die UdSSR vor, die Frage der Kernwaffen in Europa abzukoppeln und sie unverzüglich, auf der Basis früher erzielter Vereinbarungen zu lösen. Wir suchen offen und kreativ nach Schritten, die uns dem langersehnten Ziel, der nuklearen Abrüstung, näher bringen können.

Das ist unsere Antwort auf die wichtigste Lehre von Tschernobyl.

Die Menschheit wird noch lange an Tschernobyl zurückdenken. Alle müssen diese Warnung vernehmen. Sicherheit im Nuklearzeitalter ist ein allgemeines Problem, deshalb auch unser aller Anliegen und unser aller Verantwortung.

ZU NEUEN UFERN

Wladlen KUSNEZOW

Wir erinnern uns, mit welch enormem Interesse die Welt das erste sozialistische Experiment der Menschheitsgeschichte im revolutionären Rußland aufnahm. Auch jetzt, 70 Jahre danach, sind die Blicke der fortschrittlichen Menschheit erneut auf die Heimat des Roten Oktober gerichtet, in der sich eine große sozialistische Erneuerung vollzieht. Dahinter steht nicht nur Neugierde, was sich denn da bei den Nachbarn auf unserem Planeten tut, sondern die Menschen verstehen, daß die Bedeutung des Umbaus in der UdSSR weit über die Grenzen der Sowjetunion hinausgeht.

Von höherer Warte

"Wir betrachten die Taten der sowjetischen Kommunisten als prinzipiellen Beitrag von internationaler Bedeutung zur Lösung der theoretischen und praktischen Fragen des sozialistischen Aufbaus, als Beitrag, der zu steigender Anziehungskraft und zu zunehmendem Einfluß des Sozialismus in der Welt führt", konstatierte Gustav Husak, als er Michail Gorbatschow in Prag empfing.

So nehmen viele unvoreingenommene Menschen überall in der Welt den Umbau in der UdSSR auf.

Die dritte industrielle, wissenschaftlich-technische und technologische Revolution bewirkte eine neue Situation im historischen Wettkampf der beiden einander gegenüberstehenden Systeme. Sie verlangte, alle Faktoren der nationalen und der internationalen Politik des Weltsozialismus gründlich zu durchdenken und das, was überholt ist, was dem Gebot und dem Geist der Zeit nicht mehr entspricht, zu revidieren, einer Neubewertung zu unterziehen. Verlangte einen ungetrübten Blick, ein neues politisches Denken, das die Strategie und das Credo des Sozialismus in Übereinstimmung mit den Imperativen der Gegenwart bringen, sein Potential voll entfalten und ihm ein neues, modernes Gesicht geben kann.

Von der Warte des neuen politischen Denkens wird deutlicher, wo Fehler begangen wurden. Wir zitierten nicht selten Lenins Gedanken, daß der Sozialismus durch seine wirtschaftlichen Erfolge den Haupteinfluß auf die weltweiten Prozesse ausübt, doch untermauerten diesen Gedanken nicht, wie erforderlich, durch schöpferische Praxis und wissenschaftlich-technisches Neueratum.

Wir sprachen von den Vorzügen des Sozialismus, die seiner Natur eigen sind, ohne sie mit der erforderlichen Effektivität nutzen zu können.

Wir zogen es vor, die negativen Erscheinungen bequem als "Wachstumsschwierigkeiten" einzurichten, wobei wir sie fast als unsere natürlichen Begleiter ansahen, und für einige unserer Sünden — wieder eine bequeme Rechtfertigung — gaben wir überhaupt Umtrieben des Imperialismus die Schuld.

Wir schufen einen prinzipiell neuen, höheren Typ der Demokratie als die bürgerliche Demokratie, mit realen Rechten und Freiheiten, doch konnten nicht immer sinnvoll davon Gebrauch machen.

Während wir in Kategorien der Massen dachten, ließen wir in unserer Aufmerksamkeit für die einzelne Persönlichkeit, die Behauptung ihrer Würde, ihrer Rechte und Freiheiten, dafür, daß sie mit all ihren individuellen Fähigkeiten und ihrem Initiativgeist aktiv in den Prozeß des sozialistischen Schöpfertums einbezogen wird.

Auch Simplifizierungen und Schablonendenken bei der Einschätzung von Prozessen in der sozialistischen Gemeinschaft und in einzelnen ihrer Länder wurden nicht vermieden.

Die neue politische und ökonomische Lage in der Welt verlangt eine dynamischere und produktivere Entwicklung der

Länder der sozialistischen Gemeinschaft und qualitativ neue Beziehungen zueinander und zur Außenwelt. Wie die Welt des Sozialismus der Zukunft entgegenstrebt, wie sie ihre Beziehungen vervollkommenet, das zeigen der offizielle Freundschaftsbefehl Michail Gorbatschows in der Tschechoslowakei und seine Gespräche mit Wojciech Jaruzelski in Moskau, bei denen eine Erklärung über sowjetisch-polnische Zusammenarbeit in Ideologie, Wissenschaft und Kultur unterzeichnet wurde. Jegor Ligatschows Ungarn-Reise, der offizielle Freundschaftsbefehl des bulgarischen Regierungschefs Georgi Atanassow in der UdSSR, die Reise Viktor Tschebrikows nach Kuba und der Aufenthalt einer Delegation des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU unter Leitung von Boris Jelzin in Sofia waren ein nützlicher Beitrag zur Bereicherung der Praxis der gegenseitigen Beziehungen und der Zusammenarbeit: Die Ergebnisse dieser und anderer Begegnungen zeugen davon, daß die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern Priorität in der Außenpolitik der UdSSR genießen. Diese Ergebnisse markieren Meilensteine, die einen neuen Abschnitt im Leben der sozialistischen Staaten kennzeichnen.

Was sind ihre Hauptkennzeichen?

Erstens die umfassende Nutzung aller Vorteile und Möglichkeiten der sozialistischen Gesellschaftsordnung, ihres sozialökonomischen, wissenschaftlich-technischen, intellektuellen und geistigen Potentials zur Beherrschung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, zur Hebung des Wohlstands der Völker sowie zur Festigung der Positionen und des Ansehens des Weltsozialismus.

Zweitens die Suche nach sinnvolleren, optimalen Formen und Methoden der sozialistischen Entwicklung, die Intensivierung und Bereicherung der internationalen Zusammenarbeit.

Drittens die effektive Nutzung des gesamten materiellen und intellektuellen Potentials der sozialistischen Staaten, aller Vorteile der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, der internationalen Erfahrungen des Sozialismus, der progressivsten und aussichtsreichsten Formen der sozialistischen ökonomischen Integration und der sachlichen Zusammenarbeit.

Viertens engere und vertrauensvolle Beziehungen zwischen den Parteien, Regierungen, Parlamenten, staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen, direkte Verbindungen zwischen den Arbeitskollektiven und intensivere Kontakte zwischen den Menschen.

Internationalistische Leitsätze

In den sozialistischen Ländern, in der ganzen Welt fanden die in Michail Gorbatschows Rede anlässlich des Freundschaftsbefehls in Prag verkündeten internationalistischen Prinzipien, von denen sich die KPdSU in ihren Beziehungen zu den Bruderparteien leiten zu lassen gedenkt, besondere Aufmerksamkeit.

"Wir gehen vor allem davon aus", erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, "daß das gesamte System der politischen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Verantwortung aufgebaut werden kann und muß. Niemand hat das Recht, eine besondere Stellung in der sozialistischen Welt für sich zu beanspruchen. Die Selbständigkeit jeder Partei, ihre Verantwortung vor dem eigenen Volk und das Recht, souverän Fragen der Entwicklung des Landes zu lösen — das sind für uns unabdingbare Prinzipien. Zugleich sind wir zutiefst davon überzeugt, daß die Erfolge der sozialistischen Gemeinschaft ohne die Sorge jeder Partei und jedes Landes nicht nur für die eigenen, sondern auch für die Gesamtinteressen, ohne Respekt



Plzen, Tschechoslowakei. Im Skoda-Maschinenbaukombinat „W. I. Lenin“ werden in der Sowjetunion entwickelte Kernreaktoren einer neuen Generation erzeugt

Foto: CTK--TASS

vor Freunden und Verbündeten, ohne die unbedingte Berücksichtigung ihrer Interessen unmöglich sind.“

Im Geiste dieser Prinzipien, sagte der Sekretär des ZK der KPdSU W. Medwedew am 26. April bei einer Begegnung mit Werktagen des Rayons Sabirabad (Aserbaidschan) in einer Einschätzung der heutigen Periode als einer Etappe des Umbruchs in den Beziehungen innerhalb der Welt des Sozialismus, haben wir den Prozeß der Entwicklung neuer Beziehungen zu den Bruderländern eingeleitet, einen Prozeß, den man im Grunde ebenfalls als Umbau bezeichnen kann.

Bei den Begegnungen in Prag, Moskau, Budapest, Sofia und Havanna wurde die Bedeutung der internationalistischen Erfahrungen des Sozialismus, der Erfahrungen jedes Landes unterstrichen. Die Bruderländer können mit diesen gemeinsamen Erfahrungen und bei intensivem Austausch von wertvollen Erkenntnissen, die in der Welt des Sozialismus gewonnen wurden, nach allen sozialökonomischen, wissenschaftlich-technischen und technologischen Kennwerten den höchsten Weltstand erreichen.

Der internationalistische Verhaltenskodex der sozialistischen Länder ist die Grundlage, auf der die Festigung ihrer Einheit und Geschlossenheit, die Erneuerung und der weitere Aufstieg des Sozialismus erfolgen werden, auf der sich seine Reife manifestieren wird. Diese Reife hat unter anderem Ausdruck gefunden in der Erklärung über sowjetisch-polnische Zusammenarbeit in Ideologie, Wissenschaft und Kultur. Das bemerkenswerte, vom neuen Denken zeugende Dokument ist von der gemeinsamen Sorge um die Beschleunigung des sozialökonomischen Fortschritts, um die Entwicklung der sozialistischen Zivilisation und ihrer Kultur, um die Gestaltung der sozialistischen Lebensweise, um die Sicherung eines dauerhaften Friedens für die heute und die nach uns Lebenden diktiert.

Das Dokument spricht für die Verantwortung vor dem Schicksal des Weltsozialismus, für ein furchtloses, entschlossenes Herangehen an Probleme, deren Lösung aus verschiedenen Gründen erschwert wird, um "weiße Flecken" in Geschichte und Gegenwart zu beseitigen. "Wir werden unseren Kindern und Enkeln keine ungelösten Probleme hinterlassen", heißt es in dem Dokument.

Was die Welt retten kann

Der Sozialismus stellt sich nicht nur in den Dienst der eigenen Völker, sondern der ganzen Völkergemeinschaft, er will die

Interessen der internationalen Sicherheit befördern, er sieht sich und sein Schicksal nicht losgelöst von der übrigen Menschheit. Der Sozialismus betrachtet sich als Bestandteil einer ganzheitlichen und unteilbaren Welt.

In der gesamten Menschheitsgeschichte nahm die Vernunft stets den ersten Platz in der Wertskala ein. Im Nuklearzeitalter steigt der Preis des politischen Denkens, das die Priorität von Frieden und Abrüstung vor allen anderen strategischen Orientierungspunkten und Zielsetzungen der Staaten verkündet und den nuklearen Obskuratorismus ablehnt. Nur das neue Denken vermag alle an den internationalen Beziehungen Beteiligten zur Annahme vordringlicher Maßnahmen zu bringen, um das nukleare Inferno, das der Menschheit droht, abzuwenden.

Einst sprach die Bourgeoisie bei ihrem Sieg über den Feudalismus davon, das "Reich der Vernunft" werde anbrechen. Friedrich Engels schrieb über die Krise, die die Ideale der Zeit der Aufklärung durchmachte: "Der Vernunftstaat war vollständig in die Brüche gegangen... Der verheiße ewige Friede war umgeschlagen in einen endlosen Eroberungskrieg." Diese endlose Kette geht bis heute weiter — man erinnere sich nur an die Folge nichterklärter Kriege, die zu einem Bestandteil der Strategie und der Praxis des heutigen Imperialismus wurden. Doch das Wichtigste ist, daß die Völkergemeinschaft in Gestalt der UdSSR und ihrer sozialistischen Verbündeten wahre Staaten der Vernunft gefunden hat.

Gerade die Vernunft verlangt gebieterisch, so viel guten Willen wie nur möglich und größte Bereitschaft zu sinnvollen Kompromissen zu zeigen. Sie wird zu einem Quell der dynamischen außenpolitischen Aktivitäten der Partner im Warschauer Vertrag. Jeder einzelne und alle zusammen haben viele konstruktive Initiativen ergriffen. Die Regierungen der DDR und der CSSR wandten sich an die BRD-Regierung mit dem Vorschlag, einen kernwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa zu schaffen. Die UdSSR, die diesen Vorschlag unterstützt, erklärte ihre Bereitschaft, den kernwaffenfreien Status einer solchen Zone zu gewährleisten und zu respektieren. Vielversprechend sind die Ideen Bulgariens und Rumäniens sowie Griechenlands, auf dem Balkan eine von A- und C-Waffen freie Zone zu schaffen. Polen äußerte wertvolle Überlegungen zur Stärkung des Vertrauens auf dem europäischen Kontinent.

Die letzten Monate waren durch die gemeinsame Erarbeitung und Förderung von Friedensinitiativen des Warschauer Vertrages gekennzeichnet. Auf den Budapester Appell zum Abbau der Streitkräfte und der konventionellen Rüstungen in Europa folgte eine gemeinsame Initiative in der UNO für die Schaffung eines umfassenden Systems des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Vorschläge für kernwaffenfreie Zonen in Europa und für ein Verbot der C-Waffen wurden unterbreitet. Im April 1987 wurde eine weitere gemeinsame Aktion unternommen: Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages riefen die NATO-Länder dazu auf, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ein Moratorium für ein bis zwei Jahre bei der Anhebung der Militärausgaben der Staaten beider Bündnisse zu erklären.

Heute schlagen die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten vor, die historische Aufgabe zu lösen, Europa von den Nukleararsenalnen, von allen Raketen zu befreien. Das wäre der erste bedeutende Schritt zu einer kernwaffenfreien Welt, um eine nukleare Apokalypse zu verhindern.

Für die Außenpolitik des Sozialismus im neuen Stadium seiner Entwicklung sind eine schöpferische, auf Neuerung zielende und zugleich rationale Haltung zur Weltpolitik, die dynamische und initiativreiche Suche nach immer neuen Möglichkeiten für einen sicheren Frieden mit weniger Waffen kennzeichnend. Der Sozialismus ordnet seine Klasseninteressen den Menschheitsinteressen, dem Überleben der Zivilisation unter, und das gibt ihm weltweit höheres Ansehen. Der Sozialismus überwindet negative Erscheinungen und erneuert sich, ist sich seiner ganzen Verantwortung für das Schicksal der Menschheit bewußt und wird so zu einem wahren Bannerträger des gesellschaftlichen Fortschritts, der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie und des Humanismus, zu einem Garanten der internationalen Stabilität und Sicherheit.

ARBEIT FÜR ALLE IN EINER WELT OHNE KRIEGE

-das verlangen die Teilnehmer der Frühjahrsmanifestationen der Werktäglichen in aller Welt.

In den Ländern des Kapitals ist der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, gegen die Willkür der Unternehmer untrennbar mit dem Kampf für den Frieden, für das Überleben der Menschheit verbunden.

Dafür ist Klassensolidarität notwendig.

BRD Stimmen im Ruhrgebiet

"Das ganze Leben ist unsere Familie mit dem Thyssen-Konzern verbunden. Ich kam mit 15 Jahren ins Werk und arbeite dort jetzt schon 38 Jahre. Meine Kinder gingen später auch ins Werk. Meine Tochter arbeitet im Labor, mein Sohn lernt Elektriker. Doch was für eine Zukunft erwartet uns? Thyssen und andere Stahlkonzerne drosseln die Produktion."

Mit Werner Wruck sprachen wir auf dem Dellplatz im Herzen Duisburgs. Dort kommen traditionell die Teilnehmer des Ostermarsches durch das Ruhrgebiet zusammen. In wenigen Minuten beginnt die Kundgebung, und dann brechen die Demonstranten zu einem dreitägigen Marsch durch Oberhausen, Essen und Bochum nach Dortmund auf. Dort schließen sich ihnen die Ostermarschiere aus Ost-Westfalen und aus dem Münsterland zur Abschlußkundgebung an.

Wenige Tage vor den Ostermarschen fand in Duisburg eine Protestkundgebung von 25 000 Menschen gegen die bevorstehende Entlassung von 2000 Arbeitern im hiesigen Werk des Krupp-Konzerns statt. Die Bosse der Metallindustrie wollen in den kommenden zwei Jahren insgesamt mindestens 40 000 Arbeitsplätze, vor allem im Ruhrgebiet, vernichten. Überdies ist die Schließung einiger Zeichen vorgesehen. In den Städten des Ruhrgebiets wird bald schon jeder fünfte arbeitslos sein. Die Schließung von Stahlwerken und Gruben wird eine Kettenreaktion von Entlassungen in den Zulieferbetrieben und im Dienstleistungsbereich auslösen.

"Wir verlangen", sagte Werner Wruck, "daß die Regierung ein zweijähriges Moratorium für Massenentlassungen in der Metallindustrie und bei der Kohleförderung erklärt. Und da ein Abbau der Produktion von Kohle und Stahl offenbar nicht zu vermeiden ist, müssen in dieser Zeit Arbeitsplätze in anderen Branchen geschaffen werden. Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit könnte die Lage etwas erleichtern. Eben das wollen wir heute sagen. Die Ostermarsche sind jedoch vor allem eine Friedensdemonstration. Deshalb vereinen unsere Lösungen die Forderung nach

Sicherung der Arbeitsplätze mit Abrüstungsforderungen!"

Werner zeigt auf ein Spruchband: "Null-Lösung für Raketen, nicht aber für Kohle und Stahl".

"Nachdem die Sowjetunion vorschlagen hatte, die Euroraketen auf beiden Seiten zu verschrotten, schöpften wir Hoffnung, daß die Pershings und die Cruise Missiles von bundesdeutschem Boden verschwinden werden", fährt Werner fort. "Und doch befürchten wir, daß die Amerikaner und die Bundesregierung irgendeinen Vorwand finden, um die Raketen zu behalten..."

Ebenso wie Werner Wruck denken viele in der BRD. Bei einer Umfrage des Magazins "Stern" zum Vorschlag der Sowjetunion, die Mittelstreckenraketen in Europa zu beseitigen, erklärten 54 Prozent der Befragten, sie hielten ihn für "sehr gut", 38 Prozent für "gut" und nur

CHILE

Das ganze Land verlangt Brot, Arbeit, Gerechtigkeit und Freiheit



1 Prozent nannte diese Idee "schlecht". Und auf die Frage, wer gegenwärtig mehr nach der Bewahrung des Friedens und nach Abrüstung strebe, verwiesen 49 Prozent auf Michail Gorbatschow und 9 Prozent auf Ronald Reagan.

Von der Notwendigkeit, "Druck von unten" auf die Regierung auszuüben, damit sie ohne jegliche Bedingungen und Vorbehalte die "Null-Lösung" akzeptiert, sprach mir gegenüber auch Klaus Peter, der zusammen mit anderen Sportlern der Initiative "Sportlerinnen und Sportler für den Frieden, gegen Atomraketen" am Ostermarsch teilnahm.

"Wir haben bereits zwei große Sportfeste in Dortmund mit Zehntausenden Besuchern durchgeführt", sagt er. "Unsere Forderungen sind: die US-Raketen abzuziehen, das Abkommen über eine Teilnahme der BRD am amerikanischen Weltraumprogramm SDI aufzukündigen und die Kernwaffentests zu beenden. Jetzt bereiten wir eine Friedensstaffel vor, die vom 12. bis zum 28. Juni stattfinden wird. Dabei geht es vor allem darum, so viele Menschen wie möglich für die Friedensbewegung zu gewinnen."

Hier, auf dem Dellplatz, gibt die stellvertretende Vorsitzende des DKP-Parteivorstandes, Ellen Weber, der NZ ein Interview: "Die Ostermarsche, die eine lange Tradition haben, trugen zur Herausbildung der Friedensbewegung in unserem Land bei. In diesem Jahr sind sie von besonderer Bedeutung. Es geht darum, die Vorschläge der Sowjetunion für nukleare Abrüstung und insbesondere für die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa zu unterstützen. Alles muß getan werden, damit das Abkommen über eine 'Null-Lösung' noch in diesem Jahr unterzeichnet wird.

Wir Kommunisten", fährt Frau Weber fort, "verweisen stets auf den Zusammenhang zwischen den Friedensforderungen und dem Kampf für eine Verbesserung der Lage der Werktäglichen. Wenn es gelingt, tatsächlich zur Abrüstung überzugehen, werden enorme Mittel frei, die man für neue Arbeitsplätze, Wohnungsbau und Umweltschutz verwenden kann..."

Am Vorabend des Ostermarsches hörte ich, wie in einem Rundfunkkommentar behauptet wurde, daß sich die Friedensbewegung überlebt habe. Dergleichen sollte dieser Tage widerlegt werden. Kundgebungen wie jene auf dem Dellplatz in Duisburg fanden in vielen Städten der Bundesrepublik statt. An den Ostermarschen nahmen vorsichtigen Schätzungen zufolge mindestens 300 000 Menschen teil. Die Ostermarsche wurden vom DGB, der SPD, den Grünen, den Kommunisten und von zahlreichen

Friedensorganisationen unterstützt. Allein die regierende CDU CSU erklärte, die Märsche sollten nur "antiamerikanische Stimmungen schüren". Trotzdem nahmen auch viele Anhänger der Regierungsparteien an den Ostermärschen teil.

Die Ostermärsche eröffneten eine Reihe von Großveranstaltungen der Friedensbewegung. Vom 1. bis zum 9. Mai wird eine symbolische Blockade

des US-Stützpunktes in Mülangen durchgeführt, wo Pershing-2-Raketen stationiert sind, am 28. und 29. Mai dann in Hasselebach, wo sich Cruise Missiles befinden. Für den 13. Juni ist in Bonn eine Demonstration von Friedensanhängern aus der ganzen BRD geplant. "Die Friedensbewegung", heißt es in einem Appell ihres Koordinationsausschusses, "fordert erneut: Der Bundestag muß den

Stationierungsbeschuß rückgängig machen, Pershings und Cruise Missiles müssen sofort verschrottet werden. Alle weiteren Atomwaffen in der Bundesrepublik und in Europa müssen ebenfalls abgeschafft werden."

A. TOLPEGIN
NZ-Korrespondent

Duisburg-Bonn

● BELGIEN

Wem die Spaltung nützt

Seit mehr als 5 Jahren wird in Belgien rücksichtslose Ratsstättigkeit betrieben. Laut Angaben der Gewerkschaften ist in dieser Zeit die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten um 15 % gesunken. Die Profile der Unternehmer haben sich dagegen verdoppelt. Die hohe Arbeitslosigkeit ruft in Land Unrat hervor. Eine halbe Million Belgier ist heute erwerbslos.

Unter solchen Verhältnissen sind sozialökonomische Konflikte zu einer chronischen Erscheinung geworden. Ein Streik folgt dem anderen: Geht der Arbeitskampf der Metzger zu Ende, fangen die Kohlekumpel an. Nach den Transportarbeitern streiken die Lehrer, den Postangestellten folgen die Elektrizitätswerker... Die Zahl der Kämpfe ist groß, die der Siege dagegen gering.

Ein Beispiel ist die Geschichte der Streiks in einem NE-Metallwerk bei Lüttich.

Lassen wir die unmittelbaren Teilnehmer an den Auseinandersetzungen, die Arbeiter selbst, berichten:

Jean-Pierre: Begonnen hat es im letzten Frühjahr. Am 31. Mai vergangenen Jahres haben meine Kollegen und ich an einer Demonstration gegen erneute "harte Sparmaßnahmen" der Regierung teilgenommen. Am 3. Juni bestreikten wir unseren Betrieb für 24 Stunden. Als wir am nächsten Morgen zur Arbeit kamen, waren die Werkstätten geschlossen. Aussperrung. Für zwei Wochen lag der Betrieb still. Später weigerte sich die Direktion, uns für diese Zeit Löhne zu zahlen.

Luc: Gewerkschaftliche Vertrauensleute dürfen laut belgischem Recht nicht wegen ihrer Tätigkeit entlassen werden. So sieht es theoretisch aus. Praktisch aber landen widerspenstige Kollegen recht häufig auf der Straße. Da greifen die Patronen zu einem juristischen Trick, wonach ihnen das Recht zusteht, Leute wegen "ernster Verfehlungen" zu entlassen.

Jacques: Die Direktion verklagte die Gewerkschafter vor Gericht, um zu beweisen, daß sie korrekt gehandelt hatte. Die Allgemeine Föderation der belgischen Werktätigen, der über 80%

der Belegschaft unseres Betriebes angehören, beschloß, die Verteidigung zu übernehmen. Verfahren dieser Art werden von den Gerichten sehr lange bearbeitet. Wenn aber der Prozeß verzögert wird, ist das ein mächtiger Hebel, um auf die Streikenden einzuwirken, denn die finanziellen Möglichkeiten der Arbeiter und ihrer Gewerkschaft sind begrenzt. Man hat noch andere

Druckmittel. Während der 4 Monate unseres Streiks setzten die Direktion und ihre Anhänger in Politik und Finanz auf Erpressung und Einschüchterung. Die Fabrikbesitzer forderten beispielsweise vom Gericht, Streikposten zu verbieten, und drohten, man werde unsere "terroristischen Aktionen" filmen. Die Streikposten, behaupteten die Anwälte der Direktion, seien ein Verstoß gegen die Demokratie. Arbeitswillige würden an der Arbeit gehindert. Als Antwort auf diese Anschuldigungen führten wir eine Abstimmung durch. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten sprach sich für eine Fortsetzung des Streiks aus.

● JAPAN

Die Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung Yasuhiro Nakasones ruft zunehmende Empörung im Lande hervor



● SPANIEN

Die Polizei geht brutal gegen Studenten vor, die eine Demokratisierung des Bildungswesens verlangen

Fotos: TASS



Andre: Ende Dezember erklärte das Gericht die Schritte der Werksleitung für hältlos. Zampon und Trine sollten wieder eingestellt werden. Ein Gerichtsentscheid in betrieblichen Fragen hat aber in Belgien keine bindende Kraft. Das letzte Wort haben die Unternehmer. Sie weigerten sich kategorisch, die „Meuterer“ wieder zu beschäftigen. Darüber hinaus wollten die Aktionäre unseres Betriebes mit der mächtigsten Finanz- und Industriegesellschaft des Landes, der „Societe Generale“, anscheinend den Arbeitern an unserem Beispiel einen Denkzettel verpassen und die Gewerkschaften in die Schranken weisen. Sie meldeten Konkurs an. Ende März wurde dieser Beschuß von einer Gerichtsinstanz bestätigt. Da waren wir alle arbeitslos. So hat man mit uns abgerechnet...

Welche Schlüsse sollte man aus dieser Niederlage ziehen?

„Man kann den Arbeitern und Angestellten nichts vorwerfen. Sie haben ihre Vertrauensleute bis zum äußersten verteidigt“, meint der Leiter der Konföderation der Christlichen Gewerkschaften Raymond Coumont. „Ich glaube, die Schuld liegt bei den gewerkschaftlichen Ortsverbänden. Sie handelten nämlich nicht wie Verbündete, sondern wie Rivalen. Der Regionalverband der Allgemeinen Föderation der belgischen Werktafeln in Lüttich unterstützte den Streik und nahm die entlassenen Kollegen in Schutz. Der Ortsverband der Christlichen Gewerkschaften setzte sich zwar auch gegen die gesetzwidrigen Entlassungen der Gewerkschafter ein, wollte aber den Streik nicht unterstützen. Er berief sich darauf, daß er sich am wirtschaftlichen Selbstmord des Betriebes nicht beteiligen wolle.“

„Mangelnde Einheit und Solidarität kommen die Arbeiterbewegung tatsächlich teuer zu stehen“, sagte der Generalsekretär der Allgemeinen Föderation der belgischen Werktafeln in Antwerpen Frans Vyt. „In den belgischen Gewerkschaften sind 80% der Werktafeln organisiert. Potentiell ist das eine große Kraft. Aber praktisch können wir die Interessen der Werktafeln nicht effektiv verteidigen. Das ist übrigens keine nationale Krankheit. Ein ähnliches Bild ist auch aus vielen anderen Westeuropas bekannt. In Belgien ist die Gewerkschaftsbewegung in zwei große Fraktionen gespalten – in die Allgemeine Föderation und in die Konföderation der Christlichen Gewerkschaften. Beide Gewerkschaftsverbände sind etwa gleich stark, ihre politischen Orientierungen unterscheiden sich jedoch bedeutend. Strategische und taktische Meinungsverschiedenheiten hindern uns noch, eine Einheitsfront zu bilden, die gegen rechtszentristische Regierung und Unternehmerwillkür eine effektive Ge- genwehr darstellen könnte...“

W. BOJKOW



Zehntausende von Friedensanhängern in San Francisco führten in den letzten Apriltagen eine Kundgebung vor dem Sitz der Stadtverwaltung durch

Foto: TASS

USA 150 000 Demonstranten

„Nein zu den Sternenkriegen“ und „Geld für den Frieden, nicht aber für den Krieg“ — unter solchen Lösungen zogen 150 000 Amerikaner am 25. April zum Weißen Haus und von dort weiter zum Kapitol.

150 000 Demonstranten. Ist das viel oder wenig? Diese Frage begann man unverzüglich im Westen zu stellen. Ja, verglichen mit den Antikriegsdemonstrationen von vor 20 Jahren, so waren es damals manchmal mehr Menschen. Damals, Ende der 60er Jahre, erfaßte die machtvolle Protestbewegung gegen den Krieg in Vietnam die US-Bundeshauptstadt. Der Vietnamkrieg brachte nicht nur kämpfenden Soldaten und Offizieren, sondern auch Menschen, die gegen den Krieg protestierten, den Tod. Die Studenten, die auf dem Gelände der Universität Kent von der Nationalgarde erschossen wurden, sollten zu einem Symbol für das erwachende Gewissen der Nation werden.

Die Ereignisse in der Friedensbewegung der 80er Jahre sind weniger dramatisch, doch nicht weniger bedeutsam. Wiederum erwacht das Gewissen — diesmal im Kampf gegen die Gefahr des Untergangs der ganzen Menschheit.

Doch weder damals noch jetzt läßt sich die Kraft des Protests allein durch Zahlen bestimmen. Mir bekannte Amerikaner sagten wiederholt voll Stolz, in Amerika vertrete jeder in der Friedensbewegung seinen eigenen Standpunkt. Einerseits ist das großartig, andererseits aber schafft das gewisse Schwierigkeiten bei der Koordinierung von Aktionen, die tat-

sächlich Einfluß auf die Regierung nehmen können.

Ebendeshalb ist der jüngste Marsch auf Washington so denkwürdig. Er vereinte mehr als 200 politische, gewerkschaftliche, religiöse, Frauen-, Berufs- und Jugendgruppen. Die Veranstalter sprachen von einer „gesamtnationalen Mobilisierung für Gerechtigkeit und Frieden“.

Die Friedensbewegung der 80er Jahre nimmt in den USA die verschiedensten Formen an. Aktionen des zivilen Ungehorsams, Mahnwachen vor nuklearen Versuchsgeländen und Militärobjecten, Unterschriftensammlungen, wissenschaftliche Konferenzen und Friedensmärsche — Friedensmarschierer zogen durch das ganze Land — werden durchgeführt. Die Friedensorganisationen haben ihre Lobby im Kongreß. Unlängst erfuhr ich von der Schaffung eines Computernetzes amerikanischer Friedensorganisationen mit einem Spezialprogramm für die Fragen von Krieg und Frieden. Vor einigen Jahren war in Keene (US-Bundesstaat New Hampshire) zu beobachten, wie dortige Friedensanhänger auf dem Marktplatz der Stadt eine Menschenkette bildeten und viele Stunden lang schweigend auf Friedenswacht standen. „Wir wiederholen das jeden Sonntag“, berichteten sie, „jeder kann sich unserer Menschenkette anschließen. Und wenn jemand diese Kette verläßt, dann schließen die übrigen die Reihen. So appellieren wir an das Gewissen der Mitbürger. Unser stummer Protest wird gehört. Wir werden immer mehr.“

G. SIDOROWA

Sinn für Realität

Mit Gewissheit läßt sich sagen, daß die Ergebnisse der sowjetisch-syrischen Gespräche auf höchster Ebene, die Ende April in Moskau während des Besuchs des Präsidenten der Syrischen Arabischen Republik, Hafez Assad, stattfanden, bereits aufmerksam studiert werden, vor allem in den Hauptstädten jener Staaten, die sich als befiehlte betrachten.

Einige Momente seien besonders hervorgehoben, die unserer Meinung nach die Unrisse einer neuen Haltung zum Nahostproblem zeigen — in Michail Gorbatschows Einschätzung "eines der überfälligsten und kompliziertesten" Probleme.

Erstens. Wohl noch nie war mit solcher Überzeugungskraft und Leidenschaftlichkeit wie bei diesen Gesprächen betont worden, daß es aussichtslos ist, zur Regelung des Nahostkonflikts auf militärische Gewalt zu setzen. Gerade die Bevorzugung militärischer Gewalt führte dazu, daß die Lage im Nahen Osten weiterhin explosiv bleibt und die weitere Entwicklung in gewissem Sinne unvorhersehbar ist. Die Verantwortung wurde zu Recht Israel und seinen imperialistischen Beschützern gegeben. Womit die herrschenden Kreise Israels ihre Handlungen auch zu rechtfertigen suchten, die Tatsachen als solche sprechen für sich: Die Okkupation arabischer Gebiete dauert an, dem palästinensischen Volk wird das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten und der Staatsterrorismus wird Alltag.

Dieser Kurs ist derart absurd, daß man, wenn man ihn unter dem Gesichtspunkt der Lebensinteressen Israels als eines Nahoststaats betrachtet, unwillkürlich fragt, ob sich die israelischen Führer in ihrer Politik tatsächlich von diesen Interessen leiten lassen. Und wenn nicht von diesen, von welchen (oder wessen) Interessen dann? Erklärt nicht auch die Suche nach einer Antwort auf solche Fragen die sich verstärkende Kritik am militaristischen Kurs in Israel selbst?

Tel Aviv und seine Beschützer, die Kriegskurs im Nahen Osten steuern, rechnen offenbar damit, daß auch die arabischen Staaten unter dem ständig drohenden (israelischen) Dampfeschwert für lange, wenn nicht für immer, Gefangene der Logik militärischer Konfrontation sein werden. Das aber

kann benutzt werden, um nicht nur vor der israelischen Öffentlichkeit eine Fortsetzung des antiarabischen expansivistischen Kurses zu rechtfertigen. Doch jedem real denkenden Menschen sollte klar sein, daß eine gerechte und dauerhafte Nahostregelung nur mit politischen Mitteln, nicht aber durch Gewalt erreicht werden kann. Sich dessen bewußt zu werden, ist dringend erforderlich! Die Zeit für Regionalkonflikte läuft ab!

Zweitens. Das überzeugendste Argument für eine politische Nahostregelung ist, daß sie bereits in Sichtweite ist, natürlich nur, wenn alle interessierten Seiten guten Willen und Kompromißbereitschaft zeigen. Das Instrument, mit dessen Hilfe eine solche Regelung real erreicht werden kann, ist bekannt — und setzt wiederum guten Willen voraus: eine internationale Nahostkonferenz.

Die Idee eines solchen Forums ist an sich nicht neu, wenn sie auch bislang häufig auf Widerstand stieß. Doch — und das ist von prinzipieller Bedeutung — heute bildet sich da eine neue Situation heraus. Für die Einberufung einer solchen Konferenz sprachen sich die UNO-Vollversammlung, die Bewegung der Nichtpaktgebundenen, die Islamische Konferenzorganisation, die EG und viele andere Kräfte verschiedener Orientierung aus. Das müssen selbst die USA und Israel in Rechnung stellen. Daraus ergibt sich unserer Meinung nach die logische Schlußfolgerung, daß ein entscheidender Durchbruch hin zu einer gerechten und umfassenden Lösung des Nahostkonfliktes gerade bei Bemühungen für die schnellstmögliche Einberufung einer internationalen Konferenz erreicht werden kann.

Wird man in Washington und in Tel Aviv verstehen, daß es letztlich auch im Interesse der USA und Israels ist, in Eintracht mit der Völkergemeinschaft zu leben? Wird man dort erkennen, daß es an der Zeit ist, die neuen Realitäten zur Kenntnis zu nehmen, die Attribute imperialer Politik und chauvinistischer Ambitionen über Bord zu werfen? Es wäre wünschenswert, daß sich dieses Verständnis bald einstellt. Das würde die Leiden der Völker des Nahen Ostens verringern helfen.

Von der Haltung Israels zu den Fragen einer internationalen Konferenz und

einer gerechten politischen Konfliktlösung hängen sowohl eine sichere Zukunft des israelischen Staates als auch dessen Beziehungen zu den anderen Mitgliedern der Völkergemeinschaft, darunter zur Sowjetunion, ab. Natürlich, wenn das der israelischen Führung tatsächlich angelegen ist. Bei dem Treffen in Moskau wurde auch dabei für völlige Klarheit gesorgt. Wer Augen hat zu sehen...

Das von der Sowjetunion und von Syrien bekundete Engagement für die Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz als eines zuverlässigen Weges für eine Regelung in der Region wird zweifelsohne wachsenden Einfluß auf die Aussichten einer solchen Konferenz haben.

Drittens. Bei den Moskauer Gesprächen fand das Thema geschlossener und koordinierter Aktionen der arabischen Staaten als vorrangige Frage eine neue Bewertung. Paradoxerweise ist die Solidarität in einer solchen Lebensfrage wie dem Nahostproblem in der arabischen Welt geringer als in den nichtarabischen Ländern. Eine solche Situation war schon früher unerträglich. Um so mehr muß sie heute radikal geändert werden. Die den arabischen Völkern freundschaftlich gesinnten Kräfte erwarten wirksame Bemühungen seitens der arabischen Staaten, um die bestehenden Differenzen zu überwinden. Die höchsten nationalen Interessen müssen alles, was die Lösung dieser Aufgabe stört, in den Hintergrund drängen. Deshalb eben wurden die Anstrengungen der Palästinenser zur Wiederherstellung der Einheit der Palästinensischen Befreiungsorganisation von den Teilnehmern des Moskauer Treffens billig aufgenommen. Wenn das nationalpatriotische Potential der arabischen Völker voll eingesetzt wird, dann ist in Verbindung mit den Anstrengungen der anderen Friedenskräfte ein realer Fortschritt zur Einberufung einer internationalen Konferenz, zu einer gerechten und umfassenden Nahostregelung möglich.

Viertens. Die Moskauer Gespräche bestätigten überzeugend, daß die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Syrien, die auf der Gemeinsamkeit der nationalen Grundinteressen unserer Völker beruhen, ein unverändert wichtiger Faktor des Kampfes für Frieden und Sicherheit im Nahen Osten und in der Welt insgesamt sind. Die bei dem Moskauer Treffen erzielten Vereinbarungen, auch über die weitere Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Syriens mit UdSSR-Hilfe, sprechen abermals für die Festigkeit der sowjetisch-syrischen Beziehungen und bilden eine Grundlage für ihre weitere positive Entwicklung.

J. POTOMOW

"NEUE ZEIT" 18.87

NAHER OSTEN

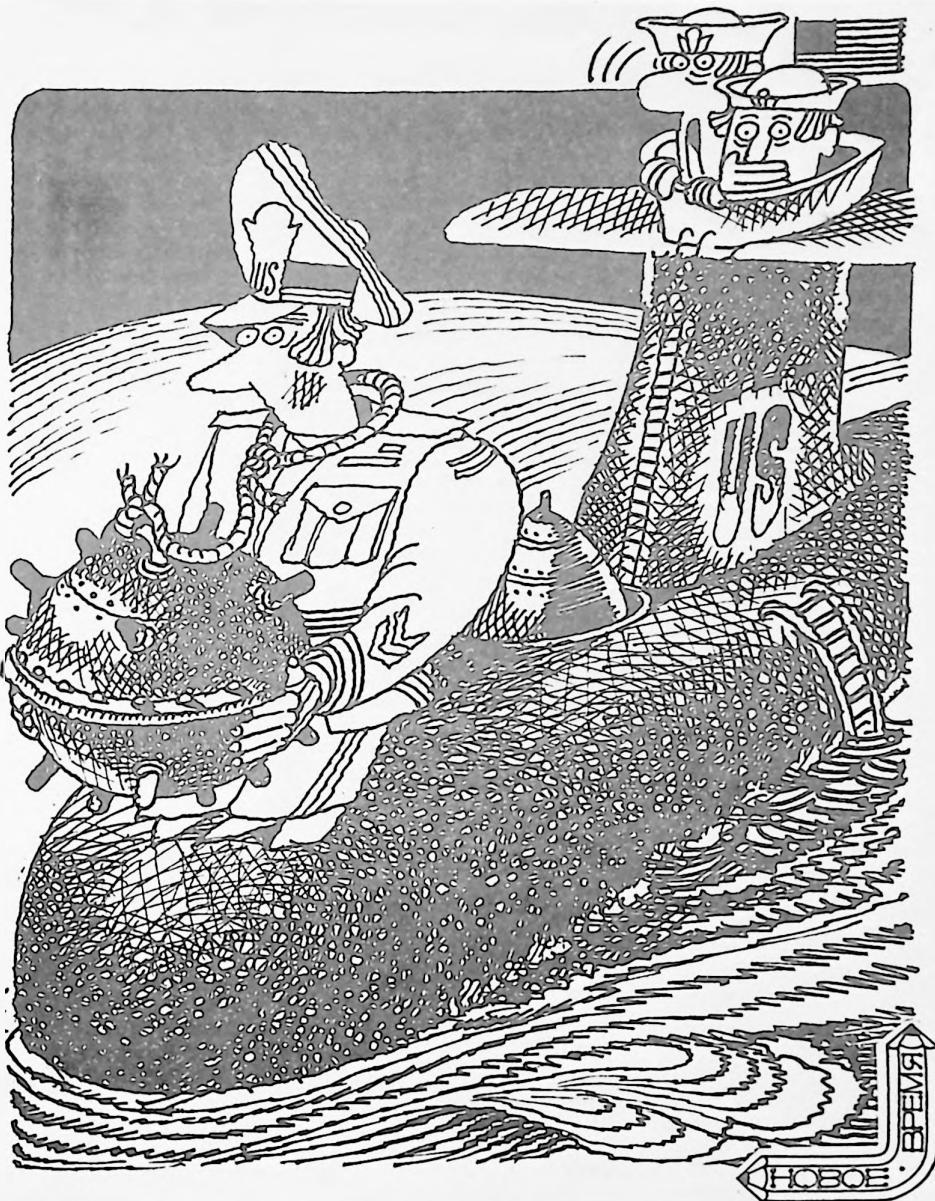
Einheit für den Sieg

ODER PALÄSTINENSISCHEN WIDERSTANDSBEWEGUNG GELANG ES WEITGEHEND, DIE GESCHLOSSENHEIT IHRER REIHEN WIEDERHERZUSTELLEN.

Davon zeugen die Ergebnisse der am 26. April in Algier abgeschlossenen 18. Sitzung des Palästinensischen Nationalrates (PNR), des Exilparlaments. In den letzten Jahren war die Palästinensische Befreiungsorganisation durch akute Gegensätze und selbst durch eine Spaltung in ihrer Führung geschwächt. Während sich die Lage im Nahen Osten durch die Handlungen imperialistischer Kräfte, vor allem Israels und der USA, verschärft, erwiesen sich die verschiedenen Formationen der palästinensischen Bewegung als uneinig, was sich schwer auf das leidgeprüfte palästinensische Volk auswirkte. Die israelischen Expansionisten, die sich diese Differenzen zunutze machten, verstärkten die Repressalien in den besetzten Gebieten, insbesondere im Westjordanland und im Gaza-Streifen. Eine tragische Situation entstand in den Palästinenserlagern in Libanon. Den Repräsentanten der führenden Palästinenserorganisationen, die der PLO angehören, gelang es in dieser Lage nicht, zu Aktionseinheit und zu gemeinsamen Positionen zu kommen.

Jetzt gehören den Beschlüssen der 18. Sitzung des PNR zufolge die Meinungsverschiedenheiten der Vergangenheit an. Nicht leicht war der Weg zu diesem Treffen an der Mittelmeerküste. Nicht wenige Anstrengungen, Geduld und Weisheit der Führer der wichtigsten Formationen der PLO waren erforderlich, um in langwierigen und offenen Verhandlungen die Beseitigung der Ursachen zu vereinbaren, die einige Jahre hindurch zu Differenzen geführt hatten.

"NEUE ZEIT" 18.87



„Offenbar meint er, wir hätten bereits ein Abrüstungs-

Zeichnung: W. Arssenew

Auf der Tagung waren viele Journalisten zugegen. Einige meiner westlichen Kollegen verhehlten ihre Skepsis bezüglich möglicher Ergebnisse nicht. Die Spaltung in der PLO, behaupteten sie, sei zu weit fortgeschritten. Das werde unweigerlich zur Sprache kommen, sobald die Abgeordneten des Palästinenserparlaments im Exil zusammenkommen. Doch bei den

Vertretern des palästinensischen Volkes herrschten andere Stimmungen.

„Allein schon die Tatsache, daß der PNR seine Arbeit nach längerer Unterbrechung wieder aufnimmt und von allen größeren Formationen der PLO unterstützt wird, bedeutet einen Sieg für die Einheit“, sagte mir ein Sitzungsteilnehmer.

Im Zeichen der Überwin-

dung der Spaltung und der Wiederherstellung der Einheit standen sowohl die Plenarsitzungen als auch die Arbeit in den Ausschüssen und die leidenschaftlichen Diskussionen in den Wandelgängen. Fast einstimmig wurden Beschlüsse gefaßt, in denen von der Notwendigkeit gesprochen wurde, die Einheit der Palästinensischen Widerstandsbewegung wiederherzustellen.“

herzustellen und zu festigen sowie die Geschlossenheit des palästinensischen Volkes auf antikapitalistischer Grundlage zu konsolidieren. Die Tagungsteilnehmer sprechen von der Notwendigkeit, die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern zu festigen, und von der Unterstützung für die konstruktiven Friedensinitiativen der UdSSR. Die Beschlüsse, die nach leidenschaftlichen Debatten gefaßt wurden, erteilten jenes eine Abfuhr, die gehofft hatten, dem palästinensischen Volk eine Kapitulationenmachung à la Camp David aufzuzwingen. Die Idee einer internationalen Nahostkonferenz unter Teilnahme der fünfständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates und aller interessierten Seiten, natürlich auch der PLO, wurde entschieden unterstützt.

Der letzte Sitzungstag war besonders spannend. Westliche Pressevertreter, denen die erhofften "Sensationen" nicht vergönnt waren und die mit der Hoffnung auf weitere Spaltung in den palästinensischen Reihen gekommen waren, verließen allmählich den Sitzungsraum. Sie hatten begriffen, daß die PNR-Tagung in Algier Beschlüsse fassen würde, über die sich die bürgerliche Presse nicht weiter auszulassen brauchte. An jenem Tag arbeitete der politische Ausschuß des PNR fast pausenlos. Die Schlußdokumente und das politische Programm wurden erarbeitet.

Spät abends wurde es verabschiedet. Bei der Abstimmung gab es nur eine Gegenstimme.

Ich wandte mich an Saleh Raafat, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas, mit der Bitte, die Ergebnisse der Schlusssitzung zu kommentieren.

"Die 18. Tagung des Palästinensischen Nationalrates war ein überaus wichtiges Ereignis für uns alle, die Kämpfer für die palästinensische Sache", sagte er. "Das politische Programm beträgt die Beschlüsse, auf deren Grundlage ein weiterer gemeinsamer Kampf der palästinensischen

Widerstandsorganisationen gegen die Kräfte des Imperialismus und des Zionismus möglich werde."

Und das sagte mir Leila Khaled, Mitglied des PNR und des ZK der Volksfront zur Befreiung Palästinas:

"Wir standen vor der Wahl, mit welchen Mitteln wir kämpfen, welches Programm wir wählen sollten. Unsere Feinde proklamierten davon, daß die PLO zersplittet war. Unsere Freunde hatten es schwer, ihre Solidarität zu bekunden. Und ich bin wie alle meine Kampfgefährten glücklich, daß ein Programm für die Einheit der PLO erarbeitet wurde."

Auf der Tagung wurde ein neues Exekutivkomitee der PLO gewählt, dem jetzt 15 Mitglieder angehören. Als Vorsitzender des Exekutivkomitees wurde Yasser Arafat wiedergewählt.

J. BOBROW,
NZ-Korrespondent

RSA

Pseudowahlen

AM 6. MAI WERDEN IN DER RSA PARLEMENTSWAHL EN STATTFINDEN. DOCH AN IHNEN WERDEN NUR WEISSE TEILNEHMEN.

Zu wählen ist nur die "weiße" Kammer des obersten Gesetzgebungsorgans. Mischlinge und Inder, für die entsprechend der Verfassung von 1964 zwei Extra-Kammern eingerichtet wurden, boykottierten mehrheitlich die Wahlen von 1984. Die Schwarzen aber, die mehr als 70 Prozent der Bevölkerung Südafrikas bilden, besitzen überhaupt kein Wahlrecht.

Die Mai-Wahlen werden in einer angespannten innenpolitischen Lage stattfinden: Der Kampf gegen das Apartheidssystem läßt nicht nach. Weiterhin gelten die im Juni 1986 verhängten Ausnahmegesetze. Tausende, selbst Kinder, wurden in die Gefangnisse geworfen. Schwarze Städte und Townships werden weiter von Soldaten und Polizei besetzt. Was veranlaßt die Regierung, unter solchen Bedingungen zwei

Jahre eher als vom Gesetz vorgesehen Wahlen durchzuführen? RSA-Präsident Pieter Botha sagt, er brauche das Mandat aller Weißen für eine "Fortsetzung der Reformpolitik". Um was für Reformen geht es da? Pieter Botha schuf ein Drei-Kammer-Parlament, in dem Farbige und Inder keine realen Rechte haben, er hob das jahrzehntelange Verbot für Ehen zwischen Vertretern verschiedener Rassen auf und beseitigte das System der Passierscheine für die Schwarzen, ohne die sie keinen unkontrollierten Schritt tun durften. All diese Neuerungen berührten das Wesen der Apartheid keineswegs. Botha selbst versicherte, daß, solange er lebe, dieses System unangetastet bleibe.

Dieser Kurs Pieter Bothas stößt bei vielen Vertretern der weißen Volksgruppe, selbst unter den Buren, auf Widerstand. Diese Afrikaanssprechenden Nachkommen von Einwanderern aus vor allem Holland bilden 60 Prozent der 5 Millionen Weißen der RSA-Bevölkerung. Die übrigen 40 Prozent sind englischsprachige Weiße. Die Buren sind die Hauptstütze der von Pieter Botha geleiteten Nationalpartei, die seit 1948 das Land regiert. Reiche Farmer, die ihre Felder und Weinberge von Schwarzen bearbeiten lassen, bilden ihre größte gesellschaftliche Schicht. Sie sehen in der Regierungspartei den Garanten für ihr Wohlergehen im Apartheidregime, der sie vor dem Zorn der Schwarzen schützt.

Doch in den einst geschlossenen Reihen der Buren herrscht jetzt schon nicht mehr die frühere Einheitlichkeit. Bereits 1981 trennte sich der ultrarechte Flügel von der Nationalpartei und bildete die oppositionelle Konservative Partei. Um sie gruppieren sich Gegner jeder Reform, selbst jedes reformistischen Lippenbekenntnisses. Auch die sogenannte Reformierte Nationalpartei, die sich ebenfalls von der Regierungspartei abgespalten hatte, vertritt eine ähnlich halsstarrige Position.

Ferner gibt es die offen neonazistische Afrikaner-Widerstandsbewegung. All diese

Ultrarechten zusammengenommen bringen Presse schätzungen zufolge die Ansichten von nicht mehr als 15 Prozent der Buren zum Ausdruck.

Große Sorgen bereitet dem Regierungslager heute nicht die "Bedrohung von rechts", sondern der Exodus namhafter Politiker aus der Nationalpartei, die nicht damit einverstanden sind, daß die Regierung grundlegende Reformen verzögert. Nach dem Bruch mit ihrer Partei beschlossen sie, als unabhängige Bewerber bei den Wahlen zu kandidieren. Denis Worrall, inoffizieller Führer dieser "neuen Nationalisten", war bis vor kurzem RSA-Botschafter in London, trat jedoch demonstrativ zurück und kehrte nach Südafrika zurück, um am politischen Kampf teilzunehmen.

Die liberal gesinnten weißen Vertreter, die im Gegensatz zur Regierungspartei stehen, gruppieren sich traditionell um die Föderative Fortschrittspartei (PFP). Sie besteht vor allem aus englischsprachigen Weißen, unter denen es viele Unternehmer, Großaktionäre und Leiter transnationaler Konzerne mit Sitz in der RSA gibt. Die Apartheid stört ihre Geschäftsaktivitäten schon seit langem. Die Führer dieser Partei treten für die Freilassung von Nelson Mandela, die Legalisierung des Afrikanischen Nationalkongresses und für einen Dialog mit dieser Organisation ein. Zugleich sind sie für eine Beseitigung der Apartheid auf verfaßungsmäßigem Weg und verurteilen jegliche Gewalt. Jetzt, da sich die "neuen Nationalisten" von Botha abspalten, hofft die PFP, die nur über 27 von 178 Parlamentssitzen verfügt, künftig eine "gemäßigte Allianz" bilden zu können, die die Nationalpartei am Regierungsrufer ablösen würde.

Doch die Hoffnungen der Liberalen auf eine parlamentarische Oberwindung der Apartheid nehmen sich in der heutigen Lage illusorisch aus. Die Apartheid wird nur durch den Kampf der Volksmassen, der trotz der wütenden Repressionen des Rassistenregimes nicht nachläßt, beseitigt werden können.

J. BOTSCHEKARJOW
"NEUE ZEIT" 18.87

SRI LANKA

Konflikt verschärft

IN SRI LANKA HAT SICH DIE INNENPOLITISCHE LAGE DERART VERSCHÄRFT, DASS ES IN DER ZWEITEN APRILHÄLFTE ZU EINEM ENTSETZLICHEN BLUTBAD KAM.

Zunächst, am 17. April, stoppte eine bewaffnete Gruppe einige Busse auf einer Landstraße bei Habarane. Die aus ihnen aussteigenden Fahrgäste wurden von den Terroristen unter Feuer genommen: 126 Menschen wurden ermordet. Einen Tag später folgte ein Überfall auf das singalesische Dorf Jayanthipura bei Kantalai, wobei ein Blutbad unter dessen Einwohnern angerichtet wurde: 15 Menschen, darunter 5 Kinder kamen um. Am Abend des 21. April hattet durch Sri Lankas Hauptstadt Colombo, wo am Feierabend Hunderte von Menschen auf dem zentralen Busbahnhof warteten, eine starke Explosion. Über 100 Menschen wurden getötet, an die 300 verletzt.

Die Behörden verhängten ein Ausgangsverbot in Colombo und in einigen anderen Regionen der Insel (seit 1983 herrscht im Lande der Ausnahmezustand). Die Regierung Sri Lankas gab die Schuld an den Terroranschlägen militärischen Tamilen der separatistischen Gruppierungen "Tiger der Befreiung von Tamil Eelam" und "Revolutionären Organisation der Studenten von Eelam".

Am 22. April leiteten die Sicherheitskräfte Operationen in der Nord- und der Ostprovinz ein, wo sich Lager, Stützpunkte und Verstecke dieser Organisationen befinden.

So trat der ethnische Konflikt auf Sri Lanka, der seit den ersten schweren singalesisch-tamilischen Zusammenstößen von 1983 zum dominierenden Faktor des politischen Lebens der Inselrepublik wurde, in ein neues, noch akutes Stadium.

Das Problem der Beziehungen zwischen den beiden

Volksgruppen der Insel — den Singalesen und den Tamilen — übernahm Sri Lanka als Erbe von den britischen Kolonialherren, die auf Ceylon eine Politik des „Teile und herrsche“ verfolgten. In den Jahren der Unabhängigkeit (seit 1948) wurde dieses Problem aus verschiedenen Gründen nicht gelöst, sondern nur noch komplizierter.

Die Singalesen, überwiegend Buddhisten, machen 72 Prozent der 16-Millionen-Bevölkerung von Sri Lanka aus. Die Tamilen, in ihrer Mehrheit Hindus, sind die größte nationale Minderheit (18 Prozent). Unter den Tamilen, die meinen, daß sie diskriminiert werden, ist die Forderung nach umfassender nationaler Autonomie sehr beliebt. Doch in dieser Volksgruppe gibt es auch extremistische Elemente, die sich für die Schaffung eines Separatstaates unter der Bezeichnung „Tamil Eelam“ (Land der Tamilen) auf dem Territorium zweier Provinzen einsetzen - der Nord- und der Ostprovinz, wo die Tamilen stärker vertreten sind.

Die Tamilische Vereinigte Befreiungsfront ist die größte Partei der Tamilen. Anfangs kämpfte sie ebenfalls unter dieser Lösung, doch später erklärte sie sich einverstanden.

die Interessen der Volksgruppe im Rahmen eines einheitlichen Staates Sri Lanka gewährleistet zu sehen. Doch einige Anfang der 70er Jahre gebildete Tamilenorganisationen haben auf den Separatismus nicht verzichtet und den Weg des bewaffneten Kampfes gegen die Zentralregierung eingeschlagen.

Bis 1983 waren ihre bewaffneten Aktionen begrenzter Art. Doch nach den Pogromen im Sommer 1983 änderten sich die Stimmungen in der tamilischen Volksgruppe. Der gegenseitige Haß zwischen Singalesen und Tamilen verstärkte sich jäh. Und seit Herbst 1983 erfolgen in unterschiedlicher Intensität Kampfhandlungen zwischen Einheiten der Armee Sri Lankas und paramilitärischen Truppen der Tamilen. Die Einwohner der Nord- und der Ostregionen sind jetzt von den anderen Landesteilen faktisch abgeschnitten. Bis Mitte April 1987 waren bereits über 4500 Menschen bei den Auseinandersetzungen umgekommen. An die 150 000 Tamilen hatten die Heimat verlassen, um sich vor den Schrecken des Krieges zu retten. Sie siedelten sich vor allem im indischen Bundesstaat Tamil Nadu an.

All das heizte natürlich die Leidenschaften stark an und verschlechterte die

Möglichkeiten für eine friedliche Beilegung des ethnischen Konfliktes. Nichtsdestoweniger wurden in letzter Zeit wiederholt Versuche für eine politische Lösung mit Vermittlung Indiens unternommen. Doch die Extremisten, von denen es nicht nur bei den Tamilen, sondern auch bei den Singalesen nicht wenige gibt, machten durch ihre Handlungen jedesmal diese Versuche zunicht.

In diesem Frühjahr trat Indien ein weiteres Mal als Vermittler zwischen der Regierung Sri Lankas und tamilischen Organisationen auf. Erneut keimte Hoffnung auf. Doch sie sollte nicht in Erfüllung gehen: Die jüngsten Bluttaten der Terroristen vereiteln die Aussicht auf eine Konfliktregelung. Seit dem 17. April kamen etwa 1000 Menschen um, vor allem Zivilisten. In beiden Volksgruppen werden die Extremisten aktiver, die sich entschieden gegen Verhandlungen und Kompromisse wenden.

Die KP Sri Lankas verurteilte die Terrorakte und appellierte an die Werkägten, ein mögliches Auflammen der singalesisch-tamilischen Zusammenstöße zu verhindern. Die gleiche Haltung bezogen die Sozialistische Partei und die Volkspartei.

G. ANDREJEW

„Cherchez la femme!“

Bisweilen tauchen in diversen Publikationen in verschiedenen Teilen der Welt Meldungen auf, die einander durch das von den Autoren behauptete Hintergrundwissen (sich in Wirklichkeit aber auf fragwürdige Fakten stützen, die einer Nachprüfung nicht standhalten), vor allem aber durch eine penetrante antisowjetische Ausrichtung, merkwürdig ähnlich sind. Hierbei zeichnete sich unlängst auch die sudanesische Zeitung "Al-Rayah" aus.

Besagte sudanesische Zeitung hatte Auszüge aus einem Papier des US-Kulturzentrums in Khartum verbreitet. Dieses Zentrum hatte seine Information aus dem State Department erhalten — aus der Abteilung für die "Analyse von Desinformationen und Gegenmaßnahmen".

Besagte Abteilung wurde vor ca. einem Jahr eingerichtet, und ihre Leitung übernahm Kathleen C. Bailey vom US-Außenministerium. Gemeinsam mit der USIA koordiniert die

Abteilung die Tätigkeit zahlreicher staatlicher und privater Organisationen, die sich auf psychologische Kriegsführung spezialisiert haben.

Die ersten Schritte der neuen Abteilung des State Department sollten nicht sonderlich erfolgreich sein. Die mit seiner Beteiligung inszenierte Desinformationskampagne gegen Libyen scheiterte. Doch offenbar entmutigte das weder Frau Bailey noch höhere Washingtoner Stellen: Die Schlüffolgerung, daß man in der Politik nicht lügen sollte, wurde dort nicht gezogen.

Ende v. J. unternahm Kathleen Bailey eine "inoffizielle" Reise durch Westeuropa und Afrika. In ihrem Gefolge tauchten inspirierte Publikationen in der "Tribune de Geneve" (Schweiz), der "Financial Gazette" (Simbabwe), dem nigerianischen "Punch" und in anderen afrikanischen Blättern auf.

Jetzt hat sich Frau Bailey einen weiteren Punkt verdient — durch die nicht sonderlich wählerrische sudanesische Zeitung.

M. P.

FRANKREICH'S NUKLEARE GUILLOTINE

Wie steht Paris zum Problem der nuklearen Abrüstung, zu einer Minderung der militärischen Konfrontation in Europa und zur NATO?

Abschreckung oder Abrüstung?

Die Alternative der Welt von heute - ob nukleare Abschreckung oder nukleare Abrüstung - setzt einen überaus hohen Grad an Verantwortungsbewußtsein voraus und löst in vielen europäischen Ländern immer heftigere Diskussionen aus. So auch in Frankreich. Lange Jahre wurde dort behauptet, in der Kernwaffenfrage bestehe ein nationaler Konsens. Aber die Zeiten ändern sich. Neuerdings fragen sich viele Franzosen, ob die Haltung ihres Landes zur nuklearen Abrüstung der rasch wechselnden Lage in Europa und der Welt noch entspreche, ob sie nicht hinter der Entwicklung zurückbleibe. Die Antworten widersprechen sich.

Amtlichen Erklärungen zufolge sieht Paris in der "nuklearen Eindämmung" noch immer das Hauptmittel, Frankreichs Sicherheit und internationales Prestige zu gewährleisten. „Röhrt nicht an den französischen Kernwaffen!“ sagen französische Spitzenpolitiker immer wieder warnend, obwohl keiner sich daran zu vergreifen gedenkt. Sowjetischerseits wurde wiederholt erklärt, daß Frankreichs Kernwaffen aus der sowjetisch-amerikanischen Gleichung ausgeklammert bleiben. Francois Fillon, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der Nationalversammlung ("Wir haben nichts zum Verhindern"), träumt von einer Zeit, da Frankreich "die einzige Nuklearmacht Kontinentaleuropas bleibt".

Die französischen Fürsprecher von Kernwaffen sowohl in den Regierungsparteien als auch unter den Sozialisten können sich ein Europa ohne Kernwaffen nicht denken und lehnen jedweide Teilnahme Frankreichs an der nuklearen Abrüstung und an der Minderung der militärischen Konfrontation in Europa ab. In französischen Rechtskreisen lösen die neuen sowjetischen Verschläge über die Beseitigung von Raketen mittlerer und geringerer Reichweite sowie die Bereitschaft der UdSSR, sich vertragsmäßig zur Liquidierung der eigenen operativ-taktischen Raketen zu einem festgesetzten Zeit-

punkt zu verpflichten, eine schon an Panik grenzende Verwirrung aus. Das französische Außenministerium gab seinem "Befremden" über die Initiative der UdSSR Ausdruck und erklärte, das Ziel der französischen Regierung sei es, "die Bildung eines kernwaffenfreien Europa abzuwenden". Außenminister Raimond forderte in einem Interview für die France Presse die US-Regierung auf, es sich gut zu überlegen, ehe sie das vorgeschlagene Rakettengambit annehme. Besagter Außenminister unterstützte die



Gegen wen richtet sich diese Plutonium-Rakete?

Foto aus: „Der Spiegel“ (BRD)

absurde Idee des Pentagon, die amerikanischen Pershing 2 in Pershing 1 umzuwandeln - als Gegenleistung für die Beseitigung aller sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa.

Europa von allen Nuklearraketen befreien? Das wäre eine Katastrophe für die Anhänger „nuklearer Abschreckung“! Zumindest eine „Falle“. Das amtliche Paris bewahrt irritiertes Schweigen. Im "Le Monde" lesen wir: "Paris wurde in eine heikle Lage gebracht." Genauer: Paris hat sich selbst in eine heikle Lage hineinmanövriert, nämlich durch seine kontraproduktive Haltung.

Die Anhänger der nuklearen Eindäm-

mung in Frankreich machen aus ihrem Groß kein Geheimnis. Unter ihnen tut sich besonders Ex-Premierminister Raymond Barre hervor. Der sonst auf Reserve bedachte Herr verlor all seine Contenance und legte plötzlich, da er meinte, die westlichen Länder befänden sich in einer "Falle, die sie sich selbst gelegt haben", militante Entschlossenheit und Unversöhnlichkeit an den Tag. Im Internationalen Institut für strategische Studien (London) erklärte Barre, er habe die "Null-Lösung" und die Formel "weder SS 20 noch Pershing" nie als wünschenswert angesehen, ihm graue schon bei dem bloßen Gedanken, daß diese Raketen könnten liquidiert und Europa könnte kernfrei werden. Und so fordert Barre auf, bei der Aufstockung der "scheußlichen" Kernwaffen und bei der Bewaffnung der Streitkräfte mit der Neutronenbombe ja keine Schwankungen zu zeigen.

Ein Hauptargument Barres zugunsten der Kernwaffen ist „die sowjetische Überlegenheit bei konventionellen Waffen“. Selbstverständlich läßt er dabei unerwähnt, daß sich die UdSSR bereit erklärt, die militärische Konfrontation beider Blöcke im Bereich der konventionellen Rüstungen in Europa vom Atlantik bis zum Ural einschneidend zu senken. Barres kampflustige Reden und die Erklärungen anderer Bombenfetischisten zeigen: Sie denken nicht so sehr an Europas Zukunft wie vielmehr an die eigenen nuklearen Ansprüche, obwohl diese dem Streben der europäischen Völker nach einem kernwaffenfreien Europa zuwiderlaufen.

Was veranlaßt französische Spitzenpolitiker, sich, sobald es um die Abrüstung geht, in die Schützengräben des kalten Krieges zu verkriechen? Das verspricht ihnen höchstens eine "splendid isolation". Für einige von ihnen war auch Reykjavik ein Blitz aus heiterem Himmel. Offenbar glauben sie nicht an die Möglichkeit eines sowjetisch-amerikanischen Abkommens über die völlige Liquidierung der Nuklearraketen in Europa, sie wollen nicht daran glauben. Aber selbst notorische Skeptiker müssen zugeben, daß die von Michail Gorbatschow in Prag sowie während seiner Gespräche mit George Shultz geäußerten neuen sowjetischen Vorschläge die reale Möglichkeit bieten, nukleare, darunter operativ-taktische Raketen in Europa zu liquidieren.

Was hören wir nun aus dem amtlichen Paris? Immer dieselben skeptischen Bemerkungen und die Aufrufe zur „Wachsamkeit“. Immer dieselben Berufungen auf die Konzeption der „nuklearen Eindämmung“. Dabei blockiert sie Frankreichs außenpolitische Initiativen zu Fragen von Frieden und Abrüstung.

"NEUE ZEIT" 18.87

Viele Vertreter der gegenwärtigen Regierungskoalition treten dafür ein, daß Frankreich sich an der Schaffung einer "gemeinsamen Verteidigung" und einer "europäischen Stütze" der NATO beteiligen soll. Faktisch würde das Frankreichs nationale Souveränität beschneiden und seine Interessen unter die der NATO stellen. Sie schlagen vor, daß Frankreich und Großbritannien ihre Bemühungen im Bereich der Kernwaffen zusammenlegen, Frankreich und die BRD ihre militärstrategische Zusammenarbeit festigen und der französische "nukleare Schirm" über der BRD gespannt wird. Einige Projekte sehen ein Dreieck Paris-Bonn-London, d. h. eine neue militärische Allianz innerhalb der Westeuropäischen Union, vor.

Immer noch wird darüber gestritten, wie Frankreich sich zu SDI verhalten solle und ob eine EDI ("Europäische Verteidigungsinitiative") ins Leben zu rufen sei. Zwar trat Präsident Mitterrand wiederholt gegen eine Militarisierung des Weltraums auf, aber französische Großfirmen beteiligen sich inzwischen an mehreren SDI-Projekten. Zugleich erklären einige Vertreter der Regierungskoalition, so Verteidigungsminister André Giraud, Frankreich dürfe bei SDI nicht abseits stehen. Solche Projekte richten sich letztendlich darauf, ein kernwaffenfreies Europa zu verhindern und seine Spaltung in zwei einander gegenüberstehende Blöcke noch zu vertiefen. In diesen Plänen ist Frankreich die Rolle eines Schützengehilfen der atlantischen Strategie zugeschrieben.

Die Strategie der "nuklearen Eindämmung" legt nicht nur die französische Außenpolitik lahm, sie drängt dem Land auch eine aktive Teilnahme am nuklearen Wettrüsten auf. Das neue Militärprogramm für 1987–1991, ein Kind der "nuklearen Abschreckung", wurde von den Deputierten aller Rechtsparteien und von den Sozialisten angenommen und sieht die Aufstockung der Hauptkomponenten von Kernwaffen, die

Produktion von Chemie- und möglicherweise Neutronenwaffen vor. Und das in einer Zeit, da sich auf dem Weg zur Befreiung Europas von Kern- und C-Waffen reale Wandlungen abzeichnen. Nur die kommunistischen Deputierten stimmten gegen das Militärprogramm.

Aufgrund der Konzeption der "nuklearen Eindämmung" macht sich ein Trend zur Militarisierung des Bewußtseins und zur Propagierung der Gewalt bemerkbar. In den letzten Jahren hat sie nie dagewesene Ausmaße angenommen. Wer braucht das? Natürlich nicht die französischen Werktaugen, dafür aber Leute, die sich am Wettrüsten bereichern, antisowjetische Kampagnen entfachen und nicht auf Dialog, sondern auf Konfrontation setzen.

Frankreichs wenig konstruktive Haltung in der Kernwaffenfrage ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß die Aussicht auf die Beseitigung von Kernwaffen in Europa dem militärischen Kurs der französischen Regierungskreise widerspricht. Offenbar befürchten sie, daß in einem kernwaffenfreien Europa eines schönen Tages auch die französischen Kernwaffen angeprochen werden könnten, und auf sie wollen die französischen Falken auf keinen Fall verzichten.

Nicht alle Franzosen jedoch gehen einer solchen nuklearen Demagogie auf den Leim. Entgegen dem "Kanonapatriotismus" der Rüstungsindustriellen bricht sich neues Denken in nuklearen Fragen im Lande doch Bahn, wenn auch mit großen Schwierigkeiten. Gegner der nuklearen Abrüstung mögen sich noch so oft auf den in Frankreich angeblich bestehenden "nationalen Konsens" zu Fragen der Kernwaffen berufen, er ist einfach nicht da. Eine der jüngsten Umfragen zeigte: 85 Prozent der Franzosen sind dafür, daß sich Frankreich aktiv an der Erörterung von Abrüstungsproblemen beteiligt; 55 Prozent meinen, daß ihr Land die Produktion neuer Waffentypen nicht aufnehmen

dürfe; 81 Prozent halten die Liquidierung von C-Waffen für unerlässlich; 44 Prozent sehen in den neuen sowjetischen Vorschlägen eine Chance, Europa von Kernwaffen zu befreien.

Die Bewegung der Friedensfreunde sowie die gegen den Krieg gerichtete Bewegung "Appell der Hundert" erstarke. Prof. Albert Jacquard von der Sorbonne, einer "der Hundert", konstatierte, daß die Erkenntnis der neuen Situation in Frankreich mit Verspätung erfolge und daß sich einige Franzosen "wie Schlafwandler, die die Wirklichkeit ignorieren", verhalten. Er fordert dazu auf, auf einen Nuklearteststopp hinzuwirken und, gemäß Albert Einsteins Appell, "der Kettenreaktion von Neutronen eine Kettenreaktion vernünftiger Handlungen" entgegenzusetzen.

Wie Georges Seguy, einer der Leiter des "Appells der Hundert", hervorhob, liegt den sowjetischen Vorschlägen eine Idee zugrunde, für die sich diese Bewegung seit 1982 einsetzt: „weder SS 20 noch Pershing“. Falls diese Idee verwirklicht werde, wäre das ein historisches Ereignis für Europa. Mitte Juni soll auf Initiative des "Appells der Hundert" eine gesamtnationale Demonstration gegen das nukleare Wettrüsten stattfinden. Die französischen Kommunisten setzen sich dafür ein, daß Frankreich aktiv an der Gewährleistung von Frieden, Sicherheit und Abrüstung teilnimmt. Sie betonen, daß die Vorschläge Michail Gorbatschows über die Mittelstreckenraketen die Situation in der Welt stark beeinflussen. Die FKP gab bekannt, daß sie diese Vorschläge unterstützt. In einer Erklärung des Politbüros der Partei heißt es: "Wer will man glauben machen, daß die Gefahr für Frankreich um so größer sei, je weniger Raketen es in West und Ost gibt? Gleich allen europäischen Völkern würde Frankreich vom Abbau der Rüstungen, von Abrüstung, Zusammenarbeit und Völkerfreundschaft nur profitieren."

E. ARSENJEW

Verwischte Grenzen

Paris' negative Haltung zur Idee der nuklearen Abrüstung in Europa ließ die Weltöffentlichkeit die konzeptionellen außenpolitischen Zielsetzungen Frankreichs und dessen Beziehungen zur NATO genauer betrachten.

Westliche Beobachter behaupten, einzelne "überraschende Wendungen" in der französischen Außenpolitik seien darauf zurückzuführen, daß die französische Regierung "ständig nach einem Gleichgewicht zwischen der Unabhän-

gigkeit und der Solidarität" mit den USA suche. Andere meinen, daß solche Bemühungen des amtlichen Paris um einen unabhängigen Kurs tatsächlich nicht abzustreiten seien, aber aus Gründen, die nicht immer von Frankreich abhängen, bei weitem nicht immer von Erfolg gekrönt würden. Vermutungen werden laut, daß die heutige Führung des Landes völlig von den Zielsetzungen General de Gaulles abrücke und nach und nach in die militärischen Vorbereitungen Washingtons hineinschlittere.

Bekanntlich trat Frankreich 1966 aus der Militärorganisation der NATO aus und gab seinen Beschuß bekannt, die französischen Streitkräfte nicht dem Oberkommando des Nordatlantikpacts zur Verfügung zu stellen. Bei diesem Schritt ging General de Gaulle davon aus, daß für Frankreich, wie übrigens auch für die anderen europäischen NATO-Staaten, ständig die Gefahr besteht, in amerikanische Militäraabenteuer einzbezogen zu werden, die mit ihren nationalen Interessen nichts gemein haben. Wiederholt brachte de Gaulle seine Befürchtung zum Ausdruck, in einer Krisensituation könne sich Washington über die Sicherheitsinteressen seiner Juniorpartner hinwegsetzen, ja sie einem Schlag aussetzen.

Dieser Verdacht ergab sich schon aus der Struktur des Blocks, aus seiner Strategie wie auch aus der US-Militärdoktrin. Schon immer wurden die NATO-Streitkräfte in Europa von US-Generalen befehligt. Den sogenannten Athener Zielsetzungen (1962) zufolge haben in kritischen Situationen die USA darüber zu entscheiden, ob Kernwaffen einzusetzen seien.

Das erklärte Ziel der NATO-Konzeption des "flexiblen Reagierens" besteht darin, bei einem Konflikt ein "Maximum an Ungewißheit" für die UdSSR dabei zu schaffen, was Charakter und Ausmaße der Kampfoperationen der NATO-Streitkräfte betrifft. In der Praxis droht diese Konzeption damit, eine beispiellose Ungewißheit für die europäischen NATO-Länder zu schaffen, die, obwohl es ums nackte Dasein geht, um

Lauf France Presse hat der Stab der französischen Streitkräfte unterdessen mehrere Geheimabkommen mit dem Oberkommando der NATO-Streitkräfte Europa unterzeichnet, worin u. a. vorgesehen ist, daß der Nordatlantikpakt unter bestimmten Umständen französische Häfen, Flugplätze und Straßen zum Transport von Militärtechnik und Truppen benutzt werden kann.

Nach 1966 hielt sich Frankreich an eine Konzeption der Verteidigung "nach allen Himmelsrichtungen". Faktisch bedeutete diese Konzeption den Verzicht darauf, die französischen Streitkräfte nur gegen die sozialistischen Länder auszurichten. Heute erklärt Jean Lecanuet, Vorsitzender der Verteidigungskommission im Senat: Die Vorstellung, Frankreich könnte seine Verteidigung "nach allen Himmelsrichtungen hin"



Bei einem französisch-bundesdeutschen Manöver

Foto aus: „L'Express“ (Frankreich)

ihr Stimmrecht gebracht würden. Nach einem einseitigen Beschuß des Weißen Hauses kann das Territorium der US-Verbündeten als Basis für die Führung des nuklearen Erstschlages genutzt werden - mit allen sich daraus ergebenden verhängnisvollen Folgen. Die US-Militärdoktrin beruht seit jeher darauf, daß Kampfhandlungen, darunter unter Kernwaffeneinsatz, möglichst weit entfernt von Amerika, in erster Linie also in Europa, zu führen seien.

In den letzten Jahren traten in Frankreichs Militärpolitik und in seinen Beziehungen zur NATO beträchtliche Veränderungen ein. Am 7. März 1966 schrieb General de Gaulle an Präsident Johnson: "Frankreich beabsichtigt, die Souveränität über sein Hoheitsgebiet, die gegenwärtig wegen der ständigen Präsenz von Truppen der Bündnispartner oder wegen der Benutzung unseres Luftraums begrenzt ist, völlig wiederherzustellen: Frankreich beabsichtigt, aus dem Vereinten Kommando auszutreten und seine Streitkräfte nicht mehr der NATO zur Verfügung zu stellen."

gewährleisten, sei eine "gefährliche Phantasie". Der Senator verlangt, Paris solle seine Militärmacht offen mit derjenigen der NATO zusammenlegen.

Frankreich steht zwar außerhalb der NATO-Militärorganisation, aber das starke französische Mittelmeergeschwader, zu dem u. a. zwei Flugzeugträger gehören, spielt in den Plänen der maritimen Aktivitäten des Blocks eine beträchtliche Rolle.

Gemeinsam mit anderen NATO-Ländern beteiligt sich Frankreich an der Entwicklung verschiedener Waffentypen. So arbeitet es mit der BRD an der Entwicklung des "Transall"-Flugzeugs und des Aufklärungsflugzeugs "Alpha Jet", der modernen Panzerabwehraketten "Hot" und "Milan" sowie der Flakrakete "Roland" zusammen.

Im engen Zusammenwirken mit den NATO-Ländern erfolgt die Gefechtsausbildung der französischen Streitkräfte. Alljährlich finden großangelegte Militäraübungen statt. Beim französisch-westdeutschen Militäramöver der Land- und der Luftstreitkräfte in Bayern im vorigen Herbst wurden 3600 französische

Militärangehörige eingesetzt. Washington und Bonn beurteilten dieses Manöver als wichtiges militärisches Ereignis, das dafür spreche, daß Frankreich "allmählich in den NATO-Rahmen zurückfindet". Einheiten der französischen Unterstützungsgruppe, die zum Einsatz an der Hauptkampflinie bestimmt ist, werden in der BRD eine gemeinsame Übung mit westdeutschen Truppen abhalten.

Über die militärischen Verpflichtungen Frankreichs gegenüber dem Nordatlantikpakt sagte US-General Bernard Rogers, NATO-Oberbefehlshaber Europa, seinerzeit: "Wüßten Sie, was ich weiß, so würden Sie keine Unruhe empfinden." Bei einem Aufenthalt in Paris sprach Rogers seine Überzeugung aus, bei einem bewaffneten Konflikt auf dem europäischen Kontinent würden sich die französischen Streitkräfte operativ den Truppen der USA und ihrer Bündnispartner anschließen.

Präsident Francois Mitterrand selbst betonte bereits 1981 in einem Interview für den "Stern": Frankreich werde die amerikanischen Kernstreitkräfte ohne zu schwanken ergänzen. In Paris wird in aller Offenheit darüber diskutiert, ob die französischen Kernstreitkräfte zur "Verteidigung Westdeutschlands" einsetzbar seien. In Übereinstimmung mit einer solchen "Erweiterung des französischen Verantwortungsbereichs", wie sich die Amerikaner ausdrücken, ersetzt Paris seine nuklearen Pluton-Raketen (Reichweite: 120 km) durch Hades-Raketen mit konventionellen, Kern- oder Neutronengefechtsköpfen, die das Territorium der Warschauer Vertragsstaaten erreichen können. Frankreich akzeptiert die NATO-Orientierung darauf, daß bei jedem Konflikt in Europa Kernwaffen schon im frühesten Stadium anzuwenden seien. Premierminister Chirac formulierte die neue "Eindämmungskonzeption" so: "Die Frage von Frankreichs Überleben wird am Rhein und die seiner Sicherheit an der Elbe entschieden."

Washington ist mit einer solchen Position Frankreichs zufrieden. Wie Präsident Reagan sagte, setze das Land "seine Zusammenarbeit mit der NATO in allen Bereichen" fort. Die Amerikaner ihrerseits fördern, wie der US-Kommunikator Jack Anderson mitteilte, die Aufstockung der französischen Kernstreitkräfte. Bis 1992 wird sich die Zahl der nuklearen Gefechtsköpfe auf den französischen see- und bodengestützten Raketen vervierfachen und 600 erreichen. "Wenn die französischen Kernstreitkräfte ein Scherz sind, so ein immer weniger amüsanter", sagte ein amerikanischer Journalist.

Nach Ansicht von Experten werde die Entwicklung französischer Luft-Boden-Flügelraketen Frankreich noch mehr an die USA und folglich auch an die NATO binden, weil Paris das Programm ihrer Flüge nur von den USA, die Radarauf-

Spät begonnen, viel gewonnen

nahmen des Geländes "in strategisch wichtigen Gebieten der Welt" vornahmen, erhalten könnte. Selbstverständlich wird Washington Frankreich nur mit Flugprogrammen für Flügelraketen versorgen, die ihre einseitige Ausrichtung gegen die sozialistischen Länder garantieren.

In letzter Zeit erweitert die Regierung Chirac die Zusammenarbeit mit den USA und der NATO auch auf militärpolitischem Gebiet. Frankreich ist Washingtons aktiver Partner beim Widerstand gegen die Forderungen der Weltöffentlichkeit nach einem vollständigen Nukleartestsstopp. Seit Mitte der 70er Jahre nahm Frankreich auf dem Mururoa-Atoll im Pazifik über 80 Nuklearexpllosionen vor. Französische Wissenschaftler arbeiten an Neutronenmunition, Kampfstoffen, Kernwaffen mit erhöhtem elektromagnetischem Impuls und an Mini-Gefechtsköpfen, die für einen Erstschlag auf Punktziele, darunter auf Raketenilos, bestimmt sind. Das amtliche Paris solidarisiert sich insofern mit den USA, als sie sich weigern, sich zum Verzicht auf den nuklearen Erstsang zu verpflichten. Es gibt erste Mitteilungen über den Beschuß der Regierung in Paris, das Weltraumprogramm "Eureka" militärischen Zwecken unterzuordnen. Nicht ausgeschlossen ist, daß dieses Programm ans amerikanische SDI gekoppelt wird.

"Es liegt auf der Hand, daß in Frankreich fast ohne Diskussionen und ohne, daß die Öffentlichkeit in den meisten NATO-Ländern etwas davon merkt, die Strategie revidiert wird", schreibt der "Guardian". "Diese Revision bedeutet, daß die Konzeptionen aus der Zeit de Gaulles rasch an Wirksamkeit verlieren."

Beobachter erklären die heutige Evolution von Frankreichs militärpolitischen Zielsetzungen mit seinem "Wunsch, die einstige imperiale Größe aufrechtzuerhalten", oder mit "Prestigemotiven". Aber nach Meinung westlicher Experten spielte auch der von Washington ausgehende Druck keine geringe Rolle bei der Gestaltung der französischen Militärpolitik.

Seinerzeit hatte die Weltöffentlichkeit den Austritt Frankreichs aus der NATO-Militärorganisation als positiv beurteilt, nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt. Frankreichs selbständige Politik erhöhte seine Autorität und seinen Einfluß auf die Weltlage und festigte seine nationale Sicherheit.

Hervorgehoben sei, daß die heutige französische Führung eine Rückkehr in die NATO-Militärorganisation nicht einmal zu erwähnen wünscht. Doch ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß das praktische Handeln der französischen Regierung im Rahmen des "Atlantismus" die Grenze zwischen Teilnahme und Nichtteilnahme verwischt und zu einer reinen Formsache herabsetzt.

W. BOGATSCHOW

"NEUE ZEIT" 18.87

Im April 1917, also vor 70 Jahren, erklärten die USA offiziell ihren Eintritt in den ersten Weltkrieg.

Von Beginn an hatte US-Präsident Woodrow Wilson versucht, sein Land aus dem Krieg herauszuhalten, um Schiedsrichter zwischen den kriegsführenden Ländern spielen zu können. Während in Europa gekämpft wurde, beschäftigten Amerika andere Dinge: 1916 okkupierte man die Dominikanische Republik, im gleichen Jahr marschierten US-Truppen in Mexiko ein und besetzten 1917 zum dritten Mal Kuba.

Außerdem finanzierten die USA in diesen Jahren sowohl die Entente-Mächte als auch Deutschland. "In den letzten ein, zwei Jahren - so Wilson - verwandelte sich unser Land in einen Gläubiger. Wir haben mehr überschüssiges Gold denn je... und werden die ganze Welt finanzieren und führen."

Armee nahm danach an der Operation von Saint Mihiel teil. Im September des gleichen Jahres wurden die beiden bis dahin gebildeten amerikanischen Armeen in der letzten großen Offensive des Krieges, der Maas-Argonne-Operation, eingesetzt. Die Amerikaner kämpften zwar letztendlich erfolgreich, erlitten aber hohe Verluste. Den amerikanischen Truppen gelang es erst am Vorabend des Waffenstillstandes, die deutschen Stellungen zu durchbrechen. Zu diesem Zeitpunkt standen schon über zwei Millionen amerikanischer Soldaten und Offiziere in Frankreich.

Als die Waffen schwiegen, wurde eine erste Bilanz des Krieges gezogen. Nach Anfang 1919 veröffentlichten Angaben verloren die USA bis zum Tag des Waffenstillstandes rd. 70 000 Mann und 200 000 wurden verletzt. England hatte über zehnmal mehr Tote und Verwunde-



Im April 1917 auf den Straßen von New York

In Washington beobachtete man besonders aufmerksam die Kämpfe in Europa. Amerika wollte dann in den Krieg eintreten, wenn es mit den wenigsten Verlusten daraus maximalen Nutzen ziehen konnte. Der Zeitpunkt kam, als Deutschland den Seekrieg verschärfte und seine Angriffe auch gegen amerikanische Schiffe richtete.

Die ersten amerikanischen Divisionen bezogen ihre Stellungen in Frankreich Anfang 1918. Sie standen unter dem Befehl von General Pershing. Nach ihm benannten die USA viele Jahre später ihre für Europa bestimmten Atomraketen. Bis zum Frühjahr ließ er seine Truppen ausbilden und formierte eine besondere Armee. Im Mai 1918 half diese Armee den Franzosen bei Chateau-Thierry, den Vormarsch der deutschen Truppen auf Paris zu stoppen. Die erste amerikanische

te. Frankreich über 20- bzw. 14mal, Deutschland über 24- bzw. 19mal. Die Amerikaner stellten 31% der Armeeangehörigen, 14% der eingesetzten Artillerie und 13% der Luftwaffe. Die Kriegsausgaben der USA schwankten zwischen 22 und 41 Md. Dollar. Gleichzeitig waren die Entente-Mächte gegen Kriegsende mit 8,839 Md. Dollar bei den USA verschuldet, womit diese zum weltgrößten Gläubiger von staatlichen und zweitgrößten von privaten Krediten wurden.

M. SEMIRJAGA

Wir haben von der Naturkatastrophe in Georgien gehört und würden in Ihrer Zeitschrift gern etwas genauer über das betreffende Gebiet und über die Folgen des Unglücks erfahren.

Enzo CAMARI
Cartina d'Ampezzo, Italien

In diesem Winter schaute die ganze Sowjetunion auf Swanetien. Unwahrscheinliche Schneemassen hatten zu Lawinen und Erdrutschern geführt. Unsere Mitbürger stellten der Naturkatastrophe ihre aktive Anteilnahme entgegen.

Tausende Menschen wurden aus der Gefahrenzone evakuiert und in anderen Gebieten Georgiens untergebracht. Sie erhielten staatliche Beihilfen, die durch Spenden von über 30 Mio Rubel von Menschen aus der ganzen Sowjetunion ergänzt wurden.

In diesen schweren Tagen war ich in Swanetien. Ich sah die Lawinenschäden: Hunderte zerstörter Häuser, Viehverluste, die in die Tausende gehen. Menschen kamen ums Leben...

Heute müssen wir bei Swanetien an traurige Ereignisse denken. Sie werden noch lange unsere Vorstellungen von dieser Bergregion überschatten.

Dabei ist das georgische Hochland von einzigartiger Schönheit, ein Gebiet, das sich nur dem erschließt, der es versteht und liebt.

Alewtna Lewina ist so ein Mensch. Die Sonderkorrespondentin der *Komsomolskaja Prawda* hat Swanetien für die sowjetische Presse entdeckt. Sie stieg in die Wolkenregion, um uns mit prächtigen Menschen bekannt zu machen, die in einer prächtigen Natur leben.

Alewtna Lewinas Aufnahme entstand an einem friedlichen Sommertag in Uschguli. Das andere Bild zeigt die Ortschaft, wie ich sie diesen Winter vorfand. Die Frauen gehen zum Friedhof. Dort liegen die Lawinenopfer begraben.

Juri ROST



Swanetische Impressionen

Nach ein Kilometer, der letzte auf diesem Weg.

Nacht... Schieferblau ruht der Himmel über den scharfen Silhouetten der Berge. Unbekannte Sternenwelten zeichnen ihre Marmormuster. Der Weg führt nach Uschguli. "Nach Uschguli?", hatten sie mich im Rayonzentrum gefragt. "Sind Sie schon mal in den Bergen gefahren? Die 50 Kilometer sind kein Zuckerlecken." Man schlug mir dann doch eine andere, leichtere und zuverlässigere Route vor, um mich zu schonen.

Was ist eigentlich Unzügänglichkeit? Ich spüre so etwas wie physischen Widerstand, der sich meiner Vorwärtsbewegung widersetzt. Die Geschwindigkeit, mit der ich mich dem Ziel näherte, sinkt immer mehr gegen Null.

Zwei unbeschwerete Stunden im Flugzeug von Moskau nach Kutaissi. Zwei angstfüllte Tage im Bus auf halsbrecherischen Gesimsen über Wildwassern. Fünfzig Kilometer Bergstraße, auf denen nach einer halben Stunde das Kühlwasser im Wagen kocht. Dann Schneckentempo auf Geröllwegen über dem Abhang. Fliegend, rennend, schreitend und kriechend, irgendwie, mit letzter Kraft, schafft man jeden Weg.

Noch 500 Meter. Die letzten Meter zu Fuß über den Berg. Es ist die Nacht der Sternschnuppen. Gemächlich dreht ein Sputnik seine Runden. Schließlich die schwankenden Erdensterne. Näher. Heller. Uschguli, ein Menschenest, eine höherge-

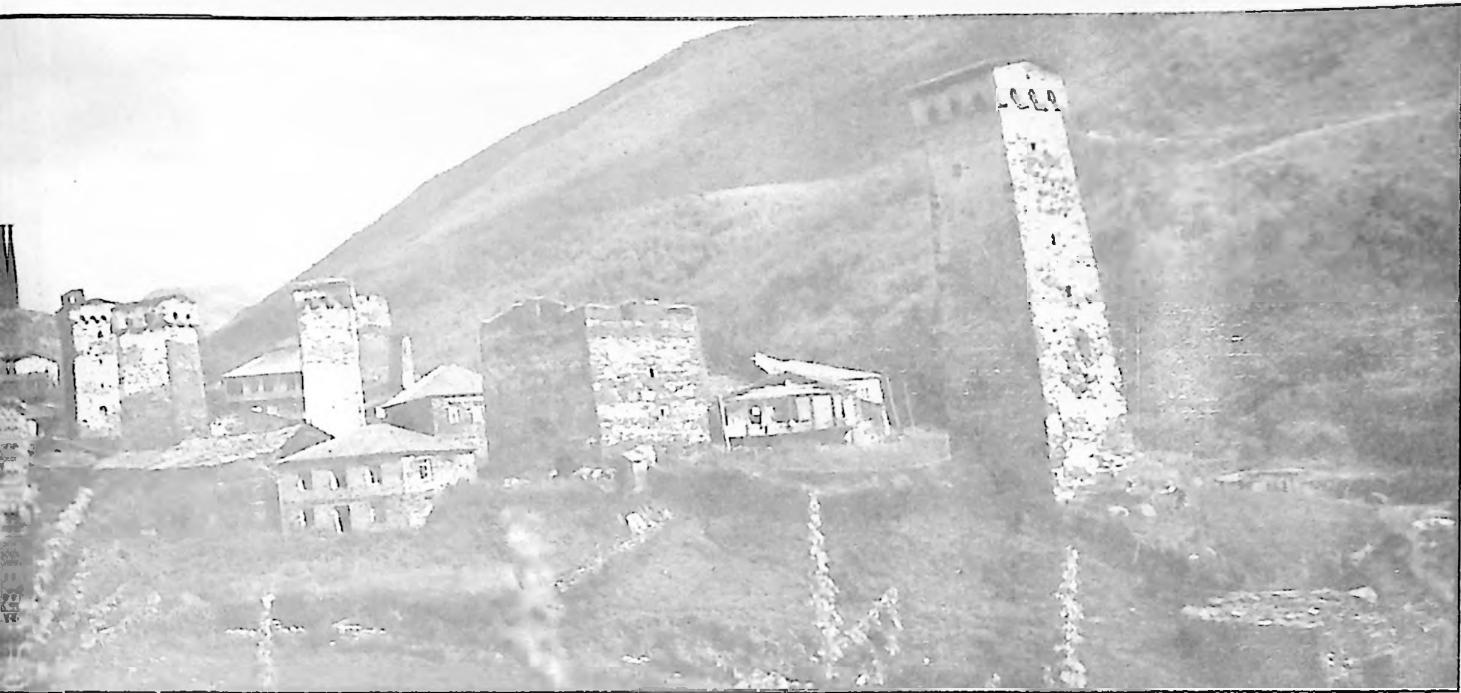
legene Siedlung gibt es in ganz Europa nicht. Nur noch Bergsteiger und Piloten sind den Sternen jetzt noch näher als wir.

Die 50 km Weg waren schwer, aber reich an Offenbarungen, Eindrücken, Begegnungen. Der Ugyr-Paß mit seiner großzügigen Aussicht auf das Tal, die erhabenen Gipfel des drohenden Uschba und des mehr versonnenen Telnulda. Als wären mir Flügel gewachsen und "der Kaukasus zu meinen Füßen". Jemand schrieb einmal, daß, wenn ganz Swanetien nichts weiter hätte, als diese von hier oben sich bietende Aussicht, es allein schon deswegen jede Anstrengung lohnte.

Nicht sklavische Gottesfurcht, sondern ihr Seelenstolz bewog unbekannte Baumeister, ganz dicht am Himmel das Wahrzeichen Swanetiens zu errichten, das Kloster von Kvirik und Iwlita. In der swanetischen "Ermitage" werden Kulturschätze bewahrt. Nach hiesigem Brauch muß das Volk sie bewachen. Seit 800 Jahren behütet eine freiwillige Wache Reichfümer, um die sie jedes Museum von Weltruf beneiden würde.

Mich begleitet Leila. Sie ist in Uschguli geboren. Sie kommt aus dem Urlaub zurück. Als Herrin des Hauses lädt sie mich ein, bei ihr zu übernachten.





Morgens werde ich von einem Lied geweckt. Eine Stimme, rein wie ein Gebirgsquell, hält die Melodie. Zwei weitere begleiten sie, fröhlich die eine, traurig die andere. Alles ist anders am Morgen. Keine märchenhaften Bergriesen mehr, sondern schlanke feste Türme im rosa Morgenglanz. Weiter weg nur der einsame Kirchturm. Weiter oben nur noch die blendend weißen Gipfel des Schchara.

Es fiel mir nicht ganz leicht, einen der Bergtürme von Uschguli zu besteigen. Aus einer Höhe von fünf Stockwerken wirkte der Hof unten wie ein Schacht. Auf dem Boden des Schachtes führen junge Burschen Reiterkunststücke vor. In der Schlucht dicht aufgeschlossen mehrere Reiter auf Gebirgspferden.

Gleich hinter den Türmen in extremer Hanglage die quadratischen Felder. Der Boden ist kostbar hier. Kein Geschenk der Natur, sondern von Menschenhand geschaffen. Im ganzen steinigen Swanetien gibt es kein Stückchen Land, das sich für die Aussaat eignen würde. Jeder Quadratmeter Ackerboden ist das Werk mehrerer Generationen von Bauern.

Tagsüber sind fast keine Erwachsenen im Dorf. Der Sommer besteht aus harter Arbeit, dann folgen sieben lange Wintermonate. Die Pfade liegen unter drei Meter

hohem Schnee, und man kann nicht einmal nach Brennholz in den Wald gehen. Leila erzählte, wie sie im vergangenen Jahr auf einem Hof gearbeitet hatte und dort mit Freundinnen mehrere Monate hintereinander eingeschneit war. Acht Kilometer trennten sie von zu Hause, einem anderen Planeten. "Dann habt ihr gelebt, wie die Einsiedler? Und was habt ihr gegessen?" "Wir hatten ein paar Säcke Korn mitgenommen, außerdem gab es Milch, Käse und Fleisch, Naturalwirtschaft also. Und, stell dir vor, uns war kein bißchen langweilig. Abends haben wir gesungen, uns erzählt, was wir gerade gelesen hatten, oder uns was

vorgespielt. Wir hatten Gewehre bei uns, wegen der wilden Tiere."

Sie brachten das ganze Vieh über den Winter und zogen Kälber groß. Keiner verlor auch nur ein Wort über diese Mädchen, keiner lobte sie für ihre aufopferungsvolle Arbeit. Es mußte eben sein, und Schluß. Hier wundert sich niemand darüber, daß es in jeder Familie dieses Dorfes im Hochgebirge Studenten gibt.

Später erfuhr ich, daß die Bergregionen Swanetiens ganz vorne liegen, was die Zahl der Menschen mit Hochschulabschluß angeht.

Hier, wo Mensch und Natur ständig ihre Kräfte messen, wächst ein starker und unab-

hängiger Menschenschlag. Dabei machten die schwierigen Lebensumstände die Menschen von Uschguli nicht etwa mürrisch und verschlossen. Im Gegenteil, Fröhlichkeit und Humor stehen bei ihnen hoch in Ehren. Nicht kleinzu-kriegen in der Arbeit, lassen sie sich auch ihren Mutterwitz nicht nehmen.

Wir fahren. Vor uns fuhren zwei Bergsteiger ab. Sie hatten bei Leilas Vater übernachtet. Der erste Trinkspruch beim Abschied galt ihnen.

„Wie es heißt, ist Uschguli eine Abkürzung für „uschischari gul“ - furchtlose Herzen. Auch wenn es nur erfunden sein sollte, es ist etwas dran. Alewfina LEWINA

Nach vorläufigen Schätzungen beläuft sich der in Georgien entstandene Schaden auf über 350 Mio Rubel. Ca. 4500 Gebäude wurden zerstört bzw. beschädigt. Zahlreiche Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe, Hunderte Polikliniken, Schulen, Kindergärten und Klubs wurden in Mitleidenschaft gezogen.

In der Ortschaft Uschguli beispielsweise blieben von 42 Häusern nur vier unversehrt. 1800 km befahrbare Straßen und über 1300 km Kommunikationsnetz wurden zerstört. Über 80 000 ha Ackerland und mehrjährige Pflanzungen sind verwüstet. 110 Menschen kamen ums Leben. Den größten Schaden erlitten die oberen Bergregionen Swanetiens. Während hier pro Saison gewöhnlich zwischen 30 und 40 Lawinen niedergingen, waren es in diesem Jahr allein zwischen dem 9. und 31. Januar 330 Lawinen!

Ohne den Zusammenhalt der Menschen und die Solidarität der sowjetischen Völker hätte es weitaus mehr Opfer und Zerstörungen gegeben. An einem einzigen Tag im Februar führten der Russe V. Tarykin und seine Kollegen 24 Rettungsflüge per Hubschrauber durch und retteten 133 Menschen. Der Aserbaidschaner R. Mamedow rettete 28 Menschen, darunter 19 Kinder.

Jetzt sind die Wiederaufbaurbeiten in den betroffenen Gebieten in vollem Gang. Das ZK der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR nahmen einen Beschuß „Über Hilfsmaßnahmen für die Georgische SSR zur Beseitigung der Katastrophenschäden“ an. Die Republik erhielt mehrere Millionen Rubel Kapitalinvestitionen, und für die Bevölkerung werden Vorzugsmaßnahmen und Kredite verschiedener Art bereitgestellt. Das ganze Land kam der Republik zu Hilfe: Es fanden Subbotniks statt, und es trafen Pakete ein mit Lebensmitteln und Bedarfsgütern.

WISSENSCHAFT UND NEUES DENKEN

Akademiemitglied Vitali GOLDANSKI

Wie jedermann weiß, besitzt die Wissenschaft seit Mitte des 20. Jahrhunderts, zur Zeit der Revolution in Wissenschaft und Technik, kolossale sowohl kreative als auch destruktive Potenzen. Welche wirken, das hängt davon ab, wie man über sie verfügt. Während sie aber noch vor einigen Jahrzehnten eine an Ehrfurcht grenzende Hochachtung erweckte und viele sie als Althaussmittel gegen alle Mißgeschicke der Menschheit ansahen, bekommen wir jetzt immer öfter die gegenteilige Meinung zu hören, nämlich daß die Wissenschaft die Ursache allen Übels sei.

In der Tat erleben wir Leistungen der Wissenschaft, die sich grundlegend auf alle Bereiche des menschlichen Lebens auswirken. Ich möchte einen Umstand hervorheben, der bisher kaum gewürdigt worden ist: Die moderne Wissenschaft, ja der wissenschaftlich-technische Fortschritt überhaupt bietet eine wichtige theoretische Begründung für das neue Denken sowohl in der Außenpolitik des Sowjetstaates mit dem Ziel einer kernwaffenfreien Welt als auch in unserer Innenpolitik in der Ausrichtung auf Demokratie und Offenheit. Mit anderen Worten ergibt sich das neue Denken nicht aus schönen Wünschen und einem Volunteranismus, sondern aus einer streng wissenschaftlichen Analyse der Lebensverhältnisse der Menschen im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution. Es ist eine konkrete, theoretisch begründete Politik, ein Ergebnis der jetzigen Entwicklungsphase der menschlichen Gesellschaft, der Wissenschaft und Technik.

Die Hochrüstung bedroht die Menschheit mit einem nuklearen Inferno. Sie ist sich darüber klargeworden, daß beim Vorhandensein von Kernwaffen ein Weltkrieg unweigerlich in einen atomaren Krieg ausarten würde. Im Atomzeitalter würde selbst ein konventioneller Waffengang massenhafte Strahlungsschäden und den Tod von Menschen durch die Zerstörung von Atomreaktoren zur Folge haben.

Rapide entwickelt man Mittel zur Beobachtung der Vorgänge auf der Erde, unter Wasser, unter der Erde vom

Das neue Denken fußt auf einer wissenschaftlichen Analyse von Gesellschaft, Wissenschaft und Technik.

Weltraum aus mit Hilfe von Aufklärungssatelliten, die mit allerlei Sensoren ausgerüstet sind. Die Erde, unser aller Zuhause, ist von einem allsehenden Auge aus dem Weltraum zu überblicken. Ein Beispiel sind die außerhalb der Atmosphäre gemachten Aufnahmen, auf denen aus Hunderten Kilometern Höhe die Zahl der Sterne auf den Schulterstücken eines Offiziers und die Nummer des Autos, neben dem er steht, zu erkennen sind. Die Erschließung des Weltraums und die modernsten Beobachtungsmittel bieten aber neue Möglichkeiten zur gegenseitigen Kontrolle über die Einhaltung beliebiger internationaler Abkommen. Diese Kontrolle kann und muß die Herstellung gegenseitigen Vertrauens garantieren, sie muß verhindern, daß

die Menschheit in einen Kernwaffenkrieg, ja auch nur in einen konventionellen Krieg hineinschlittert. Wegen der im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts geschaffenen Verhältnisse ist es vollkommen ausgeschlossen, daß sich die Situation vom 22. Juni 1941 wiederholt, als die mächtige Kriegsmaschinerie der Nazis unser Land überfiel.

Die Wirkung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die Weltpolitik hat dazu geführt, daß an die Stelle der dogmatischen Behauptung, die eine oder die andere Gesellschaftsordnung werde als Siegerin oder Besiegte aus einem Atominferno hervorgehen, die Erkenntnis getreten ist, daß es im Atomzeitalter keine Sieger geben kann. Die Menschen werden sich der Tatsache bewußt, daß ein Kernwaffenkrieg gleichbedeutend mit dem Untergang der menschlichen Zivilisation ist. Von aktueller Eindringlichkeit ist Lenins These, daß die menschlichen Werte den Vorrang vor den Aufgaben der einen oder anderen Klasse haben. Daher die völlig neue Einstellung zur Außenpolitik, die in einer ganzen Anzahl unserer programmatischen Dokumente zum Ausdruck kommt.

Ist aber die Erkenntnis von Faktoren wie der nuklearen Hochrüstung und der Möglichkeit einer umfassenden Kontrolle ein wissenschaftliches Argument zugunsten der sowjetischen Außenpolitik, des sowjetischen Programms für die "Abrüstung zwecks Entwicklung", deren Gegenstück die "Aufrüstung statt Entwicklung" ist, so haben die riesigen Fortschritte der Informatik und Computerisierung, bei den globalen Kommunikationsmitteln und der ausgiebigen Nutzung des Weltraums folgerichtig zu einem anderen innerpolitischen Aspekt des neuen Denkens geführt: dem innenpolitischen, der wissenschaftlichen Begründung für Demokratisierung und Offenheit, dieser natürlichen, einzig möglichen und vernünftigen Grundlage für die Existenz der sozialistischen Gesellschaft.

Die technischen Aspekte des im Rahmen der wissenschaftlich-technischen Revolution Geleisteten, die die Demokratisierung und Offenheit stimulieren, tragen noch mehr zur Erkenntnis ihrer Vorteile bei. Hierzu soll vor allem im Zusammenhang mit den Besonderheiten und Aufgaben der Wissenschaft die Rede sein.

Was charakterisiert am besten unsere Zeit, die Zeit außergewöhnlichen Fortschritts in Elektronik, Computerisierung, Erschließung des Weltraums, die Zeit einer allgemein gedeihenden Wissenschaft?

Vor allem der unablässige anschwellende Fluß der Informationen, die Perfektionierung der Mittel, mit denen sie registriert, gespeichert und weitergegeben werden. Wir können beispielweise von Hauptdaten der modernen EDV-Anlagen und anderen Informationssystemen wie dem operativen Gedächtnis und der Operationsgeschwindigkeit sprechen, denken wir an die modernsten Molekularcomputer mit großer Speicherungsdichte, von immer umfangreicher Informationsquellen wie Zeitschriften, Büchern und wissenschaftlichen Abhandlungen. Begriffe wie Indexierung, Schlüsselwörter und automatisierte Informationssuche (nach Quellen, Themenkreisen, Verfassern usw.) werden immer gebräuchlicher.

Das System der internationalen Informatik und Kommunikation gelangt in ein höheres Stadium: Es entstehen Datenbanken mit automatischen Ein- und Ausgaben für Teilnehmer. Der internationale Rundfunk rückt hinter dem internationalen Fernsehen über künstliche Satelliten allmählich an die zweite Stelle. Immer gebräuchlicher werden (vorläufig besonders im Westen) Personalcomputer, die als Informationsspeicher fungieren, zu verschiedenen Operationen benutzt werden können und — was ebenfalls sehr wichtig ist — Informationen vervielfältigen. Ihr Speichervermögen wird immer umfassender, der Speicherverkehr umfangreicher und komplizierter und Datenausgabekapazität größer. Die Sprachen der EDV-Anlagen — Algol, Fortran u. a. — entwickeln sich zu einer Art Esperanto.

Schon in allernächster Zeit wird es bestimmt globale Funk- und Fernsehsendungen in diesen Maschinensprachen geben. Die Personalcomputer werden sie empfangen und die gesendeten Informationen verarbeiten.

Es ist eine Frage für sich, ob das zu begrüßen oder abzulehnen ist. Das ist ein unveräußerlicher Wesenzug unserer Zeit, eine Realität, die wir in Rechnung stellen und nach der wir uns richten müssen, wenn wir technisch und erst recht nicht im Denken nachhinken wollen.

Der Mensch der sozialistischen Gesellschaft muß möglichst vollständig informiert sein.

Unsere Stärke ist Wahrheitstreue.

Hier nun muß man, glaube ich, in vollem Umfang von den Potenzen der sozialistischen Gesellschaft Gebrauch machen, die jahrelang vergessen waren und jetzt als die wichtigsten proklamiert worden sind: Demokratisierung und Transparenz.

Es gibt zwei Möglichkeiten: diejenige, zu der die Partei aufruft — Demokratisierung und Offenheit —, oder Abkapselung gegen Informationen, Scheuklappen und möglichst hohe Zäune. Nur die erstgenannte Möglichkeit entspricht dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt, fußt darauf und fördert ihn ihrerseits, während die zweite ein Hemmschuh für den Fortschritt ist.

Der Mensch der sozialistischen Gesellschaft muß möglichst vollständig informiert sein. Diese Feststellung beruht auf der Gewißheit, daß die sozialistische Gesellschaft die größten Möglichkeiten zur Förderung der menschlichen Persönlichkeit besitzt. Andernfalls droht eine schwerfällige Propaganda, ihr ständiges Zurückbleiben hinter den Realitäten, die Benutzung gestrigener oder gar vorgestriger Argumente, die Einstellung nicht auf einen starken, sondern auf einen primitiv vereinfachten Gegner und das häufige Verschweigen akuter eigener Probleme.

Auch für die wirksame "Rückkopplung", für die wahrhaft wissenschaftliche soziologische Analyse dessen, wie unser Volk auf die Initiativen von Partei und Regierung sowie auf internationale Geschehnisse reagiert, ist Offenheit wichtig. Man braucht kein Wunschedenken anstelle der Tatsachen, kein tausendfaches Echo von Hurra-Appellen und Hurra-Rapporten, sondern eine ehrliche, objektive Analyse der jüngsten Vergangenheit.

Lenin schrieb: "Unsere Stärke besteht darin, daß wir die Wahrheit proklamieren!" Diese Überzeugung hat uns befähigt, auf dem kürzlichen Plenum des ZK der KPdSU offen und ehrlich zu gestehen, daß ernste Mängel der ideologisch-politischen Erziehung vielfach mit Paradeveranstaltungen und -kampagnen,

mit zahllosen Jubiläen in der Hauptstadt und an der Peripherie bemächtelt wurden, daß sich der Alltag und die Selbstgefälligkeit immer mehr voneinander unterschieden.

Gerade der Umstand, daß die Umgestaltung keine voluntaristische Aufwallung, sondern ein wissenschaftlich begründetes Aktionsprogramm ist, versetzt die Gegner der UdSSR in unverhohlene Besorgnis. Die Politik der Demokratisierung und Offenheit hat die verschiedenen antisowjetischen Rundfunksenden und Schreiberlinge in eine ausweglose Lage gebracht. Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als sich etwas aus den Fingern zu saugen. Die marktschreierischsten "Sensationen" und die verstiegensten Kommentare dazu sind für die Leser und Hörer nicht so anziehend wie das wirkliche Leben des Landes, des Volks und der Welt, die von unseren Massenmedien veranschaulicht werden. Die Spitzenreiter der sowjetfeindlichen Propaganda sind am allermeisten an einer Störung unserer Demokratisierung und Offenheit sowie daran interessiert, die Umgestaltung abzubremsen und rückgängig zu machen. Sie sind ernsthaft besorgt darüber, daß die Zahl der Hörer der westlichen Rundfunkender jäh abnimmt, obwohl die Sendungen der BBC nicht mehr gestört werden. Die Kosten des Störens lohnen sich offenbar nicht, wenn es eine weitaus wirksamere Informationsquelle — die Offenheit — gibt.

Heute zeichnet sich deutlich die Wasserscheide zwischen denen ab, die unsere Umgestaltung begrüßen, die an engeren Beziehungen zu unserem Land und am Weltfrieden interessiert sind, und denen, die mit ihrer Politik die UdSSR totrüsten wollen, jenen Leuten, die hoffen, uns zu Schritten zwingen zu können, die für unsere Wirtschaft und den sozialistischen Aufbau vernichtend wären. Auch für viele "Ehemalige" ist unsere Umgestaltung heutzutage ein Prüfstein. Zu deren Gegnern unter den "Ehemaligen" zählen sowohl die sogenannten Konservativen, die die alten Zustände verfechten, als auch Leute, die sich noch unlängst als besonders eifrige Neuerer aufgespielt haben. Die einen wie die anderen gießen Wasser auf dieselbe Mühle.

Obrigens haben viele aus Informationsmangel auf die ausländische Lügenpropaganda angebissen. Auch der Hang der Bürokraten, möglichst viel verbotene Früchte zu kultivieren, die, wie das Sprichwort sagt, weil verboten, süß sind, hat dabei mitgesprochen. Unwillkürlich fällt mir die treffende Definition der Bürokratie ein, die zu Anfang des 20. Jahrhunderts Graf von Bülow, Kanzler des Deutschen Reiches, gab: Er schrieb, die Bürokratie komme mit notwendigen Reformen immer zu spät, sie zeichne sich durch äußerst engstirnige Bestrebungen aus, kranke an politischer Ungeschicklichkeit und neige ständig zur Einmischung ins Privatleben der Staatsbürger. Mit ihrer Nadelstichpolitik reize sie nur die Bevölkerung und schaffe den Boden für eine Opposition.

Ich glaube, bei Werken von Emigranten muß man einen deutlichen Trennungsstrich zwischen dem Wert dieser Werke und der Handlungsweise ihrer Verfasser ziehen. Wir haben z. B. unlängst des verstorbenen Regisseurs Andrej Tarkowski gedacht. Ich finde, die tragischen Fehler und sogar die unwürdigen Äußerungen des ausgewanderten Viktor Nekrassow nehmen seinem Buch über den Großen Vaterländischen Krieg, "In den Schützengräben von Stalingrad", nichts von seinem Wert.

Nichts könnte lehrreicher für Leute sein, denen beim Gedanken an den Westen das Wasser im Mund zusammenläuft, als mit eigenen Augen das überseeische Schlaraffenland zu sehen, als an der eigenen Haut die vielstrapazierten dortigen "Freiheiten" zu spüren und sich von der üppig ins Kraut geschossenen Kriminalität, Arbeitslosigkeit und sozialen Ungleichheit zu überzeugen. Wer unbedingt die Heimat verlassen will, dem sollte man wohl freie Bahn und den Rat geben, sich zum Abschied noch einmal den unlängst im

Betrachtungen von Brigadegeneral a. D. Michael HARBOTTLE (Großbritannien) darüber, wie das neue militärische und politische Denken zur Festigung der globalen Sicherheit und Stabilität beitragen könnte

Europäische Sicherheit neu bewerten

"Die Nuklearmächte müssen über ihren eigenen nuklearen Schatten springen und in eine atomwaffenfreie Welt treten und so der Trennung der Politik von den allgemeinen Sittenbegriffen ein Ende bereiten. Sollen die internationalen Beziehungen vernenschlicht werden, so muß man auch im humanitären Bereich entsprechende Schritte unternehmen, natürlich, was die Informationen, die Kontakte zwischen Menschen, den Künstleraustausch u.a. angeht. Das kann ethische Garantien für die Erhaltung des Friedens ergeben." Diese Worte richtete Generalsekretär Michail Gorbatschow am 16. Februar 1987 an die Teilnehmer des Moskauer Internationalen Forums "Für eine kernwaffenfreie Welt, für das Überleben der Menschheit".

Wenn wir aber über unsere nuklearen Schatten springen sollen, dann müssen wir unsere Einstellung zueinander än-

Michael Harbottle gehört zu den "Generälen für Frieden und Abrüstung", einer 1981 gegründeten Initiative, der hochrangige ehemalige NATO-Militärs aus neun Ländern angehören. Hauptsitz in London.

dern. Zunächst müssen wir die versteigerten Auffassungen zerstreuen, die viel zu lange für unser Denken über Verteidigung und Sicherheit bestimmend waren und das bedrückende Feindbild uns immer wieder vorgehalten haben. Außerdem müssen wir die stereotype Ansicht aufgeben, daß uns nur der Waffenbesitz die sichere Garantie für den Frieden bietet.

Unsere Beziehungen zu vernischlichen, bedeutet genau das, was es besagt. Nur bei einer Ausdehnung der Kontakte zwischen Menschen und bei der Niederlegung der diese Kontakte hemmenden Hindernisse kann man auf eine Vermenschlichung der Beziehungen hoffen. Unsere Zukunftshoffnungen und -befürchtungen sind gleich, ob wir in West oder Ost, Nord oder Süd leben. Uns allen schwebt eine friedliche Welt vor, in der wir in Eintracht leben können. Wenn wir nicht lernen, miteinander wie Menschen zu leben, dann werden wir, um mit Martin Luther King zu sprechen, "wie Narren untergehen".

Vor 42 Jahren endete der zweite Weltkrieg. Den größten Teil dieser Zeit war Europa in zwei Lager gespalten. Es



hat unter einer politischen und militärischen Konfrontation gelitten, die auf der ständig zunehmenden Schlagkraft der Kernwaffen beruhte. Es gibt Leute, die behaupten, daß wir gerade deshalb die ganze Zeit in Europa Frieden hatten. Jeder, der diese Zeit der Spannungen und des Mißtrauens miterlebt hat, weiß, wie irreführend das ist. Wir haben den Frieden nicht genossen und werden ihn nicht genießen, solange wir auf nukleare oder konventionelle Waffen als einzige Garantie gegen einen Krieg bauen. Es ist Zeit, dem Ruf Michail Gorbatschows zu folgen, nämlich das neue Denken zu akzeptieren und die alten Stereotypen aufzugeben. Diese haben uns von Politik und Strategie abhängig gemacht, die das Wettrüsten unweigerlich aufgeheizt und uns statt mehr weniger Sicherheit gegeben haben.

Wandlungen sind niemals leicht, besonders da nicht, wo es um die Sicherheit geht. Aber ein neues militä-

sowjetischen Fernsehen gezeigten US-Fernsehfilm "Die Ehemaligen" anzusehen.

Ein paar Worte über die Geschichte. Mir scheint, unsere Geschichtswissenschaft bleibt bei der Darstellung heroischer und tragischer Kapitel der Geschichte unseres Landes und unserer Partei hinter der Literatur und Kunst wesentlich zurück. Ohne Originalquellen kann man die Geschichte weder ernsthaft studieren noch ernsthaft unterrichten. Schon als Kind hatte ich für Geschichte viel übrig und wollte Historiker werden. Ein amerikanischer Kollege, der das wußte, schenkte mir das Buch "Titelseiten" mit den Faksimiles der wichtigsten Titelseiten der "New York Times" aus den Jahren 1920–1975. Ein hochinteressantes und lehrreiches Buch. Man ersieht daraus z. B., wie wenig in den USA der entscheidende Beitrag der sowjetischen Streitkräfte zur Niederwerfung Hitlers Deutschlands beachtet wurde. Wo bleibt ein ähnliches Buch bei uns?

Viele alte Zeitungen und Zeitschriften sind kaum noch lesbar, in Büchereien erhält sie nicht jeder. Wie gut kämen uns da Bücher von der Art der "Titelseiten" zustatten! Oder schwer

erhältliche Stenogramme von Parteitagen. Es ist kaum vorstellbar, wie lehrreich diese Kapitel der Geschichte für unsere Jugend sein könnten. Wie lehrreich und welch warnendes Beispiel wäre eine Neuausgabe des Stenogramms der Sitzung der Landwirtschaftlichen Akademie der UdSSR vom August 1948, in der die Genetik zur Pseudowissenschaft erklärt wurde, was die sowjetische Biologie um Jahrzehnte zurückwarf.

Wenden wir uns von der Geschichte dem Jahr 1986 zu. Es gibt Leute, die alle vorjährigen Katastrophen — Tschernobyl, die "Admiral Nachimow", das Atom-U-Boot, die Schlagwetterexplosion und die Lawinen — aufzählen und damit beweisen wollen, daß, falls sich bei uns etwas geändert hat, dann zum Schlechten. Nicht die Zahl solcher Fälle, sondern die Transparenz, die offene und ehrliche Information hat zugenommen, und hätte man es schon früher so gehalten, dann hätte es weniger Nachlässigkeiten und folglich weniger Katastrophen gegeben.

Leider haben wir uns wenig Gedanken darüber gemacht, wie sehr uns die Gewöhnung an die fehlende Offenheit geschadet hat. Bis vor kurzem haben wir über unsere Vorbereitungen zu

risches Denken ist genauso wichtig wie ein neues politisches Denken. Auf der vorjährigen Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa ist ein gewisser Erfolg hinsichtlich des Informationsaustausches und der Kontrolle über Militärmanöver erzielt worden. Natürlich ist selbst ein zweitrangiger Erfolg wichtig, aber die Stockholmer Vereinbarungen müssen durch wichtige Initiativen ergänzt werden.

Da die militärischen Verhandlungen weitgehend auf das Gleichgewicht oder die Parität der Waffen und Truppen konzentriert sind, bleibt bei diesen Verhandlungen wenig Raum für energischere Schritte. Auch alternative Verteidigungsauffassungen sind nicht wirklich ins Auge gefaßt worden.

Armeen bestehen zur Verteidigung der Staaten, sind aber eher für den Angriff als für die Verteidigung ausgerüstet. Eine bekannte Militärdoktrin lautet: „Angriff ist die beste Verteidigung.“ Heute gilt sie nicht mehr, denn Kernwaffen vernichten alles.

Es gibt aber eine neue Auffassung, die an die Stelle sowohl der nuklearen als auch der konventionellen Militärstrategie treten könnte. Zugleich würde sie eine ausreichende Verteidigungsfähigkeit bieten und abschreckend genug wirken, um den Anforderungen der Sicherheit zu genügen. Diese Auffassung ist als „unprovozierte Verteidigung“ bekannt.

Welches sind ihre wichtigsten Elemente? Eine Panzerabwehrkapazität, die einen Panzerangriff beliebigen Umfangs aufzuhalten imstande wäre. In mobilen Kampfeinheiten zusammengefaßte Bodentruppen mit einer Ausrüstung, mit der sie an einem beliebigen Punkt auf

einen Angriff reagieren könnten. Komplizierte elektronische Bodensensoren, so stationiert, daß sie die Anmarschwege des Feindes beobachten, während Luftsatelliten Informationen über feindliche Truppenansammlungen und -bewegungen liefern sowie Frühwarnungen geben könnten. Die Unterstützung der Bodentruppen würden mit Geschützen bestückte Hubschrauber sowie Flugzeuge mit Kurzstreckenraketen übernehmen. Keine Boden- oder Luftstreitkräfte, die auf dem Boden oder in der Luft tief in die feindlichen Stellungen vorstoßen und fähig sein würden, Erstschlagswaffen oder eine Gegenoffensive ins feindliche Gebiet hineinzutragen. Stattdessen Truppen für einen begrenzten Gegenangriff bis zu 40 km Tiefe.

Diese Konzeption hat viel für sich und verdient es, ernsthaft erwogen zu werden. Als Doktrin stellt sie eine Revolution im militärischen Denken dar, die zu einem kernwaffenfreien Europa führen könnte, da sie ein vitales Verteidigungssystem mit geringeren Kosten bieten könnte, als jetzt durch die nukleare oder die konventionelle Verteidigung verursacht werden.

Es gibt auch andere, nicht so revolutionäre Schritte, die zur europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit unternommen werden könnten, beispielsweise gemeinsame Konsultationen und Forschungen des Oberkommandos der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation über einen weiten militärischen Fragenkreis sowie über Probleme der globalen Sicherheit. Parlamentarier, Diplomaten und jetzt auch zahlreiche Fachkräfte und Berufskörperschaften finden immer öfter Gelegenheit zu Zusam-

menkünften und zu einem Meinungsaustausch über viele Fragen, die Gegenstand gemeinsamen Interesses und gemeinsamer Sorge sind. Es wäre angebracht und wertvoll, wenn sich Militärs diesem Prozeß anschließen.

Die Initiative der NATO-Generale a. D. für Frieden und Abrüstung, die von einer ähnlichen Gruppe sowjetischer Generale und Admirale a. D. unterstützt wird, ist ein Beispiel dafür, wie die Erfahrungen und Fachkenntnisse der Militärs zum neuen Denken beisteuern können. Bulgarien, die CSSR, Ungarn und Polen haben vor 2 Monaten solche Gruppen gebildet. Seit 1984 werden in Wien Jahrestreffen abgehalten, bei denen die Generale über die Probleme der jetzigen Sicherheit debattieren.

Es ist längst Zeit, sich ein neues Urteil über die Sicherheit Europas zu bilden. Die Wiener Verhandlungen über die beiderseitige ausbalancierte Reduzierung der Streitkräfte ziehen sich ohne sichtlichen Erfolg schon 13 Jahre hin. Man sollte den Kompetenzbereich dieser Verhandlungen wahrscheinlich einer Revision unterziehen. Ein Fortdauern der Gespräche über das Niveau und die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte wird kaum greifbare Resultate zeitigen. Was not tut, ist eine konstruktive Einstellung unter Berücksichtigung der veränderten Sicherheitsfordernisse. Es wäre an der Zeit, das Pferd, wie es sich gehört, vor den Wagen zu spannen.

Heute müßte ein neuer Sicherheitsbegriff erarbeitet werden, der an die Stelle der übermäßigen Abhängigkeit des Friedens von den Waffen treten würde. Nur wenn es so weit ist und nur dann wird Europa die Sicherheit und Stabilität erlangen, die es braucht. ■

Raumflügen (außer zu internationalen) nichts mitgeteilt, obwohl sie vom Weltraum aus sehr gut zu beobachten waren. Unsere Bebenstationen führten in den Listen der von ihnen registrierten Vorgänge die unterirdischen Kernwaffentests in der UdSSR (von denen die Stationen anderer Länder meldeten) nicht auf, was uns, auch mir persönlich, bei internationalen Treffen die Teilnahme an der Diskussion über ein vollständiges Verbot sämtlicher Nukleartests sehr erschwerte. Nach dem mehr als anderthalbjährigen sowjetischen Nuklearfestmoratorium, dieser bemerkenswerten Äußerung des neuen Denkens, sowie nach dem sowjetisch-amerikanischen Kontrollexperiment im Raum unseres Testgeländes bei Semipalatinsk schweigen die Verleumer. Das zeugt von der starken Wirkung der Transparenz und vom gesünderen internationalen Klima.

Die vom XXVII. Parteitag der KPdSU verkündete Politik der Demokratisierung und Offenheit, die vom Plenum des ZK der KPdSU vom Januar 1987 nachdrücklich als wichtiges Element der Erneuerung und Umgestaltung bestätigt wurde, fußt nicht nur auf den Gesetzen, nach denen die sozialistische Gesellschaft

funktioniert, sondern auch auf einer Analyse der wichtigsten Entwicklungstendenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Ein aktiver Gestalter unserer Zukunft empfindet unbedingt, daß sich seine Interessen mit denen seines sozialistischen Heimatlandes, dessen Wohlergehen und Gedeihen decken, ob es sich nun um Volkswirtschaft, Natur, Geschichte oder das Kulturerbe handelt. Er muß selbständig denken können, um zu unterscheiden, wo es sich um Weisungen von oben und wo um die vornehmsten Interessen des Heimatlandes handelt. In diesem Sinne ist es ungemein wichtig, daß die Sowjetbürger vollständig informiert und daß die Informationen systematisiert und allseitig analysiert werden. Wenn die Menschen erkennen, daß es die Wissenschaft ist, die die Lebenswichtigkeit einer Welt ohne Kernwaffen und der nach den Grundsätzen der Demokratisierung und Offenheit, der Umgestaltung und Erneuerung aufgebauten sozialistischen Gesellschaft präzise begründet hat, dann wird — davon bin ich fest überzeugt — keine Spur eines Zweifels daran bestehen bleiben, ob die Wissenschaft eine Wohltat oder ein Unglück für die Menschheit ist. ■

So entstehen Feindbilder

Ein amerikanischer Journalist, der mehrere Jahre als Korrespondent in Moskau gearbeitet hat, bat 40 US-amerikanische Oberschüler, zu erzählen, was ihnen bei dem Stichwort "Russen" einfällt. Hier eine kleine Auswahl: Rote, Kommunisten, Atomkrieg, Kälte, Sibirien, Eiserner Vorhang, Feind...

Eine repräsentative Umfrage der "New York Times" vom September 1985 ergab, daß fast 30 von 100 befragten US-Bürgern glaubten, die UdSSR und die USA seien im zweiten Weltkrieg Gegner gewesen und nur 14 Prozent hatten schon etwas von einer amerikanischen Intervention in Rußland gehört. 46 Prozent stimmten der Behauptung zu, daß sich die Amerikaner mehr um ihre Kinder kümmern, als die Russen.

Diese Verstellungen haben Amerikaner von einer Nation, die mit ihnen zusammen die Existenz des Lebens auf der Welt in der Hand hat. Die Feindbildproblematik ist also nicht nur US-intern von Belang, sondern sie berührt alle Fragen der heutigen internationalen Beziehungen.

Aus dem Reich der Dämonen

Die Herstellung von Feindbildern ist natürlich keine US-amerikanische Spezialität. Stereotypen dieser Art entstanden im Lauf der gesamten Geschichte. Von konkreten politischen Situationen abstrahierend filterte der amerikanische Philosoph Sam Keen einige sich konstant wiederholende Züge heraus, die verschiedene Gesellschaften ihren Feinden in bestimmten historischen Etappen verliehen haben. Der Feind ist rätselhaft, er ist anders als wir. Der Feind ist aggressiv. Er ist gesichtslos, ohne eigenes menschliches Antlitz. Der Feind ist gottlos, barbarisch, blutrünstig und grausam, zu jedem Verbrechen fähig. Man stellt sich den Feind als Henker oder Vergewaltiger vor.

Diese und andere Mißgestalten passen auch ins Washingtoner Gruselkabinett. Es verfügt daneben noch über Sonderanfertigungen, die damit zusammenhängen, daß der amerikanischen Ideologie von Anfang an Sendungsbewußtsein zugrundeliegt. Der neue Kontinent wurde von Menschen erobert, die wegen ihrer religiösen Überzeugung in Europa verfolgt werden. Sie kamen nach Amerika, um Gottes Geboten gehorchnend eine gerechte Gesellschaft aufzubauen. Hier

hat der traditionell moralisierende Impetus amerikanischer Politik seinen Ursprung, der Hang, politische und internationale Konflikte in moralisch-ethische Dimensionen zu übersteigern, wie etwa zum Kampf zwischen Gut und Böse.

Amerikas Erzfeinde: Indianer, Mexikaner, Japaner, Deutsche, Koreaner, Chinesen, Vietnamesen. Jetzt stehen gerade Iraner und Libyer hoch im Kurs. Dabei hat es mit dem Feindbild Sowjetunion seine besondere Bandwirkt.

Der Horror vor dem Bolschewismus, der angeblich die amerikanischen Werte, Zivilisation und Christenheit bedroht, entstand 1917 und hält sich bis heute. Währenddessen wurden aus den meisten früheren Gegnern Freunde, wie Japaner und Bundesdeutsche, sympathische Burschen, wie die Chinesen, oder verschwanden beinahe ganz aus dem öffentlichen Bewußtsein, wie die Vietnamesen.

Allen anderen Feindbildern lag in der Regel ein realer Konflikt zugrunde, der den Durchschnittsamerikaner in der einen oder anderen Form unmittelbar betraf. Die USA hatten gegen Deutschland und Japan Krieg geführt. Das iranische Trauma setzte nicht mit dem Sturz des Schah und der damit verbundenen geostrategischen Niederlage der USA ein, sondern mit der Geiselnahme von US-Bürgern. Libyer werden im amerikanischen Bewußtsein sofort mit Terrorismus gleichgesetzt, mit dem Tod amerikanischer Bürger also. Der Chinesenangst liegt die Intervention der USA in Korea zugrunde. Damals hatten sich chinesische Freiwillige am Widerstand beteiligt.

Was die Einstellung der Amerikaner zur UdSSR betrifft, so ist hier der politische oder noch eher der ökonomische Interessenkonflikt im Gegensatz zum ideologischen Widerspruch von untergeordneter Bedeutung. Die UdSSR und die Vereinigten Staaten haben noch nie gegeneinander Krieg geführt. Man kann sogar behaupten, daß in allen Fällen, besonders in der Nachkriegszeit, in denen die reale Gefahr einer Anwendung des militärischen Potentials bestand, diese auf unrichtige und verzerrte Vorstellungen von den Absichten der anderen Seite zurückging.

Besonders die ideologische Inkongruenz diente als hinreichend solide Grundlage dafür, das Feindbild im Bewußtsein der Nation zu schaffen und

zu reproduzieren. Die Sowjetunion repräsentiert vieles von dem, was der amerikanischen Mentalität wesensfremd ist: Die USA sind ein zutiefst religiöses Land, die UdSSR ist atheistisch; eine Gesellschaft der Individualisten in den USA, Kollektivismus in der UdSSR; der Amerikaner steht dem Staat mißtrauisch gegenüber, der Sowjetbürger identifiziert sich mit seinem Staat. Derlei Gegenüberstellungen ließen sich fortsetzen. Hierbei muß man berücksichtigen, daß einige historische Fakten der sowjetischen Vergangenheit, Abweichungen von den Normen der Demokratie, Stagnation im gesellschaftlichen Leben sich mit amerikanischen Augen gesehen wie Bestätigungen antisowjetischer Vorurteile ausnahmen. Das gilt besonders für die Beziehungen zwischen Individuum und Staat.

Gibt es jedoch eine Direktverbindung zwischen dem ideologischen Unbehagen am sozialistischen System und dem Vorurteil, daß die Russen sich weniger um ihre Kinder kümmern? Es gibt schließlich eine Fülle von Beispielen dafür, daß die USA sich mit andersgearteten Gesellschaften trefflich zu arrangieren wußten, nehmen wir nur die gegenwärtigen Beziehungen zum sozialistischen China, und selbst die UdSSR wurde nicht immer als Feind gesehen, wenn man an die Zusammenarbeit im zweiten Weltkrieg oder an die Anfangsphase der Entspannung denkt. In den USA gibt es auch heute nicht wenige Menschen, die die UdSSR scharf kritisieren und ihr gesellschaftspolitisches System nicht akzeptieren, die sich jedoch nicht dazu herablassen, den sowjetischen Menschen zur Unperson zu erklären.

Vertrauen statt Haß

Wer also stellt die UdSSR als Feind dar, um dann mit diesem Pfund zu wuchern? Der englische Historiker Edward Thompson benennt diese Kräfte recht präzise: "In Washington und London gibt es heute eine 'Kriegsbewegung'. Sie besteht aus mehreren militärisch-industriellen Gruppierungen, die nach Stützpunkten, Rohstoffen, neuen Waffen und Absatzmärkten für Waffen gieren, aus Ideologen und Meinungsmachern der neuen Rechten und aus rechten Politikern mit ihrer Konfrontationsrhetorik. Sie schaffen ein Klima, bei dem offen militaristische Abenteuer und Interventionen in der Luft liegen, und, ganz im Geist des kalten Krieges, als etwas vollkommen Normales erscheinen."

Seit der McCarthy-Ära hat es in den USA keine solche antisowjetische Hysterie mehr gegeben, keine derart aufgeputzten sowjetfeindlichen Stimmungen, keinen solchen Haß auf alles Sowjetische. Karikiert dargestellte Sowjetbürger sind

überhaupt nicht mehr von der Leinwand und vom Fernsehschirm wegzudenken und werden bereits kommerziell in der Reklame eingesetzt. Dabei schien noch in den 70er Jahren eine Periode angebrochen, als trotz vieler real bestehender aber keineswegs künstlich geschaffener sowjetisch-amerikanischer Widersprüche die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich stabilisierten. Als beide Seiten nach dem trial- and-error-Verfahren und im Ergebnis ihrer Erfahrungen mit der Zusammenarbeit Mögliches und Unmögliches in ihren Beziehungen mehr oder weniger klar voneinander abgrenzen konnten, als man sich gar zu einem gewissen Grad, ohne immer laut darüber zu sprechen, mit echtem Interesse achtet lernte. Auf jeden Fall muß hier besonders darauf hingewiesen werden, daß es zwischen uns keinen einzigen Widerspruch gab, der durch weiteres Wettrüsten hätte gelöst werden können.

Für Abschreckungszwecke sind die heutigen Arsenale eindeutig zu voll. Niemand dürfte im Ernst daran denken, bewußt einen Erstschlag zu führen. Es ist doch eher so, daß fortgesetztes Wettrüsten weitauß mehr Probleme schafft, als löst, und zwar indem es politische zugunsten militärischer Probleme schrittweise zurückdrängt und damit immer weniger Spielraum für politische Lösungen läßt. Dieser Umstand kommt nach und nach Amerikanern der verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen zu Bewußtsein. Die Friedensbewegung als ungewöhnliche Massenerscheinung ist ein deutliches Indiz dafür.

Dabei existieren der militärisch-industrielle Komplex und politische Gruppen, die von nichts und niemandem abhängig nur am Rüstungswettlauf Interesse haben. Politikern wie C. Weinberger, in deren Verfügungsgewalt die Sicherheit der Amerikaner liegt, ist weit mehr an einer Sowjetunion gelegen, die eine Gefahr darstellt, als an einer Sowjetunion, die keine Gefahr darstellt. Der US-Verteidigungsminister fühlt sich wohler, wenn die UdSSR Nukleartests durchführt und ihre Atomwaffen, die auf die USA gerichtet sind, auf Vordermann bringt, als wenn wir das nicht täten. Hier wird auch der militaristische Trieb erklärlich, die ideologischen Differenzen über jedes vernünftige Maß hinaus aufzubauschen, indem man an die niedrigsten Instinkte appelliert.

Es wäre natürlich zu stark vereinfacht, anzunehmen, daß die Haßflut und Filme wie „Amerika“ auf Befehl von oben zustande gekommen seien. Hinreichend deutlich wird zumindest, daß die intelligente, zielstreibende und effektive Arbeit der Entspannungsgegner, ihr manipuliertes Feindbild und die Verlagerung der Verantwortung für die Probleme Amerikas im Innern und im Ausland auf die Sowjetunion ein solches politisches und geistiges Klima geschaffen haben, daß der primitivste Antisowjetismus von allem sonstigen abgesehen auch noch kommerziellen Vorteil bringt.

Das wirkt sich unmittelbar auf die längerfristigen sowjetisch-amerikanischen Beziehungen aus. Eine beachtliche Anzahl von Amerikanern ist derselben Auffassung wie Präsident Reagan, daß die Nationen einander mißtrauen, und zwar nicht, weil sie aufrüsten, sondern sie rüsten auf, weil sie einander mißtrauen. Sie sehen also in Atomwaffen ein unvermeidliches Übel, eine Sicherheitsgarantie angesichts eines starken und aggressiven Gegners und wollen Vertrauen auf Vorschuß, danach Abfertigung.

Bestehen Hoffnungen, daß der fanatische Antisowjetismus im Massenbewußtsein abflaut? Mir scheint, daß es Faktoren gibt, die zu einer gewissen Hoffnung berechtigen. Zunächst einmal kann man unmöglich Haßgefühle von einer solchen Intensität über längere Zeit wachhalten. Die amerikanische Gesellschaft macht offenbar eine Periode der Selbstbestätigung durch: Man hat einen realen „Sieg“ über schwache Gegner wie Grenada und Libyen errungen und sich in den Kinos und vor den Bildschirmen am „Sieg“ über einen starken Gegner geweitet, man hat sich also ein wenig beruhigt. Zugelose Haßpropaganda trägt außerdem schon

den Keim ihrer eigenen Dekadenz in sich. Die offene schadenfrohe Berichterstattung in den amerikanischen Medien über die Tragödie in Tschernobyl rief weithin Unzufriedenheit unter den Amerikanern hervor. Die beunruhigte oppositionell eingestellte Elite schließlich bemüht sich um Abrüstungsvereinbarungen mit der UdSSR. Die Logik des politischen Kampfes in den USA zwingt diese Elite, das Bild von der Sowjetunion zu ändern.

Unter amerikanischen Intellektuellen werden seit einigen Jahren Fragen der gegenseitigen Wahrnehmung heftig diskutiert. Pressemeldungen zufolge hat die Anzahl von universitären Veranstaltungen beträchtlich zugenommen, die sich mit der Sowjetunion auseinandersetzen, wächst das Interesse an der russischen Sprache und an sowjetischen Forschungsergebnissen. Die Friedensbewegung im amerikanischen Landesinnern bringt Projekte hervor, die darauf abzielen, den Blick der Amerikaner für die menschlichen Qualitäten der Sowjetbürger zu schärfen. Sollte diese Bewegung Massencharakter annehmen, wäre sie durchaus geeignet, das Feindbild Sowjetunion effektiv zurückzudrängen. ■

„Dialog“ in der Gefängniszelle

Sie fanden einander Ende April in einem Römer Gefängnis. Sie — das sind sechs verurteilte Terroristen der italienischen „Roten Brigaden“ und die drei ehemaligen Sowjetbürger Wladimir Bukowski, Wladimir Maximow und Leonid Pljutsch. Bukowski und Maximow sind heute Präsident bzw. Vizepräsident der antikommunistischen Organisation „Internationale des Widerstandes“ mit Hauptsitz in Paris. In besagtes italienisches Gefängnis aber waren die Sowjetfeinde auf offizielle Einladung der Terroristen gekommen. Dieses denkwürdige Treffen hat seine Vorgeschichte. Im März hatte die „Internationale des Widerstandes“ in der Zeitung „Figaro“ einen antisowjetischen Brief veröffentlicht, in dem der in der UdSSR sich vollziehende Prozeß des Umbaus verleumdet wurde. Die Zeitung „Moskowskie Nowosti“ druckte den Brief ab. Die NZ berichtete in Heft 14/87 über diese Organisation, darüber, wer den Brief tatsächlich verfaßt und wer offenbar nur seine Unterschrift dafür hergegeben hat. Mitte April waren Bukowski, Maximow und Pljutsch in Rom um eine „Antwort“ bemüht: Sie gaben eine neue Erklärung ab, wobei sie im Grunde nur die Hauptpunkte des ersten Briefes wiederholten. Das wäre eigentlich alles... Und außerdem sahen der Präsident, der Vizepräsident und Pljutsch in den Veröffentlichungen der sowjetischen Presse eine Art „Dialog“ mit ihnen und brüsteten sich sogar damit. Doch der eigentliche Grund ist folgender: Diese

drei (und gerade sie, und nur sie hatten sich in Rom geäußert) hoffen keineswegs auf einen Dialog, da sie begreifen, daß die sowjetischen Menschen nicht auf sie hören werden. Haben sie ja selbst eingestanden, daß der Brief „eher an die westliche als an die sowjetische Presse gerichtet“ war. Doch auch im Westen kommt ein „Dialog“ nicht zustande. „Leider sind die Menschen hier zu gleichgültig“, beklagte sich Bukowski.

Und doch gibt es Leute, mit denen da ein Dialog begonnen werden kann. Gesprächspartner fanden sich — in der Zelle, in der Terroristen der „Roten Brigaden“ einsitzen. „Wir freuen uns, eure Gesinnungsbrüder sein zu dürfen“, schrieben die Kerkerbrüder in ihrer Einladung an die Sowjetfeinde. Und jene kamen gleich nach einer Pressekonferenz in Rom nur zu gern. Der Nachrichtenagentur ANSA zufolge kam es zu einer „rührenden Begegnung“. Die Knastbrüder nannten die Besucher ihre „Männer“. Es wurde beschlossen, den „Dialog fortzusetzen“, ja sogar „in Zukunft gemeinsam etwas zu unternehmen“.

M. PUTINKOWSKI

P. S. In ihrer Erklärung von Rom beklagen sich Bukowski, Maximow und Pljutsch darüber, daß die NZ sie als „Handlanger der CIA“ bezeichnete. Das haben wir so in unserem Beitrag nicht geschrieben. Doch wenn ihnen gerade diese Formulierung besonders zusagen sollte...

„Ich möchte Direktor werden!“

Von unserem Sonderkorrespondenten
Boris KOSLOW

Bereits hätten wir einander verpaßt. Der Wagen holte mich etwas später als vereabredet ab, und als wir am Tor des Spinnereikombinats vorfuhr, schlug es gerade sieben.

Maria war nicht in ihrem Arbeitszimmer, sondern im großen Saal des Kombinats, wo gerade der Direktor gewählt wurde.

Für und wider

Ende der 60er Jahre begann man sich in Bulgarien Gedanken über Probleme der Betriebselfstverwaltung zu machen. Welche Fragen können die Arbeiter selbständig entscheiden? Die Antwort verlor sich im Wertgeklingel, aber die schlichte Wahrheit schälte sich allmählich heraus: Selbstverwaltung kann nur wirksam sein, wenn der Betrieb auf volle wirtschaftliche Selbstständigkeit umgestellt wird.

Es galt als selbstverständlich: Da die Produktionsmittel Eigentum des sozialistischen Staates sind, ist der Staat auch der Herr über sie, wenigstens juristisch. Praktisch aber sind es die Arbeiter, die an den Werkzeugmaschinen stehen, über sie verfügen und Erzeugnisse herstellen. Wie wäre es, wenn man die Rechte des Herrn dem Arbeiterkollektiv übergibt und die Arbeiter für das Endprodukt, aber auch für eventuelle Verluste verantwortlich macht? Die Belegschaft soll ferner über den zurückbehaltenen Gewinn verfügen können. Dagegen behalten die staatlichen Leitungs- und Planungsorgane nur Funktionen und Rechte bei, die über die Kompetenz der Belegschaft hinausgehen. Bleibt in diesem Fall die Verbindung zwischen Staat und Arbeitern aufrechterhalten? Gewiß, aber nicht mehr in Form verwirrend zahlreicher Direktiven und Weisungen, die den Arbeitern vorschrieben, was zu tun sei und wie. Was dann in Frage käme, wären eine gemeinsame Erfassung der strategischen Entwicklungsaufgaben eines Betriebes bzw. eines Zweiges, die Marktforschung, die Preispolitik, die Auslindigmachung von Rohstoffquellen.

Davon erzählte mir Kosta Andrejew - keineswegs unbeteiligt, wußte er doch aus eigener Erfahrung, wie verzwickt solche Fragen sind. Schon hatten sie damit begonnen, eine genauere Grenze zwischen den Rechten des Staates und denen der Belegschaft zu ziehen, verbrachten damit 5 Jahre, aber die Sache

verlief sich im Sande. Die Nuß war eben zu hart.

Als besonders schwierig erwies sich die Aufgabe auch deshalb, weil im Lande inzwischen eine Generation von "zentralistischen" Verwaltungsfunktionären herangewachsen war. Sie konnten nur in einer Atmosphäre handeln, die gerade zu ändern war. Aus eigenem Ermessen begrenzten sie die Rechte der Belegschaften, versuchten, Arbeiter unter Druck zu setzen oder die Umgestaltung selbst zu beeinflussen. In der Wirtschaft kam es zu einem für die sozialistische Ordnung überraschenden Kampf zwischen zwei Prinzipien, die der gleichen Wurzel entwachsen waren.

"Manchmal war es einfach zum Verzweifeln", setzt Kosta fort. "Die Mentalität, die die frühere Verwaltungsstruktur ermöglicht hatte, mußte umgedreht werden. Früher orientierte sich der Direktor vor allem an der übergeordneten Stelle, die ihrerseits den Direktor umsorgte. Nun war alles umgekehrt. Der Direktor muß sich den Erfahrungen, der Weisheit des Kollektivs zuwenden, jetzt bestimmt das Kollektiv über das Schicksal der Produktion und folglich auch des Direktors. Es gab welche, die das ärgerte, auch welche, die meinten, die Partei lasse die Kaderfrage aus der Hand, die Gefahr sei im Anzug, daß man die Macht über die Hebel zur Leitung der Kaderarbeit, die Kontrolle über die gesellschaftlichen Prozesse usw. verliere. Einige verstiegen sich sogar zu der Behauptung, eine solche Tendenz sei nachgerade umstürzlerisch..."

Ich darf meinen Gesprächspartner vorstellen: Kosta Andrejew, Sekretär des Zentralrates der Bulgarischen Gewerkschaften.

Wen nehmen wir?

Im Parteikomitee sitzen zwei Frauen an einem langen Tisch: die Parteisekretärin des Kombinats Margarita Marinowa und die eben zum Direktor wiedergewählte Maria Wassilewa.

Maria schenkt Kaffee ein, der Löffel in ihrer Hand zittert: Die Versammlung war nicht spurlos an ihr vorübergegangen. Aber warum eigentlich diese Aufregung? Sie ist seit 18 Jahren Direktorin, hat sich inzwischen sicherlich als Leiter qualifiziert, Autorität und die Anerkennung der Arbeiter gewonnen. Was hätte sie im Grunde befürchten können?

Maria stellt die Kaffeefasce ab und sieht mich zweifelnd an:

"Ja, wenn sie mich aber nicht gewählt hätten? Vielleicht waren die Wahlen selbst ein Fehler? Könnte doch sein, daß wir durch die Wahlen absichtlich einen Konflikt zwischen Belegschaft und Werkleitung provozieren. Wenn dem so ist, wer profitiert davon? So viele überraschende, verwirrende Fragen in unserem bisher scheinbar so klaren Leben..."

Zu ihrer Kandidatur äußerten sich Belegschaftsmitglieder offen, ehrlich und streng. Die einen lobten Maria, andere hatten so manches an ihrer Leitung



Maria Wassilewa, Direktorin eines Spinnereikombinats. Eben erst gewählt...
Foto des Verfassers

auszusetzen. Parteisekretärin Margarita Marinowa wurde hellwach, sie sprang hinter dem Präsidiumstisch auf und rief in den Saal:

"Wollt ihr etwa, daß Maria abgewählt wird?"

Maria selbst schwieg. In den Jahren ihrer Arbeit als Direktor des Kombinats hatte sie so manches abbekommen, das bringt die Funktion so mit sich. Man tadelte sie im Parteikomitee, man rügte sie auf Parteikonferenzen, denn Versäumnisse hatte es sicherlich gegeben.

"Aber auf der heutigen Versammlung", sagt die Direktorin, "wurde ich nicht wegen meiner gesellschaftlichen Leistungen und nicht wegen meiner Parteiarbeit, sondern als Produktionsleiter kritisiert. Es waren meine Kollegen, die sind echte Profis, denen kann man nichts vormachen, und die halten mit ihrer Meinung nicht hinter Berg. Die Belegschaft ist an einer sachkundigen Leitung schon aus wirtschaftlichen Gründen interessiert. Da der Betrieb auf Eigenfinanzierung überführt wird, will jeder Arbeiter eine sich entwickelnde und gewinnbringende Produktion. Folglich will der Arbeiter einen Direktor, der sich darauf versteht, eine

solche Produktion zu sichern. Früher war das anders. Die Tätigkeit eines Betriebs wurde von Verwaltungsfunktionären verschiedener Ebenen, die aber in der Regel von der Produktion isoliert waren, bestimmt".

"Demnach meinen Sie, daß sich die 'Obrigkeit' nicht in die Leitung der konkreten Produktion einmischen darf?"

"Selbstverständlich nicht. Produzieren tun schließlich die Arbeiter, und sie sehen am besten, wer den Betrieb zum gemeinsamen Nutzen von Belegschaft und Staat leiten kann. Bei unseren Nachbarn, in einem Textilbetrieb, wurde der Direktor abgewählt: Die Belegschaft sah, daß er es nicht vermochte, sich auf die neue Arbeits- und Denkweise umzustellen."

"Wie äußert sich die Vorteilhaftigkeit der Selbstverwaltung für Ihr Kombinat konkret?"

Maria seufzt:

"Glauben Sie ja nicht, daß ich's hier leicht habe. Wir haben drei Betriebe, einen hier, in Sofia, einen im Landesosten, nahe der türkischen Grenze, und noch einen etwa 30 km westlich der Hauptstadt.

Die Verwaltung ist z. B. deshalb kompliziert, weil unsere Ausrüstungen bunt zusammengewürfelt und noch dazu alles andere als neu sind. Hinzu kommt, daß unsere Zulieferbetriebe ihre eigenen Probleme haben, ihnen steht der Kopf nicht nach den unsrigen. Sie liefern uns nicht gerade die besten Rohstoffe, und das macht unsere Arbeit zur Plackerei.

Man muß sowohl diese Beziehungen als auch die Technologie umgestalten. Wir sind an Zulieferern interessiert, die eng mit uns zusammenarbeiten. Für den meistbelasteten Betrieb in Sofia brauchten wir neue Ausrüstungen. Als wir die Möglichkeit bekamen, selbständig vorzugehen, vereinbarte die Leitung unseres östlichen Betriebes an Ort und Stelle ein Geschäft mit dem dortigen Agrar-Industrie-Kombinat: Wir haben eine Spinnerei, sie haben eine gutgehende Viehhaltung und folglich Wolle. Bei der Kooperation stellten die Partner uns einen Devisenbetrag zur Verfügung, a conto unserer künftigen gemeinsamen Gewinne. Aus diesem Geld kauften wir in der DDR moderne Anlagen für die Spinnerei in Sofia. Die Sofioter Ausrüstungen gingen an die östliche Filiale. Dort ist die Belastung nicht so groß, und sie funktionieren einwandfrei. Nun mehr bildet der östliche Betrieb gleichsam ein Gemeinschaftsunternehmen mit dem Zulieferbetrieb. Beide erwirtschaften Gewinne sowohl für sich als auch für den Staat."

„Wahrscheinlich haben sich hier Ihre persönliche Beharrlichkeit und Initiative ausgewirkt!"

„Ein Direktor muß perspektivisch denken können."

„Inwiefern sind die Arbeiter in die laufenden konkreten Angelegenheiten der Werkleitung eingeweiht?"

"Wir informieren sie über alle Vorhaben. Die Belegschaft sieht, daß wir nichts vor ihr verbergen und ihre Interessen vertreten."

In Bulgarien behaupten einige, das Arbeitskollektiv durchblickt jeden sofort und weiß immer, ob sich ein Bewerber als Direktor bewähren werde oder nicht. Andere befürchten, daß Bummelanten und Tagediebe bei den Wahlen "ihren Mann" auf diesen hohen Posten durchbringen. Muß ein Direktor immer nur aus dem Betrieb stammen? Er könnte ja auch ein "Außenreiter" sein. Woher kommen die Direktoren? Oder werden sie etwa schon wieder von der "Obrigkeit" ernannt?

Selbstverwaltung

Nein, versicherten mir meine Gesprächspartner, auf die alte Weise komme man nicht mehr zur Direktorfunktion. Der Wahl gehe in der Regel ein strenger Wettbewerb voraus. Die Anwärter geben entsprechende Inserate in Zeitungen auf (bzw. finden sie darin solche), jeder Bürger kann sich in jedem Betrieb bewerben. Sein Antrag wird vor einer Kommission von Arbeitern und Experten geprüft.

Die Kommission wählt eine oder sogar mehrere passende Kandidaturen aus. Der Belegschaft werden meist drei Bewerber vorgeführt. Sie verteidigen vor ihr die eigene Position, legen ihre Pläne vor, worauf die Mitgliederversammlung die endgültige Entscheidung fällt.

In den bulgarischen Betrieben wird die ganze Werkleitung, vom Direktor bis hin zum Meister, für 2–5 Jahre gewählt. Für Maria schlügen die Arbeiter gleich 10 Jahre vor – und dies nach all der Kritik! Eine hohe Ehre.

Wenn einer aber nicht gewählt wird? Es kommt vor, daß dann "betriebsinterne" Bewerber gehen, weil sie sonst mit dem Trauma nicht fertig werden. Am häufigsten passiert das mit Brigadien.

Wie bildet sich eine Arbeitsbrigade? Auf einer Mitgliederversammlung wird ihr Rat gewählt. Er wählt den Brigadier sowie Bevollmächtigte für die Versammlung, auf der der Direktor gewählt werden soll (der Schlüssel: ein Vertreter von je 10 Arbeitern). Der Direktor kann einen Arbeiter nicht in einer Brigade unterbringen, darüber entscheidet nur die Brigade selbst.

„Selbstverwaltung?"

„Ja, volle Selbstverwaltung. Das bedeutet, die volle Verantwortung des Kollektivs für sein Handeln und für die Produktion."

Wo bleibt

die Gewerkschaft?

Im Zentrum von Sofia ragt das schmale, um und um verglaste Haus des Zentralrates der Bulgarischen Gewerkschaften empor. Kosta Andrejew empfängt mich in seinem Arbeitszimmer im 13. Stock. Ich frage ihn, wie die

Kampagne der Wahl der leitenden Kader ausgegangen sei.

„Schwierig war die Sache schon, aber wir hätten keine Angst zu haben brauchen. Nicht allen Kandidaten wurde das Vertrauen entgegengebracht, obwohl einige von ihnen die Partei- und die Gewerkschaftsorganisation hinter sich hatten. Als Brigadiere bewarben sich 51 000, davon wurden mehr als 1200 abgelehnt. Von den 5500 Anwärtern auf einen Direktorposten kamen in der ganzen Republik 284 nicht durch, wobei 103 von ihnen im letzten Augenblick von selbst aufgaben, weil sie eingesehen hatten, daß sie es unter den heutigen Verhältnissen nicht schaffen würden.

Ich denke, daß die Wahlkampagne uns um nützliche Erfahrungen bereichert hat. Bei weitem nicht alle Arbeiter haben jedoch schon begriffen, daß eine neue Zeit angebrochen ist, daß sie ihre Rolle in der Produktion anders sehen und sich als die Herren über die Produktion betrachten müssen. Vor kurzem fragte ich einen Arbeiter in einem Betrieb in Plovdiv: 'Wie beteiligen Sie sich an der Verwaltung des Betriebs?' Und er mir darauf: 'Ich bin nicht von der Verwaltung, bin Montagearbeiter. Die Verwaltung haben wir in dem Haus drüber.' Vielleicht hat er nicht richtig gehört, am ehesten aber ist er nicht am Mitsprechen interessiert.

Der Übergang zu qualitativ neuen Einschätzungen von Belegschaft und Individuum ist ein mitunter schmerzlicher Prozeß. Bei der Umgestaltung konsolidieren sich die Neuerer, sie fühlen sich in ihren Bestrebungen bestärkt, auf dem anderen Pol dagegen konzentrieren sich die Konservativen. Für die einen ist dieser Prozeß ein Kraftquell, den anderen droht er mit einer Niederlage. Wichtig ist, daß in unserem Land schon heute auf der Basis der Selbstverwaltung neue Kontakte zwischen Mensch und Gesellschaft zustande kommen.

Die Rolle der Gewerkschaft ändert sich ebenfalls erheblich. Der vor kurzem abgehaltene Kongreß dieser größten Massenorganisation der Werktätigen unserer Republik zeigte: Die bulgarischen Gewerkschaften gehen daran, die Wirtschaftstätigkeit im Lande unmittelbar zu verwalten. Unter den Verhältnissen der Selbstverwaltung kommen neue, spezifisch gewerkschaftliche Aufgaben auf sie zu, die eine qualifizierte Lösung erfordern: Festlegung von Normativen, Lohn- und Gehaltsfragen, Betriebsfonds, Spanne zwischen Gewinn und Arbeitsaufwand usw. Alles komplizierte und ungewohnte Dinge, denn damit beschäftigten sich die bulgarischen Gewerkschaften früher nicht. Deshalb fehlt ihnen die nötige Erfahrung.

Kurzum, wir stecken mitten in der Arbeit."

Wir unterhielten uns schon seit mehr als einer Stunde. Mein Gewissen schlug: Im Vorzimmer mußten Menschen schon lange auf den Empfang gewartet haben. Sofia -- Moskau

Rote Fahnen auf dem Times Square

„Zehn Tage, die die Welt erschütterten“: John Reeds Formel ist inzwischen ein Begriff geworden. Bis heute erforschen Historiker jene fernen Tage. Nicht minder aufregend sind jedoch Augenzeugenberichte.

Iwan Samuilow ist Zeitgenosse unseres Jahrhunderts. Er wurde im Gouvernement Smolensk als Sohn eines Bauern geboren; 1904 emigrierten seine Eltern in die USA. Dort verlebte Wanja seine Kinder- und Jugendjahre, dort lernte er es, für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen. In die Heimat kehrte Samuilow 1921 als politisch reifer Mensch zurück. In den Futterstoff seiner Jacke war ein von Charles Ruthenberg, Generalsekretär der KP der USA, unterschriebenes Dokument eingenäht. In der Heimat, die er nun endgültig wiedergewonnen hatte, beteiligte er sich energisch am sozialistischen Aufbau, dann war er Soldat im Großen Vaterländischen Krieg. Nach dem Krieg baute er gemeinsam mit seinen Landsleuten das in Trümmern gelegte Smolensk wieder auf. Später leitete er einen großen Industriebetrieb.

Wir baten Iwan Samuilow, über die amerikanische Periode seines Lebens zu erzählen.

Wie gut erinnere ich mich an meine Jugendjahre - aber wer vergißt auch seine Jugend? Wenn New York im Fernsehen gezeigt wird, sehe ich mich wieder in Brooklyn, als 10jährigen Zeitungsjungen in kurzer Hose, der sich beeilt, die Ware an den Mann zu bringen, um bis 9 noch rechtzeitig in die Schule zu kommen.

... Ich bin schon 17, und Vater nimmt mich zu einer Kundgebung der Sozialistischen Partei mit, die der Revolution in Rußland gewidmet ist. Wir gehen nebeneinander, werden von Menschen mit roten Wimpeln überholt. Ein Menschenmeer am Times Square, Redner wechseln einander auf einem in aller Eile zusammengezimmerten Podium ab. Sie sprechen über Rußland, über die Notwendigkeit der Klasseneinheit. Einen von ihnen kenne ich, das ist unser ehemaliger Untermieter Alexej Begun, ein gebürtiger Belorusse.

„Die Bolschewiki, Lenin wollen Frieden!“, sagt Begun. Diese Worte rufen einen Beifallsturm hervor: Die Amerikaner hatten schon zu spüren bekommen, was Krieg war. In den Fenstern mancher Häuser sieht man schwarze Trauerschleifen, die die Trauer um einen Gefallenen anzeigen.

Nach dem Meeting trat ich der Sozialistischen Partei bei. Ich wurde Mitglied der 6., russischen Sektion dieser Partei.

Im Januar 1919 war ich in einem gedrängt vollen Saal New Yorks. Mit verhaltenem Atem hörten die Anwesenden einem hageren Mann in dunklem Anzug zu. Er entwarf das Bild des tausende Kilometer von uns entfernten

Rußland, für das die Amerikaner ein enormes Interesse zeigten. Wer hätte besser von Rußland erzählen können als dieser Mann, der sich dort aufgehalten, mit Lenin gesprochen hatte? Nach der Kundgebung saß ich mir ein Herz, trat an John Reed heran und stellte mich vor.

„Russe?“ fragte John Reed erstaunt.
„Ja.“

Wir unterhielten uns etwa eine Stunde. Er war ein schlichter Mann von einnehmendem Wesen.

„Wie leben die Leute dort?“ Das interessierte mich besonders.

„Sie haben es schwer, das Neue ist nicht leicht aufzubauen“, antwortete Reed offen. „Trotzdem, ein aufregendes Leben.“

Plötzlich fragte er mich:
„Wollen Sie denn nicht zurück?“

Was sollte ich ihm antworten? Natürlich träumte ich davon, aber damals bestand eine solche Möglichkeit nicht. Sie bot sich erst ein Jahr später, und zwar unter dramatischen Umständen.

Meine Universitäten

Zur Arbeiterbewegung stieß ich, nachdem meine Familie auf amerikanischem Boden viel durchgemacht hatte. Wir kamen nicht gleich nach New York. Zuerst lebten wir im rauchigen Morrisville, Pennsylvania, wo mein Vater Häuer in einer Kohlengrube war, dann in Greensburg. Dort wurde Vater wieder entlassen, und so zogen wir nach New York um. Zuerst schien alles zu klappen, Vater war Anstreicher bei einem eben-



Iwan Samuilow.

Foto: D. Uchomski

falls aus Rußland stammenden Bauunternehmer. Endlich konnten wir uns satt essen: weißes Maisbrot, Kartoffelsuppe, eine Kanne Milch für unsere sechsköpfige Familie.

Meine Angehörigen dachten jedoch nicht nur an unser täglich Brot. In der Familie hörte ich häufig Gespräche von der IWW, der Organisation „Industriearbeiter der Welt“, und von Ansprachen ihres führenden Kopfes „Big“ Bill Haywood. Konnte ich denn damals wissen, daß ich viele Jahre später Haywood bei seinem UdSSR-Besuch persönlich kennenlernen sollte?

Was war die IWW? Ich war damals 11 Jahre alt, und Vater erklärte mir das so: „Das ist ein Kampfbündnis der amerikanischen Arbeiter, es vertritt die Interessen der Ärmsten.“ Ich fragte: „Also auch unsere Interessen?“ Und mein Vater sagte: „Richtig. Siehst du, schon hast du alles begriffen.“

Doch die Erkenntnis kam erst später, als ich nach der Schule mit 16 Jahren als Fräser in einer Werkzeugfabrik unterkam. Recht bald hatte ich die nötige Übung und verdiente 25 Dollar die Woche, nicht schlecht für mein Alter. Freilich waren sie sauer erarbeitet.

Etwas später mußte ich den Betrieb verlassen: Ich hatte mich an einem Streik beteiligt und wurde auf die Schwarze Liste gesetzt. Nun nahm mich kein größerer Betrieb mehr auf: Die Unternehmer informierten einander über Streikteilnehmer. So wurde ich Fahrer bei einer kleinen Transportfirma, zumal ich autofahren konnte.

Trotzdem war das eine glückliche Zeit: Ich fühlte mich als Gleicher unter Gleichen und war stolz auf das Vertrauen, das man mir entgegenbrachte. Ich half meinem Vater, seine Parteiaufträge zu erledigen, und nach dem November 1917 erhielt ich auch selbst Aufträge. So half ich, Demonstrationen vorzubereiten, und verbreitete Flugblätter.

ter, die über die Rechte der Arbeiter und über die wahre Lage in Sovjetrußland erzählten. Das war nichts Illegales, eine solche Betätigung ist von der US-Verfassung nicht verboten. Recht bald mußte ich mich jedoch davon überzeugen, daß die Verfassungsartikel, die die Bürgerrechte in den USA schützen, Schall und Rauch sind.

„Palmer-Razzien“

Zu Silvester 1920 verbrachten wir in unserem Club in der Rutherford Street. Die ganze 6. (russische) KP-Sektion, die im Herbst 1919 aus dem abgefallenen linken Flügel der Sozialisten hervorgegangen war, hatte sich mit ihren Angehörigen eingefunden. Wir machten uns einen lustigen Abend, tanzten und sangen.

Parteiangelegenheiten wurden an jedem Abend mit keinem Wort erwähnt. Wir hatten vor, diese Dinge einen Tag später zu erörtern. Wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, sollte die Rede von der Hilfe an streikende Arbeiter einer Lederfabrik sein. Aber kaum hatten wir uns am 2. Januar versammelt als Polizisten im Saal auftauchten.

„Frauen bitte den Raum verlassen! Alle Männer aufstehen und an der Wand aufstellen!“ befahl ein Offizier laut.

Auf der Straße standen schon Polizeiwagen. „Raus!“ wiederholte der Offizier. Laut protestierten wir: „Wir sind keine Verbrecher! Wir sind freie Bürger in einem freien Land!“ Die Polizisten fackelten jedoch nicht lange. Zusammen mit den anderen wurde ich am Kragen gepackt und in ein Polizeiauto gestoßen, in dem sich schon etwa 20 Personen befanden. So verfuhr die Polizisten auch mit den anderen. Die Autos drehten bei und fuhren über die Brooklyn Bridge. Einer der Festgenommenen stimmte die Warschawjanka an, andere setzten ein.

Etwas vier Stunden später wurde ich verhört. Man führte mich in einen kleineren Raum, der mir absolut dunkel schien, wohl deshalb, weil eine grelle Lampe mir direkt ins Gesicht leuchtete.

„John Samuilloff“, hörte ich aus dem Dunkel, „antworten Sie! Wer ist bei euch Vorsitzender?“

„Wir haben keinen.“

„Tischen Sie uns keine Lügen auf, im Klub befanden sich 200 Personen. Wer hat die Versammlung organisiert?“ fragte eine Baßstimme rechts von mir mit Nachdruck.

Ich antwortete, wie wir vereinbart hatten:

„Wir haben davon in einer Zeitung gelesen.“

„In welcher Zeitung?“

„Nowy Mir“, sie wird von allen Russen gelesen.“

„Er verhöhnt uns ja!“

Es setzt Schläge, ich versuche, das Gesicht mit den Händen zu decken. Das Licht fällt auf meinen verbundenen Zeigefinger, den ich mir am Vortag in der Werkstatt verletzt hatte.

„NEUE ZEIT“ 18.87

„Willst du auspacken?“ Der Untersuchungsleiter faßt mich am verwundeten Finger, dreht jäh daran und schüttelt das Blut, das aus meinem Verband tritt, ab.

Ich bin fast ohnmächtig vor Schmerz, die Stimmen der Polizisten klingen dumpf wie aus weiter Ferne. Im Kopf pulsiert nur ein einziger Gedanke: durchhalten! Woher sollte ich wissen, daß in dieser Nacht in New York beinahe 700 Menschen ohne jeden Grund verhaftet worden waren? Und nicht nur in New York. In 70 amerikanischen Städten, von der West- bis zur Ostküste, überfielen FBI-Agenten Versammlungen und drangen in die Räume von Organisationen und in Privatwohnungen ein.

Das war der Anfang einer Aktion, die später als Palmer-Razzia bekannt wurde



John Reed auf der Tribüne (Zeichnung des amerikanischen Malers Lind Ward).

(nach dem damaligen US-Justizminister Mitchell A. Palmer). Der unmittelbare Organisator war sein Sonderberater und späterer FBI-Chef Edgar Hoover.

Später erfuhr man, daß vom 2. - 6. Januar 1920 etwa 10 000 Amerikaner, meist Arbeiter, verhaftet wurden.

Am nächsten Tag, gegen 11 Uhr Morgen, fuhr man uns in Polizeiautos zum südlichen Rand von Manhattan, zum Kai. Von dort legten Fähren nach Ellis Island ab. Das war die berüchtigte „Träneninsel“ für alle, die das Unglück hatten, die Einwanderungsbehörde kennenzulernen. Wir kamen in ein Gefängnis, „spazierengeführt“ wurden wir in eine geräumige Halle, aus deren Fenstern man bei klarem Wetter die Umrisse der Freiheitsstatue sehen konnte.

Zuerst wollte es uns nicht in den Kopf, daß man uns lange dabeihalten würde:

Wir hatten ja gegen kein Gesetz verstößen! Aber nach etwa fünf Tagen wurde uns klar, daß sich die Behörden Zeit ließen. Darauf traten wir in den Hungerstreik.

Als man uns am Abend zum Essen abführte, setzte sich kein einziger von den 200 Mann hin. Keiner berührte das Brot mit Margarine und die Plörre, die man uns vorsetzte.

„Was soll das? Was ist das schon wieder?“ keifte der Aufseher. „Ihr seid hier nicht zur Erholung, was sollen die Fäxen?!“

Ihm wurde ein Umschlag mit der Aufschrift überreicht: „Hier ist alles dargelegt“.

Wir hatten folgende Forderungen gestellt: Angehörigenbesuche, einen Anwalt, Pakete von zu Hause usw. Das Gerücht vom Hungerstreik drang bis nach New York.

In die Heimat

Erst ein halbes Jahr später wurden wir entlassen. Wir sollten noch vor Gericht kommen, aber davor hatten wir keine Angst. Ich jedenfalls hatte das Gefühl, daß ich in der Freiheit meine Rechte schon durchboxen würde. Wie schwer irrite ich mich!

Die Gerichtsvorladung traf im Dezember ein. Drei Männer in Richtertalarern fragten mich lange aus, u. a. danach, ob ich Flugblätter mit Lenins „Brief an die amerikanischen Arbeiter“ und die Materialien der Komintern kannte. Ich bejahte, sagte aber: „Zeigen Sie mir eine Bestimmung im Gesetz, die es verbietet, diese Dokumente zu lesen und zu verbreiten!“

Wie sich herausstellte, war das Ganze ein abgekartetes Spiel, man verurteilte mich, meinen Vater und noch neun Kameraden zur Ausweisung nach Rußland. Erst später begriffen wir, daß wir Glück hatten. Wir waren nämlich nicht naturalisiert und formell noch immer Ausländer. Die übrigen Genossen hatten es viel schwerer, das Gericht verurteilte jeden von ihnen zu 5–10 Jahren Freiheitsentzug.

Endlich schifften wir uns ein, kamen zuerst nach Cherbourg, dann seltsamerweise nach Liverpool, von dort nach London und über Hull und Liepaja schließlich nach Riga. Auf dem ganzen Weg wurden wir von FBI-Agenten beschattet.

Aus Riga fuhren wir mit dem Zug zur Station Ostrow, Gouvernement Pskow. Dort wurden wir offiziell Vertretern des Sowjetlandes übergeben. Wir sahen auf den ersten Blick, daß wir erwartet wurden. Aber erst ein wenig später, schon in Pskow, fühlte ich mich richtig daheim. Dort hatten sich mehrere tausend zu einem Meeting versammelt, und ich mußte sprechen. Es war wie ein Wunder: Jeder meiner holprigen russischen Sätze löste einen Applaus aus.

Aufgezeichnet von Boris BALKAREJ

Wo „Irangate“ begann

Jewgeni KORSCHUNOW

Anfang des Jahres 1986 brachte der Londoner "Observer" einen aufschlußreichen Beitrag mit dem Titel "Erblühen des Unternehmens Blume". Damals wurde er nicht besonders beachtet, aber heute kann man ihn den Anlaßgedenken zu der als "Irangate" bekannten Affäre nennen.

Der Anfang war im Stil eines Politkritis gehalten: "Den Start sehen Sie morgen. Er wird Ihnen gefallen. Eine imposante Technik", sagte Ezer Weizman, Ex-Verteidigungsminister Israels, zu seinem iranischen Kollegen Hassan Toufani. Die beiden Generale waren am 18. Juli 1977 im Verteidigungsministerium in Tel Aviv zusammengetroffen, um dem Abkommen über eins der bestgeheime Nahostgeheimnisse den letzten Schliff zu geben."

Das Geheimnis bestand darin, daß die Aachthaber Israels und der Shah von Persien die gemeinsame Entwicklung einer Atomrakete wünschten. Die geheimen Arbeiten liefen unter der Kodetezeichnung "Blume". Die iranisch-israelische Zusammenarbeit beschränkte sich aber nicht nur auf Vereinbarungen, Besuche und Gegenbesuche. Toufani, der auch für Waffenkaufe für die iranische Armee zuständig war, kontrollierte das Unternehmen persönlich.

Im Juli 1977 war er in der Negev-Wüste, als dort eine iranisch-israelische Rakete getestet wurde, die einen nuklearen 750-kg-Sprengkopf tragen konnte. Er war zufriedengestellt und begab sich, in Teheran zurück, zum Shah, um Bericht zu erstatten und vorzuschlagen, der Iran solle eine streng geheime Abmachung mit Israel über Waffenlieferungen für iranisches Erdöl im Wert von 1 Md. Dollar treffen. Überhept — so der "Observer" — sei der Gedanke an eine Zusammenarbeit zwischen dem Shah-Regime und dem zionistischen Staat schon 1973 eingekommen, als beide versuchten, amerikanische Pershing-I-Raketen zu bekommen. Dieser Gedanke nahm in dem Unternehmen "Blume" feste Gestalt an. Es war das wichtigste der

sechs iranisch-israelischen Militärprogramme, über die Shimon Peres, damals Verteidigungsminister Israels, 1977 in Teheran ein Abkommen schloß. Der Shah verpflichtete sich, Israel für Waffen Erdöl zu liefern.

Den finanziellen Teil der Abmachung brachten sie aus Gründen der Geheimhaltung über eine schweizerische Scheingesellschaft zusammen. Der Iran leistete die erste "Zahlung". Er lieferte für 260 Mio. Dollar Erdöl. Danach kam das Unternehmen ins Stocken, weil der Shah gestürzt und landflüchtig wurde.

Jahre gingen ins Land. Niemand erwähnte das Unternehmen "Blume", obwohl Experten das Erscheinen neuer Raketen damit in Zusammenhang bringen. Es heißt, sie seien auf den Golanhöhen und in der Negev-Wüste stationiert und könnten nukleare Sprengköpfe tragen.

Kalkulierfe

Überraschung

Typisch ist folgendes: Wenn die Beteiligung Washingtons an "Irangate" in westlichen Kreisen als Überraschung aufgenommen wurde, so keineswegs die Beteiligung Israels an dieser militärisch-politischen Machenschaft, und nicht nur, weil man gewöhnt ist, bei allen Nahost-abenteuern die Israelis an der Seite Washingtons zu sehen. Vor dem Skandal erschienen in der Welt Presse an dauernd Meldungen über "geheimnisvolle" Geschäftsleute, die "geheimnisvolle" Frachten auf "geheimnisvollen" Wegen nach dem Iran schickten. Der "New York Times" zufolge handelte es sich um die Lieferung amerikanischer Waffen "über private Kanäle". Das Blatt schrieb, 1983–1985 seien (amerikanische — die Red.) Jäger im Iran eingetroffen. Das Pentagon habe gewußt, daß internationale Waffenhändler dahinter steckten, habe jedoch nichts gegen sie unternommen. Es handelte sich um seige und schreibe 39 Kampfflugzeuge!

Einer der Händler setzte die US-Regierung heimlich davon in Kenntnis. Aber die "gesetzwidrigen Geschäfte ließ man weiter laufen, weil die Militärs hofften, Spionageinformationen, auch über den Iran, zu erhalten".

Schon 1981 verbreitete die Associated Press die Nachricht, daß Israel dem Iran heimlich amerikanische Waffen liefere. Damals wurden die Lieferungen mit Hilfe der mit der CIA eng verbundenen israelischen Geheimdienste getätigt. Die Waffen, darunter auch Boden-Boden- und Boden-Luft-Raketen, wurden über westeuropäische Häfen in den Iran verfrachtet. Beispielsweise gingen solche Frachten für 135 Mio. Dollar aus Antwerpen und Zeebrugge ab. Der Brüsseler "Soir" wies nach, daß je eine dänische, belgische, bundesdeutsche, holländische, schwedische und portugiesische Gesellschaft beteiligt waren. Außerdem wurden auch Waffen aus den NATO-Staaten und aus Israel geliefert.

Im April 1986 nahm der US-Zoll, ohne zu ahnen, wozu das führen könnte, in New York einen respektablen bundesdeutschen Geschäftsmann fest. Er war an der Abmachung mit 2,5 Md. Dollar beteiligt. Amerikanische Militärtechnik, (darunter Jagdflugzeuge, Raketen und Panzer) sollte für diesen Betrag mit Hilfe Israels (ebenfalls über Drittländer) dem Iran zugestellt werden. Es heißt, in dieser Sache seien fünf "Verdächtige" in New York festgenommen worden, u. zw. Bundesbürger und Bürger Großbritanniens; weitere fünf Helfershelfer wurden auf den Bermudas verhaftet, darunter drei Israelis, von denen einer ein General a. D. war. Als Chef der "Schmuggler", wie die US-Medien die Festgenommenen nannten, wurde ein gewisser Samuel Ewans, ein in London tätiger amerikanischer Jurist, bezeichnet. Die Festnahme der "Schmuggler" wurde als Sieg der US-Bundesbehörden hingestellt: Sie hätten eine große illegale Organisation ausgehoben, die einen "gesetzwidrigen Waffenverkauf an den Iran" geplant habe.

Von "Irangate" war damals noch nicht die Rede, obwohl an der Sache unverkennbar etwas faul war. Der General a. D. sagte ohne Umschweife aus, daß "die israelischen Militärs gewußt haben, was ich tue". Er drohte, er werde weiter auspacken, wenn sich Israel nicht für mich einsetzt".

Darauf wurde sofort reagiert. Meron, Generaldirektor des Verteidigungsministeriums Israels, gab nach einer Umfrage "unter allen Amtspersonen, die das Unternehmen gestattet haben konnten", im Namen seines Ministeriums eine Erklärung ab. Darin hieß es: "Israel hat weder direkt noch indirekt etwas mit der Sache zu tun. Die Personen, die in das Komplott verwickelt sind, haben von sich aus gehandelt."

Darüber entrüsteten sich nach dem Schmugglergeneral auch seine Komplizen. Sie prahlten um die Wette mit ihren Beziehungen zu Leitern amerikanischer Rüstungskonzerne und in höchsten Regierungskreisen sowohl Israels als auch der USA. Die US-Regierung verrieten sie nicht im selben Atemzug, und das Weiße Haus machte sich das zunutze.

"Die Kardinalfrage in dieser Sache lautet, welche Rolle Israel dabei spielt", sagte damals ein amerikanischer TV-Kommentator. "Dieses Land ist schon früher der Hilfe an den Iran beschuldigt worden, da Israel sich mehr vom Irak bedroht fühlt. Man leugnet zwar jede Beteiligung, US-Beamte sagen jedoch, sie seien nicht ganz sicher, daß das stimmt."

Wohlgemerkt: Nichts wird widerlegt, nichts eingestanden. Man ist nicht ganz sicher, und damit basta.

Alte Kontakte

Aber kehren wir ins Jahr 1981 zurück. Als neuerdings der "Irangate" genannte Skandal losbrach, erinnerte sich die britische Presse plötzlich des Hauptquartiers der iranischen Nationalen Petrolchemiegesellschaft in der Londoner Victoria Street. Seinerzeit wurde die Gesellschaft vom Schah "zum Ankauf der Ausrüstungen für die Ölindustrie" gegründet. Sie hatte aber auch andere Aufgaben. Der Londoner "Daily Telegraph" verfügt über Dokumente, die bezeugen, daß schon 1981 in London "ein gut funktionierendes System" bestand, mit dessen Hilfe unter Beteiligung israelischer Agenten US-Waffen an den Iran geliefert wurden.

ab. Dieser israelische Geheimagent ist eine Schlüsselfigur von "Irangate".

Eine nicht minder wichtige Person ist David Kimche, ebenfalls ein langjähriger Mossad-Mann, der später (wie das bei den israelischen Geheimdiensten gang und gäbe ist) Diplomat wurde und im israelischen Außenministerium einen Posten bekleidete. Er hatte jahrelang Verbindung zum Iran und benutzte natürlich die iranischen Mossad-Agenten.

Ende 1985, Anfang 1986 hatten Nimrodi und Kimche, wie der "Daily Telegraph" in Erfahrung gebracht hat, in London mehrere Zusammenkünfte mit Robert McFarlane, dem Sicherheitsberater des US-Präsidenten, und mit Oberstleutnant Oliver North vom Nationalen Sicherheitsrat. An den Zusammenkünften nahm der iranische "Unternehmer" Manucher Ghorbanifar teil. Später klagte McFarlane, um sich zu rechtfertigen, Kimche habe ihm einen Bären Dienst erwiesen, als er ihm Ghorbanifar als Politiker mit Verbindungen zum iranischen Minister- und zum Medschlis-Präsidenten vorstellte. Daß McFarlane Kimche traut, ist kein Wunder: Die US-Geheimdienste verließen sich öfter auf Angaben des Mossad. Aber auch dieses Mal hintergingen die israelischen Agenten ihre US-Kollegen, wie aus Äußerungen McFarlanes hervorgeht, die im Bericht des Senats-Sonderausschusses für Aufklärung von "Irangate" enthalten sind und teilweise Ende Januar 1987 publiziert wurden. McFarlane erklärte und meinte Ghorbanifar: "Hätte ich damals gewußt, was ich jetzt weiß, dann hätte ich nicht angeregt, mit ihm Verbindung aufzunehmen." Er erfuhr, daß Ghorbanifar, der CIA zufolge, sich

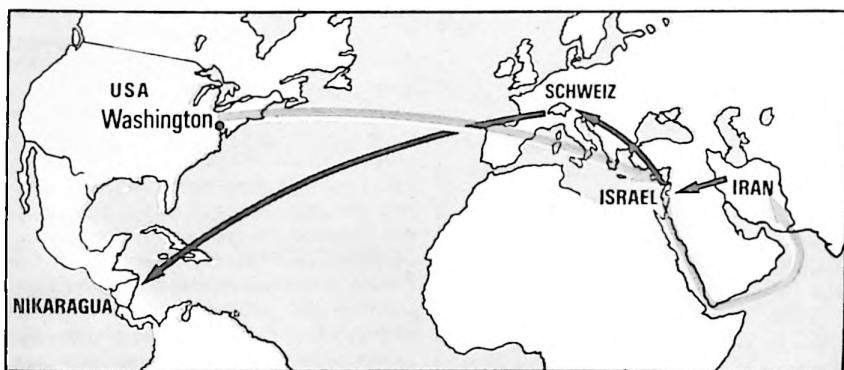
Wäre denn nicht zu glauben, daß Ghorbanifar für den Mossad durchaus gewissenhaft gearbeitet und als Doppelagent nur die CIA hintergangen hat?

Jedenfalls trat Ghorbanifar auf seine eigene Art und Weise für die Ehre derer ein, die ihn empfohlen hatten, und beschuldigte die CIA. In einem Interview für die amerikanische TV-Gesellschaft NBC erklärte er: "Sie (die CIA — d. Red.) mußte irgendwelche Schritte unternehmen und herausfinden, auf wen sie die Verantwortung abwälzen könnte. Sie hat es mit mir versucht. Das Hauptelement der jetzigen amerikanischen Katastrophe war die CIA. Sie brauchte einen Lockvogel, aber mich kann sie nicht dazu machen." Ghorbanifar hat öffentlich gedroht, er werde in den USA vor den Senats-Sonderausschuß für Aufklärung oder bei anderen mit der Untersuchung von "Irangate" beschäftigten Behörden erscheinen. Danach wurde dieser Agent Israels in Ruhe gelassen.

Aber nicht alle Leute Tel Avivs in Washington hatten von „Irangate“ nichts zu befürchten. So erschienen Anfang Februar 1987 Meldungen, daß Richard Perle, der stellvertretende US-Verteidigungsminister, demnächst abtanke. Damals kam es nicht dazu, aber schon die bloße Eventualität seines Rücktritts wurde mit seiner aktiven Beteiligung an den Waffenlieferungen an den Iran in Zusammenhang gebracht.

Der Sündenbock muckt auf

Die verschiedenen Schilderungen, wie Washington im ersten Schreck über die "Irangate"-Enthüllungen versuchte, die ganze Schuld auf Tel Aviv abzuwälzen, könnten Stoff für einen Krimi abgeben. Nehmen wir z. B. den schon erwähnten Bericht des Senatsausschusses für Aufklärung. In den USA hatte man sich mit seiner Veröffentlichung nicht beeilt. Als erste meldete sich die NBC dazu. Sie hatte sich den Bericht — wie, daß weiß nur sie selbst — beschafft. Ein NBC-Reporter gab am 10. Januar d. J. buchstäblich folgendes aus dem Pentagon durch: Nach Aussagen vor dem Senatsausschuß sei die Iran-Initiative in Jerusalem entstanden und jedesmal, wenn sie ins Stocken geriet, von der israelischen Führung wieder flottgemacht worden. Nach dem Bericht sieht die Sache so aus: Der Nahostexperte Leiden, ein früherer Berater des Nationalen Sicherheitsrates, kehrte im Frühjahr 1985 mit dem Plan aus Israel zurück, über einen den israelischen Waffenhändlern bekannten iranischen Mittelsmann an Teheran heranzutreten. McFarlane, der ehemalige Sicherheitsberater des Präsidenten, gab dem Plan seinen Segen, der schließlich zum Austausch von Geiseln gegen Waffen hätte führen sollen. Israel und Ghorbanifar



Irangate. Der orangene Pfeil zeigt, auf welchem Weg Waffen aus den USA in den Iran gelangten, der schwarze Pfeil den Weg, den das Geld für die nikaraguanischen Contras nahm.

Schaubild aus: "Newsweek" (USA)

Der leitende Vermittler bei dem Geschäft war Jacob Nimrodi, ein Agent des israelischen Geheimdienstes Mossad und Besitzer der Gesellschaft International Desalination Equipment in Tel Aviv. 1981 schloß er in London ein Geschäft im Wert von über 47 Mio Pfund Sterling

in Wirklichkeit auch mit Rauschgifthandel befaßt und dieses Geschäft mit Spionage verbindet. Von ihm hieß es, ihm sei nicht zu trauen. Ein CIA-Mann, der Ghorbanifar im Iran kannte, war entsetzt, als er hörte, wen die Geheimdienste Israels den Amerikanern empfohlen hatten.

Mittler zwischen Mensch und Natur

"Haben Sie schon einmal einen Wolf heulen, einen Adler schreien und einen Hirsch röhren gehört? Sie als Städter sind wahrscheinlich selten in der Natur."

Die ungewöhnlichen Fragen stellt der bekannte amerikanische Musiker Paul Winter, der mit seinem "Umweltjazz" nicht zum ersten Mal in der UdSSR auftritt. Er sagt:

"Gegen Ende der 60er Jahre kam ich darauf, daß wir die Stimmen der Natur kaum noch kennen. Es gibt immer weniger Tiere, viele Arten sind wegen der unbedachten Wirtschaftsführung der Menschen fast ausgestorben. Einmal hörte ich aufgezeichnete Walstimmen. Ich fand sie wunderbar. Ein andermal hörte ich Wölfe heulen und staunte, wie musikalisch das war."

In seiner Jazzband spielt Paul Saxophon. Er kam auf die

Idee, den Menschen durch das Medium Musik nahezubringen, wie dürlig ihre Lebenssphäre geworden ist. Er faßte den Entschluß, die "Laute der Erde" durch Musik zu Gehör zu bringen, ganz gleich, ob das Jazz, Folklore oder sinfonische Musik ist.

"Wir mußten einen weiten Weg zurücklegen", sagt Paul, "bis wir 1980 eine eigene Plattenfirma — die Living Music Records gründen konnten. Inzwischen hat sie schon ei-

nige Umwelt-Alben herausgebracht, und im Herbst 1986 haben wir erstmalig in der UdSSR gastiert."

Winter vertritt die Ansicht, daß man mit den Bemühungen um die Rettung der Natur auch gegen einen neuen Krieg angeht. Deshalb findet der Aufruf zur Abrüstung und zur gewaltlosen Beilegung von Konflikten bei den Umweltschützern starke Resonanz.

"Uns alle verbinden unzählige Fäden mit der Natur", sagt Paul, "auch wenn wir das in der verschmutzten Welt von heute nicht immer merken. Deshalb freuen mich alle Schritte zur Rettung des Lebens auf der Erde."

Bei einer Reise an den Baikalsee 1986 freundeten sich die Jazzband Paul Winters und das Folklore-Ensemble Dmitri Pokrowskis miteinander an. Pokrowski meint:

"Auch die Folklore droht auszusterben. Auch sie wurzelt in der Natur. Aus dem Zusammenwirken unserer und der amerikanischen Musiker ergibt sich eine Legierung, eine neue Musik, die sowohl in der UdSSR als auch in den USA gut ankommen wird." Und Paul Winter:

"Wir müssen uns entgegenkommen. Uns in den USA ist die Erhaltung des Baikalsees nicht minder wichtig als die Erhaltung der Seen Amerikas. Wir haben kein Recht mehr, nur an uns zu denken, denn es gibt nur eine Erde und eine Natur, und wie wir wissen, berührt jede beliebige Katastrophe in der Industrie heutzutage alle Bewohner der Erde. Wir wollen, daß unsere Völker einander besser kennenlernen. Darauf wirken Dmitri und ich mit unserer Musik hin."

Paul kam schon einen Monat nach seiner Teilnahme am hiesigen Forum "Für eine kernwaffenfreie Welt, für das Überleben der Menschheit" nach Moskau. Bei der Moskauer Firma "Melodija" werden zur Zeit zwei neue Schallplatten aufgenommen. Pokrowski spielt dafür alte Volksmusik. Diese Platten eröffnen eine Serie, die Paul Winter nach seiner Tournee durch die UdSSR herstellen will. Außer russischen Liedern werden auch neue Kompositionen zu hören sein. Außerdem bereitet Paul für ein internationales Treffen "Botschafter der Natur" im August Filmaufnahmen über den Baikalsee vor.

Zwei Stücke, die Paul Winters Jazzband darbietet, haben uns ganz besonders gefallen: die "Hymne an den Baikalsee" und "Baikal, heiliger Baikal", eine Komposition, die die Musiker aus den USA unter starkem Beifall russisch mitsingen. Ganz natürlich fügte sich dem Konzert der "Choral an die Elbe" an, der 1985 zum 40. Jahrestag der Begegnung sowjetischer und amerikanischer Soldaten an der Elbe komponiert wurde. Darin hat der Moskauer Pianist Alexej Sujew kunstvoll Gershwins "Summertime" und Solowjow-Sedois "Abende bei Moskau" miteinander verwoben.

W. BOLOTKOW

Foto des Verfassers

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"





Vor rund 200 Jahren kamen wandernde Schauspieler aus der Provinz Anhui nach Peking. Man weiß nicht, ob sie „Am Schnittpunkt dreier Wege“, „Ein Roman aus der Truhe“ oder ein anderes jener althergebrachten Stücke spielten, bekannt ist dagegen, daß das Publikum begeistert war. Seitdem heißt das aus der Anhui-Opernschule hervorgegangene Theater „hauptstädtische Oper“ (Jingxu): die Pekingoper.

Jingxu bedeutet nicht die Zugehörigkeit zur Hauptstadt, sondern ein Genre des Musiktheaters, das das Beste dessen, was andere regionale Opern und die Folklore erreicht hatten, in sich aufnimmt. Für einen Europäer ist das keine Oper im gewohnten Sinn des Wortes: ein eigentlich sanftes Orchester, Melodien, von der chinesischen Geige Jinghu gespielt, viel Pantomime und Akrobatik. Die Fabeln stellen Auszüge aus dem Leben des alten China dar, wie es in Legenden, Brauchtum und

historischen Aufzeichnungen festgehalten ist.

Es gibt nach Kostüm und Schminke genau stilisierte Rollenfächer: Jing ist eine Männerrolle bzw. „ein großes geschminktes Gesicht“, Dan eine Frauenrolle, Chou ein positiver Held bzw. ein Bösewicht (als solcher mit einem weißen Fleck an der Nasenwurzel gekennzeichnet) in einer Komödie, Shen wieder eine Männerrolle. Es sind nur vier Rollenfächer, aber die Schauspieler verstehen es, in diesem Rahmen nuancierte und bunte Charaktere zu kreieren: die tapfere Mu Guiung, die die Feinde schlägt, den Mönch, der wegen seines ungehörigen Verhaltens aus dem Kloster vertrieben wird, eine Nixe, die sich in einen Mann verliebt, schließlich den Herrn über die unter Wasser lebenden Streiter.

Das Theater breite

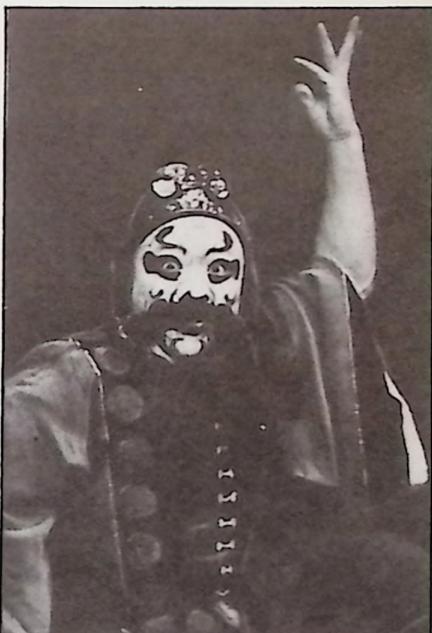


sich von Peking über ganz China aus. Gegenwärtig nennen sich auch Truppen aus der Provinz mit Fug und Recht „Pekingoper“. In Moskau gastierte vor kurzem die Jugendtruppe der Pekingoper aus der Provinz Liaoning.

Inzwischen hat sich vieles in dieser Kunstart verändert. Nunmehr dürfen auch Frauen spielen, es gibt weniger Monologe, in denen eine Figur sich selbst und die Vorgeschichte der Handlung schildert, die Sprache ist lakonischer und für das heutige Publikum verständlicher. Doch Traditionen und Geist der alten chinesischen Kunst bleiben unverändert.

Fotos: A. Ratnikow

Szenen aus den Opern „Ein Roman aus der Truhe“, „Der Mönch Lu Zhishen treibt sein Unwesen in einem Gebirgstempel“ und „Mu Guiung, die von den Bergen herabsteigt, schlägt die Feinde“.



PEKINGOPER IN MOSKAU





Sie kämpfen für die Revolution

Dicke Freunde

14159 18 136 304 550
NVA 32667 VM
2110 9005 0144 PF

INTERNATIONALES

„MENSCH,
MENSCHLICHKEIT,
MENSCHHEIT“

Orlando Valenzuela
(Nikaragua)

